

Jahrgang 42 • Heft 1 • 2013

Soziologie

Aus dem Inhalt

- Ellen Kuhlmann, Wolfgang Eppenschwandtner,
Thomas König:
Europäische Forschungspolitik
- Oliver Neun:
Der erste Schritt ist nicht genug
- Martina Löw:
Vielfalt und Repräsentation
- Stephan Lorenz:
Soziologie im Klimawandel

DGS DEUTSCHE
GESELLSCHAFT
FÜR SOZIOLOGIE

campus

SOZIOLOGIE

FORUM

DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR SOZIOLOGIE

Heft 1 • 2013

Herausgeber im Auftrag von Konzil und Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie:
Prof. Dr. Georg Vobruba (verantwortlich im Sinne des Presserechts).

Redaktion: Prof. Dr. Sylke Nissen und Dipl. Pol. Karin Lange, Universität Leipzig,
Institut für Soziologie, Beethovenstraße 15, 04107 Leipzig,
E-Mail: soz-red@sozio.uni-leipzig.de, Tel.: 0341/9735 648 (Redaktion) oder -641
(G. Vobruba), Fax: 0341/9735 669.

Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Soziologie:

Prof. Dr. Martina Löw, E-Mail: loew@ifs.tu-darmstadt.de.

Vorstands- und Vorsitzarbeit: Dr. Sonja Schnitzler,

Kulturwissenschaftliches Institut NRW, Goethestraße 31, 45128 Essen,
E-Mail: Sonja.Schnitzler@kwi-nrw.de, Tel.: 0201/72 04-208, Fax 0201/72 04-111.

Schatzmeister: Prof. Dr. Sighard Neckel, Goethe-Universität Frankfurt am Main,
Institut für Gesellschafts- und Politikanalyse, Robert-Mayer-Straße 5, D-60054
Frankfurt am Main, E-Mail: neckel@soz.uni-frankfurt.de, Tel.: +49 (0)69/798-
23334, Fax: +49 (0)69/798-763-23333.

Aufnahmeanträge auf der Homepage der DGS: <http://www.sociologie.de>

Soziologie erscheint viermal im Jahr jeweils zu Beginn eines Quartals. Redaktions-
schluss ist jeweils sechs Wochen vorher. Für Mitglieder der DGS ist der Bezug der
Zeitschrift im Mitgliedsbeitrag enthalten. Beiträge in der *Soziologie* werden erfasst in
CSA Sociological Abstracts (San Diego) und SOLIS (Bonn).

Campus Verlag, Kurfürstenstraße 49, 60486 Frankfurt am Main, www.campus.de
Geschäftsführer: Thomas Carl Schwoerer

Programmleitung Wissenschaft: Dr. Judith Wilke-Primavesi

Abonnenen- und Anzeigenbetreuung:

Steffen Schickling, 0 69/97 65 16-812, schickling@campus.de

Bezugsmöglichkeiten für Nichtmitglieder der DGS:

Jährlich erscheinen vier Hefte. Jahresabonnement privat (print + online) 70 €;

Jahresabonnement Bibliotheken/Institutionen 110 €;

Jahresabonnement Studenten/Emeriti (print + online) 30 €.

Alle Preise zuzüglich Versandkosten. Alle Preise und Versandkosten unterliegen
der Preisbindung. Kündigungen des Abonnements müssen spätestens sechs
Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums schriftlich mit Nennung der
Kundennummer erfolgen.

© Campus Verlag, Frankfurt 2013

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche
Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter dieses
Verbot fällt insbesondere die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Auf-
nahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-Rom
und allen anderen elektronischen Datenträgern.

Druck: Beltz Druckpartner, Hemsbach

ISSN 0340-918

Inhalt

Editorial	5
-----------------	---

Soziologie in der Öffentlichkeit

Ellen Kuhlmann, Wolfgang Eppenschwandtner, Thomas König Europäische Forschungspolitik	7
Oliver Neun Der erste Schritt ist nicht genug	16
Udo H. A. Schwarz Des Mopses SeelenGestalt	25

Identität und Interdisziplinarität

Martina Löw Vielfalt und Repräsentation	29
Stephan Lorenz Soziologie im Klimawandel	42

Lehren und Lernen

Jasper W. Korte Graduate School of Sociology Münster	62
--	----

DGS-Nachrichten

Veränderungen in der Mitgliedschaft	65
---	----

Berichte aus den Sektionen und Arbeitsgruppen

<i>Sektion</i> Methoden der Empirischen Sozialforschung	67
<i>Sektion</i> Religionssoziologie.....	74
<i>Sektion</i> Sozialpolitik	82
<i>Sektion</i> Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse	86
<i>Arbeitsgruppe</i> Räumliche Mobilität	93

Nachrichten aus der Soziologie

Otto-Borst-Preis 2013	95
Habilitationen	96
Call for Papers	97
Ungleichheit und Integration in der Krise • Crisis, Critique and Change • Habitussensibilität. (Selbst-)Anspruch neuer professioneller Praxis und gesellschaftliche Erwartungshaltungen • Zeitschrift für Theoretische Soziologie • 4. Studentischer Soziologiekongress: Krisen, Prozesse, Potenziale	
Tagungen	105
42 nd GESIS Spring Seminar: Aspects of Statistical Modeling with Survey Data	
Jahresinhaltsverzeichnis 2012	109
Autorinnen und Autoren	113
Abstracts	115

Zum Glück,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

geht es der Ökonomie deutlich besser als der Wissenschaft gleichen Namens. Die Ökonomen (inkl. der paar Ökonominen) stehen seit einiger Zeit bis auf die Knochen blamiert da. Die armen Leute, die im vergangenen Sommer sowohl das Manifest *für* als auch *gegen* eine Bankenunion unterzeichnet haben! Über 200 waren dagegen, über 200 dafür, und mindestens sechs findet man auf beiden Unterschriftenlisten. Der Spott des Economist (4. August 2012) muss schmerzhaft sein.

In der Eurokrise ist nicht mehr zu übersehen, dass die Ökonomie keine moderne, Empirie basierte Wissenschaft, sondern zwischen vormoderne Morallehre und Moderne stecken geblieben ist. Darum konnte der Disziplin interne Konflikt, der durch die beiden Unterschriftenlisten ausbrach, nicht als wissenschaftliche Auseinandersetzung geführt werden, sondern glitt so gleich in persönliche Angriffe ab.

Es geht nicht darum, dass sich die Soziologie jetzt als die bessere Ökonomie aufführt. Es geht erstens um Aufklärung der Ökonomie, Klarheit über den Entstehungszusammenhang ihrer Denkmuster, um die Umsetzung der Anforderungen an eine moderne Sozialwissenschaft in ökonomische Forschungsfragen und um die Wirkungen ihrer Verwendung. Und zweitens geht es um den Zuschnitt ihrer Domäne. Wenn die Soziologie ein offensives Argument hat, dann nicht, dass sie das Kerngeschäft der Ökonomie: Gesellschaftsbeobachtung und -interpretation unter dem Gesichtspunkt von materieller Knappheit besser kann. Vielmehr muss das Argument lauten, dass die Ökonomie sich Zuständigkeiten zugemutet hat, mit denen sie sich selbst überfordert. Das ist die wissenschaftspolitische Konsequenz der Kritik des Ökonomismus.

Aber machen wir uns nichts vor: Soziologische Aufklärung der Ökonomie ist zwar in ihrem Interesse, wird von deren Vertretern aber kaum begrüßt werden. Man wird sich also auf eine Art Geschäftsführung ohne Auftrag einstellen müssen. Denn die Not im Inneren der ökonomischen Profession kann sich nur als Arroganz nach außen manifestieren. Das liegt im Kern an der hermetischen Abgeschlossenheit des Gleichgewichtsdenkens, an den entsprechenden Rekrutierungsmechanismen (Geheimsprache, Unterwerfungsrituale) und an der Selektivität der Realitätswahrnehmung.

Jetzt, zum Ausgleich, eine Lockerungsübung für Studierende und Lehrende der Soziologie.

Ich stelle mir eine Lehrveranstaltung zur Soziologie der Ökonomie vor, in der klassische und moderne Texte und vor allem das 12. Kapitel der »Allgemeinen Theorie der Beschäftigung des Zinses und des Geldes« von John Maynard Keynes gelesen werden. Parallel dazu geht es um Folgendes: Es werden mehrere Teams gebildet. Jedes Team erhält am Beginn des Semesters 50.000 Euro fiktives Anfangskapital. Die Aufgabe der Teams besteht darin, das Geld durch Wertpapiergeschäfte zu vermehren. Erlaubt sind (erst mal) nur Standardgeschäfte: Kauf und Verkauf von Anleihen, von Aktien und gedeckte Optionen (also keine Leerkäufe und -verkäufe). Begleitend halten die teilnehmenden Studierenden ihre Kauf- und Verkaufskalküle schriftlich fest. Die Transaktionen werden mit den üblichen Gebühren belastet. Und nach dem Ende des Semesters wird die Wertentwicklung der Depots der Teams verglichen. Unter Umständen könnte man versuchen, mit einer Bank zu kooperieren, einfach zur Erleichterung der Abrechnungen.

Ein solcher Börsenwettbewerb ist nichts Besonderes. Außergewöhnlich ist allenfalls, dass er unter Soziologinnen und Soziologen stattfindet, denn mein Eindruck ist, dass in unserer Disziplin alles dämonisiert wird, was mit Börse zusammenhängt. Es gibt zwar exzellente Beiträge zur Finanzsoziologie (übrigens: ein altherwürdiges Fach, man denke an Goldscheid, Schumpeter etc.). Aber von der ganz überwiegenden Mehrheit werden die Finanzmärkte, die Börse, Aktien und – Gott bewahre – Derivate für Teufelszeug gehalten; und zwar, wie ich vermute, aus einem ganz simplen Grund: die meisten haben davon keine Ahnung. Das aber sollte man sich nicht moralisch hoch anrechnen, sondern als Realitätsverweigerung vorwerfen. Die Zahl der Aktionäre schwankt in der Bundesrepublik um die zehn Millionen. Man kann davon ausgehen, dass Einkommen aus Wertpapierbesitz, auch wenn es nur einen kleinen Teil des individuellen Einkommens ausmacht, die Einstellung zu Ökonomie und Gesellschaft doch deutlich beeinflusst. Die Soziologie macht um weit weniger wichtige soziale Phänomene viel mehr Aufhebens. Warum eigentlich?

Ihr

Georg Vobruba

Europäische Forschungspolitik: Soziologische Positionen gefragt!

Ellen Kublmann, Wolfgang Eppenschwandtner, Thomas König

In den nächsten Wochen und Monaten werden entscheidende Weichen für die Forschung und Forschungsförderung in Europa gestellt, und hierbei geht es auch um die Zukunft der sozialwissenschaftlichen Forschung. Wir möchten mit diesem Artikel zentrale Entwicklungen vorstellen und zur Einmischung in die Debatte beitragen. Dabei konzentrieren wir uns auf die Chancen für die sozialwissenschaftliche Forschungsförderung und stellen in diesem Kontext auch das forschungspolitische Netzwerk *Initiative for Science in Europe* vor, das als interdisziplinäre Plattform interessante neue Handlungsoptionen für die Soziologie bietet. Weiter geht es um die Schlüsselthemen des nächsten Global Research Council, der sich mit der Umstellung der wissenschaftlichen Publikationen auf »open access« und mit der Entwicklung von Leitlinien zur Forschungsethik beschäftigen wird.

Europäische Forschungsförderung

Im November 2011 stellte die Europäische Kommission ihren Vorschlag für *Horizon 2020* vor, einem Mehrjahresprogramm für Forschung und Innovation als Nachfolger des 7. Rahmenprogramms (FP7). Das Programm soll in drei Säulen geteilt sein: Wissenschaftsexzellenz, Industrieinnovation und Gesellschaftliche Herausforderungen. Damit setzt sich eine Entwicklung fort, die bereits mit dem FP7 eingeleitet wurde. Während das Hauptaugenmerk früherer Rahmenprogramme auf groß angelegten Netzwerken und kurzfristigen, zumeist industriellen Anwendungen lag, hat sich die euro-

päische Politik für ein breiteres Verständnis von Forschung und Innovation geöffnet. Nicht zuletzt auf Druck der *Initiative for Science in Europe* ist mit dem Europäischen Forschungsrat (ERC) 2007 erstmals auch ein Programm explizit für die Pionierforschung (*frontier research*) eingerichtet worden.

Interessanterweise hatte diese Entwicklung zumindest in der Vergangenheit auch eine zunehmende Öffnung hin zu den Sozial- und Geisteswissenschaften zur Folge. Im FP7 sind etwa im Bereich des spezifischen Programms »Zusammenarbeit« immerhin bereits 610 Millionen Euro für *Social Sciences and Humanities* (SSH), wie auf europäischer Ebene gern gesagt wird, ausgegeben worden. Grundsätzlich ist dies auch für *Horizon 2020* vorgesehen. Trotz einiger Aufregungen, oder vielleicht gerade aufgrund des Einsatzes der Communities im Vorfeld der Verhandlungen, haben SSH einen fixen Platz in den »Gesellschaftlichen Herausforderungen« bekommen. Unklar ist aber noch, wie SSH in *Horizon 2020* konkret verankert werden. Unter Beteiligung führender Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler (Helga Nowotny, Michel Wieviorka, Craig Calhoun, Jutta Allmendinger und andere) wird sich eine Konferenz unter dem Titel »Horizons for Social Sciences and Humanities« am 23. und 24. September 2013 in Vilnius (Litauen) mit dieser Frage beschäftigen.

Anteilig noch wichtiger für SSH, insbesondere auf universitärer Ebene, sind die ERC Grants, die in den vergangenen Jahren insgesamt große Bedeutung erlangt haben. Während das spezifische Programm »Zusammenarbeit« nur zwei bis drei Prozent seines Gesamtbudgets für SSH ausschüttet, sind es beim ERC rund 19 Prozent. Auffällig ist dabei die Länderverteilung der zugesprochenen Grants. Da der ERC ausschließlich nach dem Kriterium der Exzellenz fördert, gibt es keine Länderquoten. Wir können also sowohl anhand der Anträge als auch der bewilligten Grants feststellen, wo in den Sozial- und Geisteswissenschaften besonders viel Nachfrage besteht und wo diese Nachfrage auch den strengen Qualitätskriterien des ERC entspricht.

Die von uns ausgewerteten Daten des ERC zeigen, dass die meisten Anträge aus Großbritannien kommen und in absoluten Zahlen auch am meisten Grants dort angesiedelt sind. Dennoch ist die Erfolgsrate in Frankreich höher (für Details König 2010). Weiter ist anzumerken, dass die Sozial- und Geisteswissenschaften bezüglich ihrer Länderverteilung beim ERC viel weniger ausbalanciert sind als die Natur-, Technik- und Lebenswissenschaften. Die Frage, wie es zu einer solchen Verteilung kommt, wäre

selbst eine lohnende wissenschaftssoziologische Untersuchung wert (siehe dazu, Fleck, Hönig i.E.).

Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass die für die Forschungsförderung auf europäischer Ebene verfügbaren Mittel vom Gesamtbudget der Europäischen Union abhängen. Die prolongierte Finanzkrise, die zunehmende EU-Skepsis sowie die blockierende Haltung einiger Länder in den Verhandlungen über das EU-Budget führen zu erheblichen Problemen für die finanzielle Ausstattung der Europäischen Forschungsförderung. Geplant war, dass *Horizon 2020* zwischen 2014 und 2020 rund 80 Milliarden Euro für Forschungsprojekte ausschreiben sollte, davon rund 13,5 Milliarden vom ERC. Bisher ist jedoch noch gänzlich unklar, mit welcher Summe das Programm tatsächlich dotiert sein wird. Folglich ist auch unklar, ob überhaupt ein europäisches Forschungsbudget für die Sozial- und Geisteswissenschaften vorhanden sein wird.

In diesem Zusammenhang möchten wir auf die seit Ende Oktober 2012 publizierte Online-Petition »No Cuts on Research« (<http://no-cuts-on-research.eu>) hinweisen, in der sich der Unmut der Wissenschaftsgemeinschaft über drohende Kürzungen in der europäischen Forschungsförderung deutlich niederschlägt. Allerdings liegt hier – leider – der Anteil der Unterschriften aus den Sozial- und Geisteswissenschaften noch deutlich unter dem Anteil bei vergleichbaren Aktionen in den letzten Jahren.

Initiative for Science in Europe

Die *Initiative for Science in Europe* ISE (www.i-se.org) ist eine unabhängige Plattform für die akademischen Gesellschaften und die wissenschaftlichen Organisationen in Europa. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, Mechanismen zur Förderung der Wissenschaft zu stärken, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in die Entwicklung und Umsetzung forschungspolitischer Strategien einzubeziehen und unabhängige wissenschaftliche Expertise für die Politikberatung auf europäischer Ebene zu fördern. Mitte der 2000er Jahre wurde ISE als Plattform der Wissenschaft gegründet, um für die Einrichtung des Europäischen Forschungsrats einzutreten und damit einen Paradigmenwechsel in der europäischen Forschungspolitik zu erwirken.

Eine Kampagne ähnlicher Tragweite läuft derzeit zur Unterstützung des EU-Forschungsbudgets. Ziel ist es, die Staats- und Regierungschefs auf

die essentielle Rolle der Forschung bei der Begegnung der dringenden gesellschaftlichen Herausforderungen hinzuweisen und Entscheidungen über das EU Budget zu beeinflussen. Ein offener Brief der europäischen Nobelpreis- und Fields-Medaillenträger wurde Ende Oktober in führenden Tageszeitungen veröffentlicht und bildete gleichzeitig den Startschuss für die Online-Petition »no-cuts-on-research.eu«. Seit den ersten Unterschriften durch ERC-Geförderte kann die Initiative bei Redaktionsschluss bereits auf die Unterstützung von 140.000 Bürgerinnen und Bürgern verweisen.

Die Reaktionen bei der Präsentation des Zwischenstands bei einem Treffen einer Delegation aus Nobelpreisträgern und Initiatoren der Petition mit den Präsidenten des Europäischen Rats, des Parlaments und der Kommission waren sehr positiv. Erst auf den Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs wird sich jedoch zeigen, ob zukunftsgerichtete Investitionen in Forschung und Innovation im Schlagabtausch zwischen nationalen Interessen bestehen werden.

Der Global Research Council und die aktuellen wissenschaftspolitischen Herausforderungen

Noch eine Ebene höher – nämlich im globalen Kontext – spielt der *Global Research Council* GRC. Diese neue Initiative wurde 2011 in den USA mit dem Ziel initiiert, die internationale und transnationale Diskussion zu fördern und Richtlinien für zentrale wissenschaftspolitische Fragen zu entwickeln. Der zweite *Global Research Council* findet im Mai 2013 in Berlin statt und wird gemeinsam von Deutschland und Brasilien organisiert. Auf der Agenda stehen zwei Schlüsselthemen: die Regelung der »open access« Publikationen und die Entwicklung von Richtlinien zu »research integrity« bzw. zur Forschungsethik. Im Oktober 2012 fand in Brüssel unter dem Dach von Science Europe ein europäisches Vorbereitungstreffen statt (Science Europe 2012). Nachfolgend stellen wir einige wesentliche Positionen und Diskussionsergebnisse vor (ohne den Anspruch auf Vollständigkeit).

Open Access

Der »freie Zugang« zu Forschungsergebnissen durch die Umstellung der Publikationsstrategien auf »open access« gilt weltweit als die zentrale Strategie, um Barrieren und soziale Ungleichheiten im Zugang zu wissenschaftlichen Ergebnissen abzubauen (Science Europe 2012; siehe auch Botz 2012). Dabei wird argumentiert, dass Wissenschaft (global, national und auf EU-Ebene) mit öffentlichen Geldern gefördert wird und es nicht zu akzeptieren ist, dass der Zugang zu diesem Wissen durch die Preispolitik einiger weniger Verlagshäuser kontrolliert wird.

Was auf den ersten Blick aus sozialen und wissenschaftspolitischen Aspekten durchaus überzeugend klingt, ist allerdings in der Praxis nicht so einfach umzusetzen. Zu befürchten ist vor allem, dass sich die zuvor dargelegten disziplinären Ungleichheitsstrukturen weiter verfestigen könnten (siehe auch Platt 2012). Außerdem geht in der Debatte zuweilen die Rolle der wissenschaftlichen Gesellschaften im wissenschaftlichen Verlagswesen unter. Anders als bei kommerziellen Verlagen werden hier finanzielle Überschüsse, die durch das Herausgeben von Journals erzielt werden, für die wissenschaftliche Gemeinschaft ausgegeben – beispielsweise für Stipendien und Preise oder um Forschern aus benachteiligten Regionen die Teilnahme an wichtigen Konferenzen zu ermöglichen (Gannon 2004). Diese Aktivitäten sehen die wissenschaftlichen Gesellschaften durch strukturelle Änderungen bedroht.

Auf dem europäischen Vorbereitungstreffen wurden unterschiedliche Strategien zur Umstellung auf »open access« diskutiert. Eine vollständige Umstellung ist wegen der grundlegenden Veränderungen und der ungelösten Probleme ad-hoc kaum realistisch; vielmehr scheint es sinnvoll zu sein, unterschiedliche Strategien zu nutzen, um eine schrittweise Umstellung zu ermöglichen, die besser auf spezifische Bedarfslagen und Probleme reagieren kann. Diese als »Hybridisierung« diskutierte Vorgehensweise erscheint zwar weniger radikal, aber ist keineswegs ohne Risiken (siehe auch Bornmann et al. 2012; Platt 2012).

Die DFG nimmt insgesamt eine Pionierposition ein (Fournier 2012); in Deutschland sind bereits entscheidende Vereinbarungen zur Umstellung auf »open access« erzielt worden. Dennoch steckt die Umstellung erst in den Kinderschuhen. Dabei zeichnen sich nicht nur regional und zwischen den Universitäten Ungleichheiten im Tempo sowie in den Strategien der Umsetzung ab, sondern auch zwischen den Disziplinen. In der Soziologie

spielen »open access« Publikationen auf hohem Qualitätsniveau und mit Impactfaktor bisher kaum eine Rolle, und das gilt nicht nur für Deutschland, sondern überwiegend auch im internationalen Maßstab. So hat kürzlich auch Jennifer Platt (2012) als Repräsentantin der International Sociological Association (ISA) auf diese Probleme aufmerksam gemacht (siehe auch Dingwall 2012).

Die geplante Umstellung auf »open access« und die Initiativen der DFG und der Hochschulen sollten deshalb aufmerksam verfolgt und eine Beteiligung sozialwissenschaftlicher Fachgesellschaften und Expertise in den Entscheidungsprozessen eingefordert werden. Insbesondere geht es auch darum, wie sich die Soziologie im disziplinären Wettbewerb um die Verteilung von Fördermitteln für »open access« behaupten kann und welche Konsequenzen die nur ansatzweise entwickelten Standards und Qualitätskriterien sozialwissenschaftlicher »open access« Journals auf die Verteilung von Geldern haben. In der direkten Konkurrenz mit den bereits seit Jahren etablierten »open access« Journals in den Naturwissenschaften und der Medizin scheinen gravierende Nachteile unvermeidbar, wenn es keine klaren Vereinbarungen und Programme zur Unterstützung der Umstellung der Publikationen in den Disziplinen gibt, in denen »open access« bisher kaum eine Rolle spielt.

Forschungsethik

Vereinbarungen und Empfehlungen zur Integrität von Forschung und Wissenschaft werden auf europäischer Ebene und international dringlicher. Dabei bringen Globalisierung und web 2.0 neue Dynamiken in die Ethikdebatte, aber zugleich belegen die anhaltenden Plagiatsaffären in Deutschland einmal mehr, dass es sich hier um grundlegende Probleme der mangelnden Transparenz und öffentlichen Kontrolle des Wissenschaftssystems handelt. Hinzu kommt eine weit verbreitete »Clan«-Mentalität von Professionellen, die sich ihrer eignen Zunft und der Reputation ihrer Hochschule mehr verpflichtet fühlen als den altruistischen Prinzipien der Forschungsethik.

Dabei mangelt es nicht grundsätzlich an ethischen Leitlinien für die Wissenschaft (vor allem nicht in Deutschland). Im internationalen Kontext gilt vor allem das Singapur Statement (www.singaporestatement.org) als richtungweisend. Hierin werden vier grundlegende Prinzipien der Forschungsethik definiert: (1) *Honesty* in all aspects of research, (2) *Accountability* in the

conduct of research, (3) *Professional courtesy and fairness* in working with others, und (4) *Good stewardship* of research on behalf of others (siehe auch ERC 2012).

So wünschenswert und notwendig internationale Standards sind, werfen sie zugleich ähnliche Probleme auf, wie sie für »open access« beschrieben wurden. So verläuft auch die Entwicklung von forschungsethischen Standards in den wissenschaftlichen Disziplinen sehr verschieden, und nicht zufällig haben auch hier die Medizin und einige Bereiche der Naturwissenschaften eine Vorreiterrolle. Zwar liegt auch für die Soziologie mittlerweile eine Reihe von Leitlinien vor (zum Beispiel British Sociological Association 2012), und in Deutschland haben, neben den Richtlinien der DFG, immer mehr Universitäten und Fachbereiche spezifische Regeln zum Beispiel zum Umgang mit Plagiaten etabliert. Doch handelt es sich bisher primär um relativ unverbindliche Empfehlungen ohne systematische Kontroll- und Sanktionssysteme.

Der Global Research Council hat sich für 2013 zum Ziel gesetzt, nicht nur die Entwicklung von Leitlinien und Vereinbarungen zu »research integrity« zu fördern, sondern vor allem systematische Anreizstrukturen und/oder Kontrollsysteme zu etablieren (Science Europe 2012; Drength 2012). Das ist zwar grundsätzlich sehr sinnvoll, stellt die Soziologie aber vor neue Fragen und Herausforderungen. Es gibt gute Gründe, nicht einfach nur von einem Nachholbedarf der Soziologie in Sachen Forschungsethik auszugehen. Vielmehr sind die ethischen Anforderungen zumindest partiell grundlegend verschieden von den Bedarfslagen der Bereiche und Disziplinen, die bisher federführend bei der Entwicklung von Standards waren.

Zeit- und kostenaufwendige Kontrollsysteme und Ethikkommissionen, die bei hochsensiblen Fragen wie etwa Gentechnik, Klonen, Tierversuche und Patientenversorgung, angemessen und zwingend notwendig sind, können nicht in gleicher Weise auf sozialwissenschaftliche Forschungsdesigns übertragen werden. Zugleich hat aber die sozialwissenschaftliche Forschung ihre eigenen brisanten Themen und vulnerablen Gruppen sowie ihre eigenen methodischen Verfahren, die mit den vorliegenden Standards möglicherweise nicht angemessen abgebildet werden. Eine zentrale Herausforderung ergibt sich hier vor allem durch die qualitative Methodologie und die oftmals kleinen (»low cost«) Forschungsprojekte, die mit zeitaufwendigen, hochgradig standardisierten Kontrollverfahren kaum vereinbar sind. Kurz: es geht auch um die Frage, ob und wie sich die primär im Kontext positivistischer Wissenschaft entwickelten Standards mit explorativer,

interpretativer Methodik, kritischer Theorie und (De-)Konstruktivismus vertragen, um nur einige Beispiele zu nennen.

Vor diesem Hintergrund stellt die angestrebte Verknüpfung von Forschungsförderung und Forschungsintegrität sehr dringende Anforderungen an die Entwicklung von kontextsensiblen – dem jeweiligen Forschungsgegenstand, der Methodik und den Zielsetzungen angemessenen – Standards und Kontrollsysteme. Standardisierung ohne hinreichende Berücksichtigung von Diversität der Disziplinen erzeugt neue Risiken der Marginalisierung soziologischer Forschung.

Interdisziplinäre forschungspolitische Netzwerke als Chance für die Soziologie

Der kurze Überblick über die aktuellen wissenschaftspolitischen Daten und Debatten macht deutlich, dass die Soziologie vor erheblichen neuen Herausforderungen steht und dass es dabei tatsächlich um Weichenstellungen für die Zukunft geht. Die ohnehin ungünstige Positionierung könnte sich weiter verschlechtern, wenn es nicht gelingt, die spezifischen Bedarflagen und Anforderungen in den neuen forschungspolitischen Steuerungsinstrumenten und bei den Publikationen besser abzubilden. »Disziplinäre Grabenkämpfe« sind allerdings keine Lösung für die komplexen Herausforderungen, und zudem wäre beim »Kampf mit den Giganten« ein Scheitern der Soziologie vorprogrammiert. Vielmehr geht es um die Etablierung von interdisziplinär orientierten forschungspolitischen Netzwerken auf europäischer Ebene, für die *Initiative for Science in Europe* gegenwärtig Pionierarbeit leistet und neue Strukturen aufbaut, die eine Kultur der Partizipation fördern.

Literatur

- Bornmann, L., Wolf, M., Daniel, H.-D. 2012: Closed versus open reviewing of journal manuscripts: how far do comments differ in language use? *Scientometrics*, 93. Jg., Heft 3, 843–856.
- Botz, G. 2012: Science Europe Open Access Working Group. Paper presented to the GRC Regional Conference Europe, www.scienceeurope.org/uploads/GRC/Open%20Access/1_Georg%20Botz.pdf (letzter Aufruf 20. November 2012).
- British Sociological Association 2002: Statement of Ethical Practice, www.britis-soc.co.uk/about/equality/statement-of-ethical-practice.aspx?alttemplate=print (letzter Aufruf 20. November 2012).
- Dingwall, R. 2012: Research Integrity in the UK – the Spawn of Satan? www.socialsciencespace.com/2012/04/research-integrity-in-the-uk-%E2%80%93-the-spawn-of-satan/ (letzter Aufruf 20. November 2012).
- Drenth, P. J. D. 2012: The European Code of Conduct for Research Integrity. Paper presented to the GRC Regional Conference Europe, www.scienceeurope.org/uploads/GRC/Research%20Integrity/1_Pieter%20Drenth.pdf (letzter Aufruf 20. November 2012).
- European Research Council 2012: ERC Scientific Misconduct Strategy, erc.europa.eu/sites/default/files/document/file/ERC_Scientific_misconduct_strategy.pdf (letzter Aufruf 20. November 2012).
- Fleck, C., Hönig, B. (im Erscheinen): European Sociology: its size, impact, and »excellence«. In S Koniordos, A. A. Kyrtis (Hg.) *The Handbook of European Sociology*. London, New York: Routledge.
- Fournier, J. 2012: DFG. An action plan for open access. Paper presented to the GRC Regional Conference Europe, www.scienceeurope.org/uploads/GRC/Open%20Access/6_Johannes%20Fournier.pdf (letzter Aufruf 20. November 2012).
- Gannon, F. 2004. Editorial. Ethical profits form publishing. *EMBO reports* 5(1), www.nature.com/embor/journal/v5/nl/full/7400057.html (letzter Aufruf 20. November 2012)
- König, T. 2010: Peer Review in the Social Sciences and Humanities on a European Level: The Experiences of the European Research Council. Vortrag, gehalten am 27. Oktober 2010 in Zürich, www.academia.edu/2163177/ (letzter Aufruf 20. November 2012).
- Platt, J. 2012: What Doors does »Open Access« Open? *Global Dialogue*, 3. Jg. Heft 1, www.isa-sociology.org/global-dialogue/2012/10/what-doors-does-%E2%80%9COpen-access%E2%80%9D-open/ (letzter Aufruf 20. November 2012).
- Science Europe 2012: European Regional Working Group Meeting of the Global Research Council, www.scienceeurope.org/grc-european-regional-working-group (letzter Aufruf 20. November 2012).

Der erste Schritt ist nicht genug

Die Rolle der Deutschen Gesellschaft für Soziologie
bei der Etablierung einer »öffentlichen Soziologie«

Oliver Neun

Der Satzungsauftrag der Deutschen Gesellschaft für Soziologie

Seit Wiedergründung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) im Jahre 1946 wird als deren Zielsetzung in §1 der Satzung genannt, »an der Verbreitung und Vertiefung soziologischer Denkweise mitzuwirken«. Dennoch ist innerhalb der Soziologie der Vorschlag umstritten, eine »public sociology« bzw. »öffentliche Soziologie«, die soziologisches Wissen stärker in die Öffentlichkeit transportieren soll, mit Hilfe der Initiative »DGS goes public« (Lessenich, Neckel 2012) zu unterstützen (Hitzler 2012). Auch in der Ad-Hoc-Gruppe »Öffentliche Soziologie: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft« auf dem Soziologiekongress in Bochum und Dortmund wurde bezweifelt, ob diese Form der Soziologie eine institutionelle Förderung verdient, da dies mit dem Auftrag einer akademischen Standesorganisation wie der DGS nicht zu vereinbaren sei.¹ In diesem Beitrag wird dagegen die Auffassung vertreten, dass die Unterstützung einer »öffentlichen Soziologie« eine genuine Aufgabe der DGS ist und die Initiative »DGS goes public« nur als erster Schritt in diese Richtung verstanden werden kann.

¹ Der Autor war Mitorganisator der genannten Ad-Hoc-Gruppe.

Die deutsche Tradition einer »öffentlichen Soziologie«

Die Initiative »DGS goes public« kann an eine lange *Tradition* einer »öffentlichen Soziologie« innerhalb der deutschen Soziologie anknüpfen, die auch durch die von der DGS verliehenen Auszeichnungen anerkannt wird. Zu denken ist dabei nicht nur an den seit 2000 vergebenen »Preis für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der öffentlichen Wirksamkeit der Soziologie«, sondern auch an den »Preis für ein herausragendes wissenschaftliches Lebenswerk«, dessen Empfänger häufig der deutschen »öffentlichen Soziologie« zuzurechnen sind. Für Karl-Martin Bolte etwa (Preisträger 2004), war die Ausrichtung seiner Arbeiten auf eine breitere Öffentlichkeit charakteristisch (Kreckel 2012), weshalb seine Werke selbst manchen seiner Studierenden zu unakademisch erschienen (Bolte 1998: 96). Burkhart Lutz (Preisträger 2008) richtete sein bekanntes Buch »Der kurze Traum immerwährender Prosperität« gleichfalls nicht nur an die eigene Fachdisziplin, sondern explizit an einen weiteren Leserkreis (Lutz 1984: 24). Die Vergangenheit einer »öffentlichen Soziologie« in Deutschland wird damit durch die Preise des DGS honoriert.

In der Gegenwart wird die »öffentliche Soziologie« jedoch nicht adäquat gefördert. Nicht zufällig wird sie häufig von disziplinären Außenseitern produziert, wie 2010 der Preisträger des »Preis für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der öffentlichen Wirksamkeit der Soziologie« Jan Philipp Reemtsma zeigt, der eine Professur für »Neuere Deutsche Literaturwissenschaft« innehat. Auch wenn die »öffentliche Forschung«, wie im Falle Ulrich Becks (Preisträger 2004), institutionell in der Soziologie angesiedelt ist, kann dessen Stellung innerhalb der Disziplin als abschreckendes Beispiel dienen, da er erst – nach dem eine Zeitlang beliebten »Beck-Bashing« – durch den Rückimport aus dem Ausland zu einem deutschen Klassiker der Soziologie wurde (Hitzler 2005). Nicht verwunderlich ist es daher, dass sich in der Gegenwart nur die »üblichen Verdächtigen« (Treibel, Selke 2012: 414) aus der Soziologie in die Öffentlichkeit wagen.

Die Notwendigkeit einer systematischen Diskussion der »öffentlichen Soziologie«

Eine stärkere Unterstützung einer »öffentlichen Soziologie« ist deshalb notwendig, da es, anders als manche Kommentare zu der anlaufenden, derzeitigen Debatte vermuten lassen, bisher keine *systematische* Auseinandersetzung innerhalb der DGS oder der Soziologie zu der Frage gegeben hat, wie die Öffentlichkeit besser durch die Soziologie zu erreichen wäre. Charakteristisch dafür ist, dass zwar schon 1996 unter dem Stichwort »Wozu Soziologie?« dieses Problem diskutiert wurde und dabei Konsens darüber herrschte, dass die Soziologie öffentlicher werden müsse (Fritz-Vannahme 1996: 73): Diese Auseinandersetzung wurde aber nicht in einer fachinternen Zeitschrift wie der »Soziologie«, sondern in der »Zeit« ausgetragen. Es schloss sich daran zudem keine ausführliche Debatte zu dem Thema an, wie die Tagungsbände der nachfolgenden DGS-Kongresse zeigen. In dem Einführungsvortrag zur DGS-Veranstaltung 2002 in Leipzig von Jutta Allmendinger finden sich zwar kurze Bemerkungen dazu:

»Wir selbst geben uns kaum Mühe, unsere Forschung vorzustellen. Ergebnisse werden nicht systematisch an die Presse vermittelt, vorhandene Strukturen wie der Informationsdienst der Wissenschaften, in dem die Universitäten zu großen Teilen Mitglieder sind, werden kaum genutzt. Die Pressepräsenz soziologischer Themen ist an einige medial besonders profilierte Personen gebunden oder bleibt ansonsten dem Spürsinn von Redakteuren überlassen.« (Allmendinger 2003: 39f.)

Und kurze Zeit später kommt sie erneut auf diesen Punkt zu sprechen:

»Das Fach wird immer besser im Schreiben von Forschungsanträgen, für Bücher kann die Zeit dann nicht mehr reichen. Forschungsergebnisse produzieren wir aber schon. Es ist besonders wichtig, diese offensiv und selbstbewusst nach außen darzustellen.« (ebd.: 48)

Charakteristisch für die bisherige Diskussion ist jedoch, dass Allmendinger bei dieser Diagnose stehen bleibt und zum Beispiel nicht die Frage behandelt, welche *institutionellen* Hürden innerhalb der Soziologie dem Vorhaben einer »öffentlichen Soziologie« entgegenstehen. Sie bietet daher keine Lösungsansätze an, wie diese überwunden werden könnten.

Ein weiteres Merkmal der bisherigen deutschen Debatte ist, dass die Frage nach der »Praxisrelevanz« der Soziologie zumeist einseitig anhand der Berufschancen von Soziologinnen und Soziologen thematisiert wird. Schon kurz nachdem diese Frage durch die 68er-Generation verstärkt auf-

geworfen wurde, verengte sich die Diskussion auf das Problem der Beratungspraxis für den Staat oder die Industrie. Ein institutionelles Zeichen dafür ist die Gründung des »Berufsverband Deutscher Soziologinnen und Soziologen« (BDS) im Jahre 1976, durch die die Fragestellung auch organisatorisch aus der DGS ausgelagert und die selektive Diskussion gefördert wurde. Diese thematische Engführung zeigt sich noch bei dem Symposium »Disziplinierung oder Professionalisierung? Marginalisierung oder Engineering« auf dem DGS-Kongress 2004 in München (Howaldt 2006).

Der Aspekt einer »öffentlichen Soziologie«, den M. Rainer Lepsius 1961 noch als Ziel der Soziologie formuliert, wird damit jedoch nicht mehr erfasst. Seine Definition der Disziplin lautet, stellvertretend für die generelle damalige Ausrichtung der deutschen Soziologie: »Die Soziologie ist ihrem Wissenschaftscharakter nach erstens eine theoretische Einzelwissenschaft; sie ist zweitens eine Wissenschaft, die zur Erkenntnis und Gestaltung praktischer sozialer Probleme beitragen kann und deren Ergebnisse sich daher an einen weiteren Personenkreis richten; sie ist drittens ein Aspekt der allgemeinen Bildung, die der Selbstorientierung des Menschen in der Gegenwart dient.« (Lepsius 1961: 53) Schon Claus Offe kritisierte deshalb, dass die Forderung nach »Praxisrelevanz« der Soziologie, die ursprünglich auf die Eigenermächtigung der Akteure abzielte, nur mehr verengt in der soziologischen Debatte aufscheint (Offe 1982). Zudem bemängelt er, dass im Unterschied zu anderen Ländern in Deutschland ein allgemein verständliches Publikationsorgan der Soziologie fehle. Seine Einwände bleiben aber ohne größere Wirkung innerhalb der deutschen Soziologie.

Die amerikanische Debatte um die »public sociology«

Das Ziel einer Diskussion des Konzeptes der »public sociology« von Michael Burawoy (2005), das als Ausgangspunkt der neueren Auseinandersetzung dient, ist deshalb erst einmal, wie schon Annette Treibel anmerkt, eine genauere »Reflexion und Auseinandersetzung« über das Verhältnis von Soziologie und Öffentlichkeit anzuregen und zu systematisieren (Treibel, Selke 2012: 411). Eine Rezeption der bisherigen amerikanischen Debatte kann dabei vor verschiedenen Missverständnissen bewahren. Herbert Gans' Überblick über die Bestseller der amerikanischen Soziologie zeigt beispielsweise anschaulich, was unter »öffentlicher Soziologie« verstanden werden

kann (Gans 1997). So popularisieren die von ihm angeführten Werke nicht soziologisches Wissen, sondern stoßen durch ihre originären Beiträge wichtige Debatten zum Beispiel zur Frage des zeitgenössischen Sozialcharakters (Riesman et al. 1950), der Entstehung der »Wissensgesellschaft« (Bell 1973) oder der »underclass« (Wilson 1987) an. Es ist deshalb zwischen der reinen Popularisierung soziologischen Wissens und einer *eye-opening-sociology* zu unterscheiden, die Gans folgendermaßen charakterisiert:

»original, insightful, and attention-attracting empirical and theoretical research on topics useful and relevant to all parts of the general public we can reach, written in English they can understand.« (Gans 2009: 125)²

Amerikanische Beispiele für diese Form der Soziologie sind Robert Lynds Buch »Middletown«, David Riesmans schon erwähntes Werk »The Lonely Crowd«, Elliot Liebows Untersuchung »Tally's Corner«, Arlie Hochschilds Buch »The Second Shift« oder William Julius Wilsons Arbeit »The Truly Disadvantaged«, die alle »original basic research« darstellen (ebd.: 125f.).

Für Deutschland liegt eine entsprechende Liste soziologischer Bestseller zwar nicht vor, zu denken wäre aber an Ulrich Becks Buch »Risikogesellschaft«, das eine starke, bis heute andauernde Debatte in Deutschland zur Individualisierungsthese initiiert hat (Berger, Hitzler 2010). Solch eine deutsche »öffentliche Soziologie«, auf deren längere Tradition eingangs verwiesen wurde, kann durch die neuere Debatte an *Legitimation* gewinnen und dadurch (wieder-)entdeckt werden. So wurden etwa durch die amerikanische Diskussion amerikanische Soziologinnen wie Jane Adams neu in den Fokus des Interesses gerückt (Misztal 2009).

Die institutionellen Probleme für eine »public sociology«

Ein weiterer wichtiger Punkt, für den die amerikanische Auseinandersetzung leitend sein kann, ist, dass in neueren Beiträgen vermehrt *institutionelle* Probleme behandelt und dabei konkrete Vorschläge für die Förderung einer »öffentlichen Soziologie« gemacht werden (Jeffries 2009; Maryl, Westbrook

² Der Austausch des Burawoyschen Begriffes »public sociology« durch den der »popular sociology« in der deutschen Debatte durch Ronald Hitzler ist dagegen ein Zeichen für die Gleichsetzung beider Formen der »öffentlichen Soziologie« (Hitzler 2012).

2009; Nyden et al. 2012)³. Dies wird als notwendig angesehen, da die Kultur der akademischen Soziologie und die damit einhergehende »stigmatisation« (Gans 2009: 128) der »öffentlichen Soziologie« bisher ein Grund für die Isolation von »öffentlichen SoziologInnen« war (Sprague, Laube 2009: 258). Schon in Burawoys Amtszeit als Präsident der »American Sociological Association« (ASA) wird deshalb 2004 die »Task Force on the Institutionalization of Public Sociology« gegründet, die über organisatorische Neuerungen nachdenken und Anregungen für Verbesserungen unterbreiten soll.

Solche Vorschläge in der amerikanischen Debatte zielen zum Beispiel darauf ab, bei universitären Stellenbesetzungen stärker die Veröffentlichungen im Bereich der »öffentlichen Soziologie« zu berücksichtigen (Gans 2009: 128). Auch sollten innerhalb des Faches die Anreize verändert und die »öffentliche Soziologie« durch die ASA und andere soziologische Organisationen, etwa durch verbesserte Veröffentlichungsmöglichkeiten, besser unterstützt werden. Ein Anfang wurde dabei schon durch die Gründung der Zeitschrift »Contexts« gemacht (ebd.: 129). Zur Veränderung der Veröffentlichungspraxis schlägt Judith Stacey (2007) zudem ein Moratorium für »peer-review«-Artikel vor, das nicht für Aufsätze in populären Publikationsorganen gelten soll.

Andere Anregungen für institutionelle Neuerungen beziehen sich auf eine Umstrukturierung des Soziologie-Studiums, da beispielsweise das Fach »Public sociology« als eigener »track« angeboten werden könnte (Gans 2009: 130). Weiter wird von Teilnehmern der Diskussion gefordert, schon während der universitären Ausbildung diejenigen Fähigkeiten stärker zu fördern, die für eine »öffentliche Soziologie« benötigt werden, zum Beispiel stilistische Kompetenzen, um die Verständlichkeit soziologischer Arbeiten für Nicht-Soziologinnen und -Soziologen zu erhöhen. Herbert Gans schlägt dazu einen Schreibkurs vor, der eventuell mit anderen Disziplinen eingerichtet werden könnte, die »öffentlicher« werden wollen, da gerade von soziologischen Praktikerinnen und Praktikern die Bedeutung der angemessenen Präsentation der Ergebnisse für Laien betont wird (ebd.: 131, Oliver 2009). Dazu zählt etwa die geeignete visuelle Darstellung der Fakten (Oliver 2009; Nyden et al. 2012: 52; Treibel, Selke 2012). Auch könnten Veranstaltungen angeboten werden, in denen der Umgang mit den Medien erlernt wird (Sprague, Laube 2009: 268f.).

³ Dieser Punkt fehlt noch in der ersten Phase der Diskussion, da Burawoy ihn selbst wenig behandelt (Maryl, Westbrook 2009; Nyden et al. 2012).

Fazit

Diese Beispiele für mögliche institutionelle Veränderungen und die schon getroffenen Maßnahmen der amerikanischen Standesorganisation ASA wie die Gründung der Zeitschrift »Contexts« oder die Umwidmung der Sektion »Sociological Practice« in »Sociological Practice and Public Sociology« zeigen, dass die Initiative der »DGS goes public« zwar zu begrüßen ist. Sie kann aber, wenn sich die DGS stärker auf das in ihrer Satzung vorgegebene Ziel besinnen will »an der Verbreitung und Vertiefung soziologischer Denkweise mitzuwirken«, nur als erster Schritt verstanden werden.

Eine bloße Aufforderung, als Soziologe bzw. Soziologin öffentlicher zu agieren, verhält jedoch, wie die Entwicklung des Faches gezeigt hat, wirkungslos, wenn die von Gans (2009: 128) ausgemachte »Stigmatisierung« der »öffentlichen Soziologie« und die institutionellen Hürden innerhalb der Disziplin weiter bestehen bleiben. In diesem Falle wird es nur bei den »üblichen Verdächtigen« bleiben, die über die Fachgrenze hinauswirken.

Literatur

- Allmendinger, J. 2003: Soziologie in Deutschland. Standortbestimmung und Perspektiven. In dies. (Hg.), Entstaatlichung und Soziale Sicherheit. Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig 2002. Teil 1. Opladen: Leske + Budrich, 33–50.
- Bell, D. 1973: *The Coming of Post-Industrial Society. A Venture in Social Forecasting*. New York: Basic Books.
- Berger, P.A., Hitzler, R. (Hg.) 2010: *Individualisierungen. Ein Vierteljahrhundert »jenseits von Stand und Klasse«?* Wiesbaden: VS.
- Bolte, K.M. 1998: Mein Wirken als Soziologe – Eine Berufskarriere zwischen Schicksal und Gestaltung. In K.M. Bolte, F. Neidhardt (Hg.), *Soziologie als Beruf. Erinnerungen westdeutscher Hochschulprofessoren der Nachkriegsgeneration*. Baden-Baden: Nomos, 85–107.
- Burawoy, M. 2005: For Public Sociology. *American Sociological Review*, 70. Jg., Heft 1, 4–28.
- Fritz-Vannahme, J. 1996: Zu allem fähig. Eine Bilanz des ZEIT-Streits um die Soziologie. In ders. (Hg.), *Wozu heute noch Soziologie?* Opladen: Leske + Budrick, 71–73.
- Gans, H.J. 1997: Best-Sellers by Sociologists: An Exploratory Study. *Contemporary Sociology*, 26. Jg., Heft 2, 131–135.

- Gans, H.J. 2009: A Sociology for Public Sociology: Some Needed Disciplinary Changes for Creating Public Sociology. In V. Jeffries (Hg.), *Handbook of Public Sociology*. Lanham, Maryland: Rowman & Littlefield Publishers, 123–134.
- Hitzler, R. 2005: Ulrich Beck. In D. Kaesler (Hg.), *Aktuelle Theorien der Soziologie. Von Shmuel N. Eisenstadt bis zur Postmoderne*. München: Beck Verlag, 267–285.
- Hitzler, R. 2012: Wie viel Popularisierung verträgt die Soziologie? *Soziologie*, 41. Jg., Heft 4, 393–397.
- Howaldt, J. 2006: Soziologie – Die halbierte Wissenschaft? Thesen zur Sonderveranstaltung der Inter-Generationen-Initiative der DGS und des Berufsverbandes Deutscher Soziologinnen und Soziologen »Disziplinierung oder Professionalisierung?«. In K.-S. Rehberg (Hg.), *Soziale Ungleichheit, Kulturelle Unterschiede. Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München 2004. Teil 2*. Frankfurt am Main: Campus, 1235–1243.
- Kreckel, R. 2012: Soziologie als Lebenswerk und Lebensführung. *Soziologie*, 41. Jg., Heft 3, 269–282.
- Jeffries, H. (Hg.), *Handbook of Public Sociology*. Lanham, Maryland: Rowman & Littlefield Publishers.
- Lepsius, M. R. 1961: *Denkschrift zur Lage der Soziologie und der Politische Wissenschaft*. Wiesbaden: Franz Steiner Verlag.
- Lessenich, S., Neckel, S. 2012: DGS goes public. *Soziologie*, 41. Jg., Heft 3, 317–319.
- Lutz, B. 1984: *Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*. Frankfurt am Main: Campus.
- Maryl, D., Westbrook, L. 2009: On Writing Public Sociology: Accountability through Accessibility, Dialogue, and Relevance. In V. Jeffries (Hg.), *Handbook of Public Sociology*. Lanham, Maryland: Rowman & Littlefield Publishers, 151–169.
- Misztal, B. A. 2009: A Noble Trinity: Jane Addams, Emily Geene Balch and Alva Myrdal. *The American Sociologist*, 40. Jg., 332–353.
- Nyden, P., Hossfeld, L., Nyden, G. (Hg.) 2012: *Public Sociology. Research, Action, and Change*. Los Angeles: Sage.
- Offe, C. 1982: Sozialwissenschaften zwischen Auftragsforschung und sozialer Bewegung. In U. Beck (Hg.), *Soziologie und Praxis. Erfahrungen, Konflikte, Perspektiven*. Göttingen: Otto Schwartz & Co, 107–113.
- Oliver, P.E. 2009: Talking about Racial Disparities in Imprisonment: A Reflection on Experiences in Wisconsin. In V. Jeffries (Hg.), *Handbook of Public Sociology*. Lanham, Maryland: Rowman & Littlefield Publishers, 281–297.
- Riesman, D., Denney, R., Glazer, N. 1950: *The Lonely Crowd. A Study of the Changing American Character*. New Haven: Yale University Press.

- Sprague, J., Laube, H. 2009: Institutional Barriers to Doing Public Sociology: Experiences of Feminists in the Academy. *The American Sociologist*, 40. Jg., 249–271.
- Stacey, J. 2007: If I were the Goddess of Sociological Things. In: D. Clawson, R. Zussman, J. Misra, N. Gerstel, R., Stokes, D. Anderton, M. Burawoy (Hg.), *Public Sociology. Fifteen Eminent Sociologists Debate Politics and the Profession in the Twenty-first Century*. Berkeley: University of California Press, 91–100.
- Treibel, A., Selke, S. 2012: Soziologie für die Öffentlichkeit – zwei Perspektiven. *Soziologie*, 41. Jg., Heft 4, 398–421.
- Wilson, W. J. 1987: *The Truly Disadvantaged. The Inner City, the Underclass, and Public Policy*. Chicago: The University of Chicago Press.

Mopses SeelenGestalt

Udo H. A. Schwarz

Ironie als ernsthaftes Thema, wie »schön«! Und in der Soziologie viel zu selten. Ich melde mich zu Mopses Seele.¹ An Hans-Georg Soeffners *von Bülow*-Aufsatz finde ich zunächst bemerkenswert, dass er sich mit einem Ereignis der Alltagsästhetik auseinandersetzt, das gar nicht alltäglich ist. Zudem lässt sich anlässlich dieses Textes über das bisher ungeklärte Verhältnis der Soziologie zu den Ästhetiken jeder Art einiges sagen, denn er spiegelt auch das Dilemma, in dem die Soziologie mit der Ästhetik oder besser: mit den ästhetischen Erfahrungen grundsätzlich steckt. Auf Soeffners Gegenstand des Interesses bezogen, könnte man mit den folgenden Fragen einer Analyse der ästhetischen Erfahrungen, die durch das Bild provoziert werden, ein Stück näher kommen. Warum wählt Herr von Bülow dieses Sujet, warum hat er so (Ironie) und nicht anders komponiert? Welche ästhetischen Erfahrungen kann man durch das Bild machen, die nur am Bild erlebbar sind? Warum hat der Künstler das Bild so gemalt? Warum malt er und schreibt keinen Text?

Wenn es um die Ikonographie (Mopsseele/Dämmerung, beide im Schwebestadium 2. Ordnung) des Bildes geht, dann sind Soeffners historische und aktuelle Verweise möglicherweise zutreffend und der Verfahrensmodus, in dem er seinen Text generiert, steht dazu in bester kunsthistorischer Tradition. Aber: Wie bei der Kunst – zumindest in allen ästhetischen Werken der Bildenden Kunst – illustriert die Ikonographie nur die Handlungsgrün-

¹ Kommentar zu Hans-Georg Soeffner, Des Mopses Seele. Zur Ästhetik Loriots. Soziologie, Heft 1, 2012, S. 7–18.

de, deren Auswahl kompositorisch kombiniert wurde, sie erklärt sie aber nicht. So ergibt sich auch hier der systematisch blinde Fleck wie bei vielen Texten von Kunsthistorikern; man erfährt viel Wichtiges über den Werkanteil des Kunstwerks, aber gar nichts über die Kunst des Werks.

Insofern steht Soeffners Text in bester kunsthistorischer Tradition, und das ist durchaus anerkennend gemeint, wenn ich auch den Vergleich mit van der Weyden für nicht überzeugend, weil zu beliebig halte. Dessen Engel wirken eher wie Kampfmaschinen. Magritte ja, aber kompositorisch richtig fündig würde man bei Max Ernst. Die Absicht jedenfalls, das Bildsujet in die Anmutungsqualitäten der europäischen Maltradition einzubetten, kann man als gelungen bezeichnen, denn sie hat ihr Ziel erreicht. Sie reklamiert mit Erfolg auf ganzer Bildhöhe und Bildbreite (im Format 23 x 16 cm) die Autorität der Hohen Kunst für die Mopsseele. Aber vielleicht sind sogar literarische Vorbilder in dieser Hinsicht überzeugender, wie das Schlussgedicht zeigt. Aber obwohl das Mopsbild die Erfahrungen mit einer ausgedehnten europäischen Malerei- und Literaturtradition transpiriert, spielen *copy and paste* der Topoi hier noch eine ganz und gar hinterlistige, sehr gekonnte und sehr originale ironische Rolle! – Dazu ein paar Anmerkungen.

Ikonographie und Komposition des Mopsbildes zeigen abendländische Topoi, die den Betrachter ins Bild hineinziehen, in denen er gern verweilt, mit denen er sich identifizieren kann – und die die Bedeutsamkeit des Sujets potenzieren. Welche Bedeutung aber haben sie für die Ebene, die sich hinter dem Bild befindet, die sich in der emotional-kognitiven Sphäre befindet, die sie im Betrachter erzeugen? Die Topoi entfalten ihre Wirkungen auf zwei unterschiedlichen Ebenen, nämlich der der Mal- und der der Glaubenstradition. Bildhintergrund, Perspektive und Licht einerseits und Auffahrt einer toten Seele in den Himmel in der üblichen Form der Darstellung (Engel, Flügel, Schweben, Totenhemd) andererseits führen dazu, dass der Betrachter sich kulturell heimisch fühlt – wenn da nicht ein liebevoll gemalter (Stummelschwanz)Mopsengel schwebte, der sofort ins Auge fällt. Schon dieses Gestaltungsmoment führt zu einem Konflikt beim Betrachter, der möglicherweise zu einer falschen Alternative führen könnte, nämlich der von Kunst oder Kitsch, die die Interpretation abbrechen ließe. Dieser Konflikt im Betrachter aber lässt sich im spezifischen Begriffsfeld von Kitsch (Mops als Engel) und Ironie (von Bülow) auflösen, also wenn man so will, im Verhältnis von Maler und Modell als empirischen Personen. Der Schlüssel zur Bilddeutung liegt aber auf der zweiten Ebene, der

der Glaubenstradition. Denn die auf Seiten des Betrachters vertraute und von Seiten des Malers vertrauliche Ansprache durch die Bildkomposition wird aus der Betrachterperspektive durch zwei widerstreitende Affekte belastet und zugleich entlastet, also gleichsam in einem permanenten Schwebestand gehalten. Diese Irritation hält im günstigen Falle so lange an, bis der Betrachter seine ästhetische Neuerfahrung so weit verarbeitet hat, dass er sie aus seinen Emotionen lösen, seine Erfahrung mit ihr beschreiben und zum Bildinhalt kognitiv Stellung nehmen kann. Denn dem traditionell gläubigen Betrachter bleibt die zum Himmel aufsteigende Mopsseele vorläufig ein blasphemischer Angriff, der aber in der (kognitiv gedeuteten) ironischen Brechung erträglich wird. Dazu braucht es Zeit und deshalb der Schwebestand (3. Ordnung).

An dieser Stelle ließen sich einige Korrespondenzen mit der Bildrahmung einflechten. Der Rahmen, der das Bild dem Alltag entreißt (Simmel), besteht aus einem farblich abgesetzten Doppelrahmen. Schwarze Ironie und sanft ist der äußere, kitschig und golden der innere (Schwebestand 1. Ordnung). Beide zusammen reflektieren wie die Bildikonographie (Schwebestand 2. Ordnung) den malerisch zu lösenden Konflikt.

Der besteht darin, dass der Mops sterblich ist, Herrn von Bülow dies missfällt, er sich aber nur und dies mit Nachdruck, zu einer Lösung des Konflikts im *modus irrealis* im Stande sieht. Dies aus folgendem Grund. Der Glaube an das Seelenheil erschließt sich nur dem Gläubigen mehr oder weniger, aber das für Möpse kaum. Er aber, als Wissender, wünschte sich die Möglichkeit zu diesem Glauben nur für diesen einen Fall, wider all sein besseres Wissen. Etwas zu glauben zu wünschen und gleichzeitig zu wissen, dass man es nicht kann, stellt eine Aporie dar, die nicht sprachlich, aber vielleicht bildlich oder als bildliches Paradoxon zu lösen ist und zwar in der ironischen Form der Selbstdistanz. Noch einmal: Selbstdistanz ist deshalb nötig, weil er (von Bülow) hier ausnahmsweise nicht abgeneigt wäre, etwas zu glauben, was er nicht glauben kann. Den Zwiespalt verbindet scheinbar Kitsch, er ist der vorläufige Kitt zwischen dem empirischen Ich und dessen fallspezifisch gewünschter Aufhebung.

Diesen Zwiespalt zwischen Wissen und Möchtegernglauben fügt von Bülows Ironie im Bild zusammen, denn die ironische Form lässt für diesen einen Fall Glauben zu, weil sie gleichzeitig zeigt, dass sie es nicht wirklich tut, entsprechend finden wir auf allen drei Ebenen Schwebestände. Von Bülows Ästhetik ist eine sanfte Form der liebevoll ironischen Vereinnahmung von sich selbst und poetischer Kraft im *modus irrealis*:

Der, der ich nicht bin, malt den, der du nicht sein kannst.

Das ist Trauerarbeit. Das Unmögliche wird möglich. Wie schön! Wie überhaupt die Kombination von sanfter Ironie und Selbstdistanz ein Merkmal der von Bülowischen Ästhetik sein könnte: Goethe ist groß, aber doch irgendwie auch wie Lorient. Beruhigend.

Offenbar ist die Übernahme weit verbreiteter etablierter Kompositionen und Ikonographien ein Ausdrucksmittel des von Bülowischen Stils, man schaue sich daraufhin etwa seinen Gitarrenspieler nach Picasso aus dem Jahre 2006 an. Aber im vorliegenden Falle geht die Übernahme noch ein Stück weiter, dadurch, dass er seinem Bild im *modus irrealis* durch die surrealistische Darstellungsweise zumindest kunsthistorische Validität verleiht. – Noch einmal zurück zur falschen Alternative Kitsch oder Kunst. Das Bild ist kein Werk der Kunst, weil es die semantischen Normen in der Komposition zeigt, sie aber nicht aufhebt – was Kunst tun würde – sondern sie auf der Bildoberfläche ironisch bricht. Es ist kein Werk des Kitsches, weil es der dargestellten Absicht durch ironische Brechung widerspricht.

Was ist es dann? Es ist definierbar durch seine ganz eigene von Bülowische Ästhetik der Herstellung. – Es ist ein Lorient!

Die Soziologie der Ästhetiken könnte an dieser Stelle aus der beispielhaft gezeigten rezeptionsästhetischen Perspektive – oder aus einer anderen – beginnen, aber die Behandlung dieses Themas ginge über meinen ersten Impuls hinaus.

Vielfalt und Repräsentation

Über den Bedeutungsverlust der symbolischen Mitte¹

Martina Löw

Öffentlicher Planung fehle heute die Legitimation, weil eine Orientierung der Planungsziele an einem allgemeinen »öffentlichen Interesse« unmöglich werde, so eine zentrale These, die im Rahmen der *Internationalen Bauausstellung Hamburg* diskutiert wird (IBA Hamburg 2012). Pluralisierung und Individualisierung der Gesellschaft führen, lautet die Begründung, zu auseinander strebenden Interessenlagen und erschweren die Erarbeitung einvernehmlicher Zielsetzungen für die Planung öffentlicher Räume heute.

Das Thema, dass Gemeinwesen durch vielfältige Interessen- und Lebenslagen unregierbar werden, ist nicht neu. Jürgen Habermas (1973) hat die Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus in den Blick genommen, Fritz W. Scharpf besorgt die Frage nach der »Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des 20. Jahrhunderts« (1992: 93) gestellt und Armin Nassehi die Moderne für »letztlich unregierbar« erklärt (2012: 40).

Neu ist jedoch, dass die Krisennarrative sich nicht allein auf die demokratische Rechtsordnung und die Staatskonstruktion beziehen, sondern auch jene gesellschaftlichen Gruppen erfassen, die öffentliche Interessen in ihrer Arbeit zu vertreten haben, jedoch weder durch Wahlen legitimiert sind noch diese als Gesetzgeber normieren. Gerade die große Gruppe an Professionen – neben Recht und Politik –, die mit der Ausgestaltung des Gemeinwesens und damit mit der Wahrung öffentlicher Interessen betraut ist, konstatiert regelmäßig Handlungsunfähigkeit angesichts der wahrgenommenen Vielfalt der Gesellschaft. Gemeint sind Architekten und Plane-

¹ Vortrag zur Eröffnung des 36. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie am 1. Oktober 2012 in Bochum

rinnen, welche die öffentlichen Räume gestalten; Denkmalpflegerinnen und -pfleger, die zu schützendes Erbe festlegen; Kulturschaffende, die Erinnerungspolitik fördern; Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die Formate von Gemeinschaften in Quartieren strukturieren; Lehrerinnen und Lehrer, die zwischen Wissenswertem und Nebensächlichem auswählen; Medienfachleute, die Informationen in Nachrichten umwandeln.

Umgekehrt verweist die Rechtswissenschaft auf die Kompetenz jener Gruppen von Experten, denn ein sogenannter unbestimmter Rechtsbegriff (Böckenförde 2002: 63) wie das »öffentliche Interesse« könne nur relational zu den sich wandelnden Gemeinwohlbildern (Häberle 1970: 49) öffentlich wirksamer Professionen definiert werden. In rechtswissenschaftlichen Texten heißt es in diesem Zusammenhang, dass im demokratischen Verfassungsstaat die Definition öffentlicher Aufgaben zu wesentlichen Anteilen »in das bloß Soziologische abgeschoben und der Gesellschaft zugeordnet wird« (ebd.: 24). Gemeint ist damit, dass in demokratisch verfassten Staaten (in Abgrenzung zu autoritären Regimen) das Rechtssystem öffentliche Interessen zwar normativ festschreiben muss, allerdings eine »essentialistische a priori-Bestimmung des Gemeinwohls mit den Prinzipien einer freiheitlichen Demokratie nicht vereinbar« ist (Münkler, Fischer 2002: 10).

Anlässlich des 36. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, der unter dem Motto »Vielfalt und Zusammenhalt« steht, drängt sich die Frage auf, wie die Repräsentation öffentlicher Interessen unter Bedingungen von Vielfalt möglich bleibt. Die folgende Argumentation wird an Repräsentationsphänomenen ansetzen, nach Bedingungen von Vielfalt heute fragen, um zu dem Punkt durchzudringen, dass der Verlust der symbolischen Mitte eine Chance für Zusammenhalt ist.

Im öffentlichen Interesse

Öffentliches Interesse wird in der Regel mit Gemeinwohl gleichgesetzt. Der Begriff des öffentlichen Interesses weckt hierbei allerdings stärker Assoziationen zu vielfältigen Stimmen, die zu einem Interesse zusammengefasst werden müssen, wohingegen der Gemeinwohlbegriff deutlicher von Beginn an ein gemeinsames Interesse in das Zentrum der Aufmerksamkeit rückt. (ebd.: 18; Vobruba 1994: 171ff.). Beide Begriffe gelten als Grundpfeiler im »Normenbau« der Rechtsordnung (Häberle 1970: 204), der Begriff

des öffentlichen Interesses zudem als integrierendes Verständigungsmittel (Brugger 2000: 68) in der Organisation gesellschaftlichen Zusammenhalts. Unübersehbar ist, dass öffentliches Interesse nicht nur Interpretationsgegenstand ist, der Handeln motivieren soll, sondern auch appellativ oder argumentierend eingesetzt wird, um Handeln zu legitimieren.

Nun also mehren sich die Stimmen von Personengruppen, die professionell nicht Partikularinteressen, sondern öffentliche Interessen zu vertreten haben, und verkünden, dass unter Bedingungen zunehmender Vielfalt ihr Handlungsauftrag unbestimmt ist. Wie gestaltet man öffentliche Räume in einer »Stadt für alle« (so die Formel, die heute von der AG Soziales Hamburg genauso verwendet wird wie vom international agierenden Architekturbüro Albert Speer)? Man muss nicht gleich an indische Großfamilien denken, die in Deutschland keinen Wohnraum für Mehrgenerationenhaushalte finden; auch die Bewegungsmuster von Kindern und Erwachsenen, die Erwartungen von Frauen und Männern an städtische Räume oder die ästhetischen Präferenzen nach Milieu unterscheiden sich eklatant. So wird schnell deutlich, dass jede Planung unter Legitimationsdruck gerät. Die Interessen scheinen sich gegenseitig auszuschließen. Nicht einmal die Prioritäten sind unumstritten: Geht es in erster Linie um bauliche Angebote für viele Interessengruppen gleichzeitig am selben Ort oder darum, ästhetisch ansprechend zu bauen (in welcher Ästhetik?), die lokale Wirtschaft zu fördern oder sozialer Benachteiligung entgegenzuwirken? Wie verhält sich die Planung des öffentlichen Raumes zur Strukturierung des Wohnungsmarktes? Die Interessen der städtischen Bevölkerung sind offensichtlich ebenso divers wie die Nutzungsanforderungen. Während die einen das Recht auf die Stadt einklagen und dringend staatliche Interventionen und sozial gerechtere Planung fordern (Twickel 2010), werfen andere skeptische Kommentare in die Debatte ein. Die Aufwertung von Quartieren sei – in Maßen – immer auch wünschenswert und erhalte gerade urbane Vielfalt (Kaltenbrunner 2012). Andere wiederum wollen in Wohnungen investieren, um ihre Rente zu verbessern und verteidigen die Höhe der Mieten als Ergebnis von Marktgesetzen.

Man kann auch über eine andere Gestaltungsaufgabe als Beispiel für die Komplexität öffentlicher Interessen nachdenken: Im öffentlichen Interesse ist es ohne Zweifel, Zusammenhalt und Zukunftsfähigkeit zu erzeugen, indem Erinnern und Gedenken materiell und symbolisch Gestalt verliehen wird. Aber auch hier ist jedes Projekt umstritten. In der Gedenkpolitik an die Verbrechen des Nationalsozialismus führt dies dazu, dass die meisten

wichtigen Gedenkstätten für die Verbrechen im Nationalsozialismus in Deutschland von israelischen oder US-amerikanischen Künstlern bzw. Architekten gestaltet wurden: Micha Ullman, Richard Serra, Daniel Libeskind, Peter Eisenman. Mit anderen Worten: Die Gestaltung des Gedenkens an den Holocaust wird an jene delegiert, deren Familien einst Opfer deutscher Genozidpolitik waren und außerhalb des Landes leben (Mathes 2012). Handelndes Gestalten vor Ort im öffentlichen Interesse scheint unmöglich. Man muss nicht nur an Holocaust-Mahnmale denken, sondern kann sich auch den Palast der Republik in Berlin, das Denkmal für die ermordete Muslimin Marwa El-Sherbini in Dresden oder die geplante Konstruktion des Kaiser-Krönungsweges in Frankfurt ins Gedächtnis rufen, um die Frage allgemeiner zu formulieren: Können Denkmäler bzw. kann Erinnerungspolitik im öffentlichen Interesse gestaltet werden, können Sprechakte im öffentlichen Interesse erfolgen, wenn gleichzeitig Vielfalt der Lebensformen, Werthaltungen und Weltansichten Alltag ist? Vergleichbare Fragen lassen sich für Sozialarbeit, Kunst, Bildung oder Medien stellen: Kann Zusammenhalt noch symbolisch Ausdruck verliehen werden, wenn jede Wahrnehmung von gemeinsamen Interessen und Ausdrucksformen schwindet?

Vielfalt heute

Aber wie verhält es sich nun mit der Vielfalt? Nimmt nur die Wahrnehmung der Vielfalt oder auch die Vielfalt zu? Wahlabsichten, Kirchengangshäufigkeit und Gewerkschaftsmitgliedschaft lassen sich heute häufig nicht mehr eindeutig Klassen oder Schichten zuordnen (Schnell, Köhler 1998). Die Interessen werden heterogener und weniger erwartbar. Schaut man dagegen in die Sektoren Bildung und Arbeit, so schrumpft die Vielfalt von Milieus und individuellen Positionierungen wieder. Die Möglichkeit, die Handlungsmuster vieler auf die Konstruktion einiger weniger Klassen zu reduzieren, weist zwar noch Zeichen einer größeren Vielfalt als eine zu konstatierende Gleichartigkeit der Bevölkerung auf, unüberschaubare Vielfalt als Befund drängt sich gleichwohl nicht auf. Noch immer hängen die Bildungschancen stark von der Herkunftsklasse ab. In einer 18 europäische Länder vergleichenden Studie kommt Fabrizio Bernardi zum Beispiel zu dem Ergebnis, dass die Wahrscheinlichkeit, einen Hochschulabschluss zu

erwerben, stark von der sozialen Klasse abhängt, aus der ein junger Mensch kommt (Bernardi 2009; siehe auch Lörz, Schindler 2011).

Im Unterschied dazu hat sich das Freizeithandeln deutlich homogenisiert. Die Klassenlage bestimmt nur noch geringfügig den Musik- (Otte 2010) oder auch den Filmgeschmack (Rössel, Bromberger 2009). Zwar stehen teure Freizeitvergnügen (zum Beispiel Skifahren) nur wenigen offen, doch zeigt sich umgekehrt, dass gerade diejenigen, die über Geld und Bildung verfügen, sich heute für sehr unterschiedliche Feierabendvergnügen und Ästhetiken interessieren, was tendenziell die Koppelung von Freizeitaktivität und Klassenzugehörigkeit unterläuft (Chan, Goldthorpe 2007).

Unverändert ist, dass Menschen sich selbst einer Klasse zuordnen; allerdings fällt es heute schwerer, andere Menschen vom bloßen Eindruck her nach Klassen zu gruppieren (Pape et al. 2008). Blickt man auf Klassen- und Milieudifferenzierungen, so ist die Frage nach mehr oder weniger Differenz nur abwägend zu beantworten: Es gibt neue Zuspitzungen, zum Beispiel durch den Anstieg der Mieten in den Großstädten, neue Annäherungen, zum Beispiel in gemeinsamen Freizeitinteressen, und neue Diversifizierungen, zum Beispiel in Bindungen an Parteien und Interessenverbänden.

Anders sieht die Lage aus, wenn man auf das Thema Migration schaut: In den letzten 50 Jahren hat sich der Anteil der in Deutschland lebenden Ausländer fast vervierfacht (Pries 2012). Damit einher geht (wenn auch nicht ausschließlich auf Zuwanderung zurückzuführen), dass der Alltag in Städten heute durch eine wachsende Vielfalt von Glaubensgemeinschaften geprägt ist. Deutschland ist ein multikulturelles Land geworden.

Arbeit ist zwar nach wie vor der zentrale Bezugspunkt des Handelns aller sozialer Gruppen (Blossfeld et al. 2008), doch haben sich Arbeitsformen flexibilisiert und prekäre Beschäftigung wird häufiger. Das bedeutet, dass die Lebensplanung für alle Milieus komplizierter geworden ist (Dörre 2010), was allerdings insbesondere die Mittelschichten zu bedrohen scheint. Nun gilt aber eine breite Mittelschicht als starker Integrationskern der Gesellschaft. Droht die Mittelschicht zu schrumpfen, so ist zu erwarten, dass eine Polarisierung sozialer Ungleichheit den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet. Tatsächlich sind die mittleren Einkommen, über die die Mittelschicht definiert wird, nur geringfügig gesunken (ISG 2011). Konstatiert werden müssen soziale Abstiege, aber auch Aufstiege. Die Unsicherheiten werden manchmal als Belastung, manchmal aber auch als Preis gestiegener Freiheitsgrade und Wahlmöglichkeiten interpretiert (Koppetsch 2010). Noch nicht einmal für das Unsicherheitsempfinden lässt sich

nachweisen, dass es bei Angehörigen der Mittelschicht linear oder im Vergleich zu anderen Gruppen stärker stiege (Burzan, Kohrs 2012).

Zusammenfassend bedeutet das, dass Vielfalt eine soziale Tatsache ist. Städte sind der Inbegriff von Vielfalt. Lässt sich keine Pluralität von Lebensformen finden, so handelt es sich im soziologischen Sinne gar nicht um eine Stadt. Vielfalt hat in Bezug auf die Dimensionen Sprache, Religion, Nationalität und Staatsangehörigkeit zugenommen. In diesem Sinne kann von Pluralisierung gesprochen werden. Allerdings ist »religiöse Vielfalt in Europa historisch der Normalfall und nicht die Ausnahme« (Nagel 2012: 158). Insofern stellt sich hier wie auch in der Reflexion auf wachsende Spannungen zwischen Arm und Reich die Frage, wann die Gefährdung des Zusammenhalts eher eine in den Massenmedien gerne kolportierte Deutung ist und wann (nur) notwendig ambivalente Prozesse des sozialen Wandels, der Auf- und Abstiege, der biografischen Neuorientierung, der Fremdheit und des Vertrautwerdens beobachtet werden können.

Mit anderen Worten: Der Punkt, an dem Vielfalt in eine unzumutbare Praxis umschlägt, scheint nicht erreicht zu sein. Krisendiagnosen sind mit Vorsicht zu genießen. In repräsentativen Untersuchungen bestätigen sie sich selten. Vielfalt ist Alltag. Vielfalt ist ein »Verbrauchsgut mit einer Halbwertszeit«, so Wolf-Dietrich Bukow (2011: 213), weil Fremdheit sich wieder verliert und Vertrautheit zunimmt. Zuweilen kann noch nicht einmal mit Sicherheit gesagt werden, ob eine neue gesellschaftliche Entwicklung ein Beleg für Homo- oder für Heterogenisierung ist. Ist die rechtliche Angleichung von Ehe und eingetragener Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare ein Hinweis auf eine Differenz-Toleranz in der Gesellschaft oder die Angleichung einer zuvor differenzbildenden Lebensform an die dominanten Institutionen? Vielfalt bleibt ambivalent. Sie ist das Kennzeichen moderner Gesellschaften und die Herausforderung, die in den Städten gesucht und erwartet wird. Jede neue Vielfalt, bzw. jede neue Welle in der Erfahrung mit Vielfalt drängt zu weiteren Auseinandersetzungen. Neu ist dabei, auch als Herausforderung für die Bestimmung öffentlicher Interessen, der jeweilige Inhalt, nicht die Tatsache der Vielfalt.

Erving Goffmans Beschreibung der US-amerikanischen Gesellschaft zufolge ist »ein junger, verheirateter, weißer, städtischer, nordstaatlicher, heterosexueller protestantischer Vater mit Collegebildung, voll beschäftigt, von gutem Aussehen, normal in Gewicht und Größe und mit Erfolgen im Sport« (Goffman 1975: 158) ein nicht zu beschämender Mensch. Was sich in der Wahrnehmung zunehmender Vielfalt und in der Einschätzung von

Expertengruppen, dass gemeinsame Willensbildung unrealistisch erscheint, offenbart, ist der Verlust eines symbolischen Zentrums. Über Jahrzehnte hinweg funktionierte Stadtplanung, um noch einmal auf dieses Beispiel zurückzukommen, indem weiße, berufstätige, verheiratete, erwachsene Männer als Zielgruppe imaginiert wurden. An den Rändern wurden Zonen für Kinder in Form von Spielplätzen eingerichtet und der Alltag von Frauen unter Formeln wie »Schlafstadt« für ganze Wohngebiete imaginär gelöscht. Nach dem Geschlechterstreit der 1970er und 80er Jahre, nach dem Demographicschock der Jahrtausendwende und der daraus folgenden Einsicht in die Altersdifferenzierung sowie mit der Gewissheit, ein Einwanderungsland zu sein, werden alle beschämbar. Es gibt keine gesellschaftliche Gruppe mehr, die imaginär als gesellschaftlicher Kern überhöht werden könnte; zu sehr sind die Beziehungen zwischen Geschlecht, Klasse und Ethnizität zu jederzeit verfügbaren Wissensbeständen geworden, gerahmt von Differenzbezügen wie Sexualität, Alter, Religion, Nationalität (siehe zum Beispiel Lutz, Wenning 2001).

Formen der Repräsentation

Die Einsicht in Vielfalt als gesellschaftskonstitutives Element ist so alt wie die moderne Gesellschaft und somit immer Ausgangspunkt der Soziologie gewesen. Zusammenhalt entsteht in der modernen Gesellschaft aus dem Wissen, aufeinander angewiesen zu sein, Solidarität basiert auf Verflechtungsbeziehungen (siehe unter anderem Durkheim 1893). Wir wissen, dass ohne Arbeitsteilung der Alltag zusammenbrechen, ohne Migration die Gesellschaft erstarren würde, ohne Vielfalt in den Lebensformen die eigenen Wahlmöglichkeiten wegfielen. Vielfalt ist nicht nur theoretisch Voraussetzung und grundlegender Mechanismus der Stiftung von Bindungen, sondern es existiert auch ein kollektives Wissen um die Notwendigkeit systemischer und sozialer Differenz. Verloren haben wir eine Einheitsfigur im Zentrum der Differenz. Der zur Norm erhobene Mann, weiß, berufstätig und christlich, bildete symbolisch eine Mitte im Pluralen. Ein Teil tritt für das Ganze ein: Das Männliche steht für das Menschliche; das Eigene tritt gegen das Fremde an; das Heterosexuelle hält sich für Sexualität schlechthin. Konfrontiert sind wir als beschämbar Menschen mit der Einsicht, dass Unifizierungen unglaubwürdig werden, mehr noch, dass »das herkömm-

liche Schema der Inklusion der Teile ins Ganze (...) außer Geltung gesetzt« ist (Koschorke 2010: 12f). Damit wankt auch die Vorstellung, dass konsensuell Willensbildung möglich wird. Die Idee von zu repräsentierenden öffentlichen Interessen basiert ganz wesentlich auf der Sicherheit, dass unter Bedingungen gesellschaftlicher Pluralität in der Regel durch Vernunft Einigung auf grundlegende Inhalte und Werte möglich ist, die dann die Grundlage für Handeln bieten: Wo eine Mitte ist, ist auch ein Weg. Gleichsam fremd blieb daneben Hannah Arendts pluraler und agonaler Handlungsraum genannt »Öffentlichkeit«, in dem nicht Einigung, sondern Urteilsmut, Widerstand und gleiche Partizipationschancen gesellschaftliche Entwicklung befördern (Arendt 1994; siehe auch Thaa 2009). Aber Arendt sah immer das einzelne Subjekt, das sich ins Licht der Öffentlichkeit traut. Repräsentation gegenüber blieb sie skeptisch, fragte aber auch nur nach politischer Repräsentation.

Die Sorge für das Gemeinwohl und die Gestaltung der Gemeingüter (im öffentlichen Interesse) muss zwangsläufig über das Individuum hinaus denken. Konsensbildung ist die naheliegende Konsequenz. Wo sie nicht überzeugt, erweist sich Gruppenrepräsentation als Alternative. Iris Marion Young zum Beispiel plädiert dafür, dass eine fair gestaltete Repräsentation die Stimmen gesellschaftlicher Minderheiten besser sichern könne als Formen direkter Demokratie (Young 1997). Die Pointe ist dabei, dass Young weiß, dass erst die Antizipation der Repräsentation die zu repräsentierenden Gruppen formt, das heißt, das Format »Denkmal für die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus« zum Beispiel die Homogenisierung lesbischer und schwuler Lebensformen mit produziert. Gleichzeitig ist Young davon überzeugt, dass das Beharren auf gruppenspezifischen Repräsentationen für Interessen von Minderheiten deutlich vorteilhafter ist als die Suche nach konsensfähigen Entscheidungen. Wogegen sich Young wendet (wie viele andere auch, in der Stadtplanung ist es zum Beispiel Rem Koolhaas), ist der Glaube an die Synthese im Konsens. In Raumbildern gesprochen, basiert die Konsensfigur auf der Vorstellung eines großen Raumes, der über einen Masterplan gestaltbar ist. Durch geregelte Verfahren und Messungen entsteht für alle die Möglichkeit, die Gestaltung der Belange an Experten zu delegieren. Heute ist unübersehbar geworden, dass die Synthese der Interessen keineswegs konsensfähige Ergebnisse erzeugt. Das Vertrauen in Masterformen ist schwer erschüttert. Dagegen stehen nun Bilder von vielen Räumen. Die vielen Welten existieren nebeneinander und müssen jede für sich repräsentiert werden. Die Teile ergeben kein Ganzes.

Eine Synthese erscheint unmöglich. Nicht, dass sich die Räume nicht überlappen, doch die jeweiligen sozialen Verhältnisse können nicht ineinander aufgehen. Im öffentlichen Interesse ist es, dass jede Gruppe ihre eigene Stimme bekommt.

Verflechtung und Bindung

Das Fazit ist: Vielfalt ist ein Kennzeichen moderner Gesellschaften. Vielfalt stellt all jene, die im öffentlichen Interesse agieren, nicht vor neue Herausforderungen, sondern kontinuierlich vor Herausforderungen. Vielfalt variiert in ihren Erscheinungsformen, nicht als soziale Tatsache. Als alternative Formen scheinen auf: Repräsentation auf der Basis von Konsens versus gruppenspezifische Repräsentation. Die Figur des Konsenses, der qua Vernunft mittels geregelter Verfahren trotz Vielfalt erreicht wird, ist leistungsstark und gut etabliert, doch schwindet die Zuversicht der Experten mit der Kritik an den Resultaten. Dagegen steht die Figur gruppenspezifischer Repräsentation. Letzteres hieße; konsequent für die verschiedenen, eine Gesellschaft formenden Gruppen die Interessen zu bedenken: ihre Räume, ihre Geschichtsnarrative, ihre Relevanzmuster.

Die Alternative von breitem Konsens versus Gruppenrepräsentation vermag jedoch nicht zu überzeugen. Der Verlust einer symbolischen Mitte wird nur dann zur Chance für Zusammenhalt, wenn nicht dort, wo bislang Konsens erwartet wurde, nun Gruppen zu Entitäten werden, sondern stattdessen Beziehungen in den Blick rücken. Unübersehbar ist, dass jeder Einzelne widersprüchliche, sich wandelnde Identifizierungen mit Gruppen leistet und sich somit an unterschiedliche soziale Zusammenhänge anbindet (ausführlich Benjamin 2002 sowie die Debatte um Hybride siehe zum Beispiel Mecheril 2009). Wofür im Sinne des öffentlichen Interesses eine Sprache gefunden werden muss, das ist das Geflecht von in sich widersprüchlichen Gruppenbildungen in ihrem Abhängigkeitsverhältnis zueinander. Viel überzeugender als die Alternative einer Repräsentation auf der Basis von Konsensbildung und einer Repräsentation auf der Grundlage von Gruppenbildung erscheint mir daher, das öffentliche Interesse im Sinne der Repräsentation als Sichtbarmachen und Berücksichtigen von Relationen zwischen inkonsistenten sozialen Gruppen und als Gegenwärtigwerden von Knotenpunkten zu verstehen. Das Geflecht, in dem wir leben,

ist kein verhärtetes Fangnetz, sondern eine responsive Einbettung. Das heißt, es existieren gleichzeitig Identitäten, Loyalitäten, Präferenzen und Beziehungen, Energien, Überlagerungen. Die Anderen bilden keinen stummen Hintergrund, sondern erzeugen Widerhall und Nachhall, Schwung und Widerstand. In einer Moderne, die eine Reihe von Fundamentalismen hervorgebracht hat, ist es aufregend und anregend, Unifizierung ebenso zu meiden wie trennscharfe Differenzierungen. Für die Gestaltung öffentlicher Räume, die Planung des Schulunterrichtes, die Durchführung von Quartiersmanagement und die Organisation der Denkmalpflege gilt gleichermaßen: Wenn all diese Aufgaben weder so bearbeitet werden, dass sie konsensfähig erscheinen, noch den Interessen von Teilgruppen folgen, sondern vielmehr sich der komplexen Anforderung stellen, Verflechtungen (und damit auch Widersprüche und Bindungen) räumlich und zeitlich erlebbar zu machen, dann wird Repräsentation ihrer Darstellungsfunktion gerecht. Es wird etwas anwesend, was ohne sie unsichtbar geblieben wäre, sich nur spurenhaf in den diskursiven Ordnungen realisiert: die Muster der Verflechtung. Zusammenhalt wird als gegenseitige Verwiesenheit erfahrbar. In Raumbildern gesprochen: Notwendig scheint der Blickwechsel von einem absoluten Raum zu dessen Alternative, zu vielen einzelnen Räumen, hin zu den Pfaden, Verbindungen und Knotenpunkten. Statt Durchschnitte zu suchen und abzubilden oder scharfe Schnitte zwischen Gruppen zu ziehen (hier die Opfer dort die Täter, jeder Gruppe ihre Quote), können Bindungen und Verwerfungen in einer vielfältigen Gesellschaft in den Blick rücken.

Sokrates, so vermutet Simmel (1992 [1898]: 677), fiel der Gleichartigkeit zum Opfer, denn bei größerer Vielfalt der Lebensformen hätten seine Reden nicht so durchgreifend die Gemeinschaft erschüttern können. Nicht die Vielfalt ist das Problem, sondern die notwendige Reorganisation des Denkens und Handelns in Vielfalt. In diesem Sinne ist die Verunsicherung vieler Professionen eine produktive Herausforderung.

Literatur

Arendt, H. 1994: Kultur und Politik. In H. Arendt, U. Ludz (Hg.), *Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken I*. München: Piper Taschenbuch, 277–304.

- Benjamin, J. 2002: Der Schatten des Anderen. Intersubjektivität, Gender, Psychoanalyse. Frankfurt am Main/Basel: Stroemfeld.
- Bernardi, F. 2009: Globalizzazione, individualizzazione e morte delle classi sociali. Uno studio empirico su 18 paesi Europei. *Polis* 2, 195–220.
- Blossfeld, H.-P., Hofäcker, D., Hofmeister, H., Kurz, K. 2008: Globalisierung, Flexibilisierung und der Wandel von Lebensläufen in modernen Gesellschaften. In M. Szydlik, (Hg.), Flexibilisierung. Folgen für Arbeit und Familie. Wiesbaden: VS, 23–46.
- Böckenförde, E.-W. 2002: Gemeinwohlvorstellungen bei Klassikern der Rechts- und Staatsphilosophie. In H. Münkler, K. Fischer (Hg.), Gemeinwohl und Gemeinsinn im Recht. Konkretisierung und Realisierung öffentlicher Interessen. Berlin: Akademie Verlag, 43–65.
- Brugger, W. 2000: Gemeinwohl als Ziel von Staat und Recht. In D. Murswiek, H. Quaritsch (Hg.), Staat – Souveränität – Verfassung. Festschrift für Helmut Quaritsch zum 70. Geburtstag. Berlin: Duncker & Humblot, 54–71.
- Bukow, W.-D. 2011: Vielfalt in der postmodernen Stadtgesellschaft. Eine Ortsbestimmung. In W.-D. Bukow, G. Heck, E. Schulze, E. Yildiz (Hg.), Neue Vielfalt in der urbanen Stadtgesellschaft. Wiesbaden: VS, 207–231.
- Burzan, N., Kohrs, S. 2012: Vielfältige Verunsicherung in der Mittelschicht. Eine Herausforderung für sozialen Zusammenhalt? In L. Pries (Hg.), Zusammenhalt durch Vielfalt? Bindungskräfte der Vergesellschaftung im 21. Jahrhundert. Wiesbaden: Springer VS, 101–122.
- Chan, T., Goldthorpe J. 2007: Social Stratification and Cultural Consumption. Music in England. *European Sociological Review*, 23. Jg., Heft 1, 1–19.
- Dörre, K. 2010: Die Selbstmanager. Biographien und Lebensentwürfe in unsicheren Zeiten. In A. Bolder (Hg.), Neue Lebenslaufregimes – neue Konzepte der Bildung Erwachsener? Wiesbaden: VS, 139–149.
- Durkheim, E. 1893: De la division du travail social. Étude sur l'organisation des sociétés supérieures. Paris: Félix Alcan.
- Goffman, E. 1975: Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Häberle, P. 1970: Öffentliches Interesse als juristisches Problem. Eine Analyse von Gesetzgebung und Rechtsprechung. Bad Homburg: Athenäum Verlag.
- Habermas, J. 1973: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- IBA Hamburg 2012: Metropole: Zivilgesellschaft. IBA Hamburg Schriftenreihe. Band 6. Berlin: Jovis.
- Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik 2011: Überprüfung der These einer »schrumpfenden Mittelschicht« in Deutschland. Herausgegeben vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales, ISG: Köln.
- Kaltenbrunner, R. 2012: Gentrifizierung in Berlin. Das bisschen Luxus mischt sich unter. Frankfurter Rundschau vom 24. April 2012, 32–33.

- Koppetsch, C. 2010: Jenseits der individualisierten Mittelstandsgesellschaft? Zur Ambivalenz subjektiver Lebensführung in unsicheren Zeiten. In P. Berger, R. Hitzler (Hg.), *Individualisierungen. Ein Vierteljahrhundert »jenseits von Stand und Klasse«?* Wiesbaden: VS, 225–243.
- Koschorke, A. 2010: Ein neues Paradigma der Kulturwissenschaften. In E. Eßlinger, T. Schlechtriemen, D. Schweitzer, A. Zons (Hg.), *Die Figur des Dritten. Ein kulturwissenschaftliches Paradigma*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, 9–31.
- Lörz, M., Schindler, S. 2011: Bildungsexpansion und soziale Ungleichheit. Zunahme, Abnahme oder Persistenz ungleicher Chancenverhältnisse – eine Frage der Perspektive? *Zeitschrift für Soziologie*, 40. Jg., Heft 6, 458–477.
- Lutz, H., Wenning, N. 2001: Differenzen über Differenz – Einführung in die Debatte. In H. Lutz, N. Wenning (Hg.), *Unterschiedlich verschieden: Differenz in der Erziehungswissenschaft*. Opladen: Leske+Budrich, 11–24.
- Mathes, B. 2012: Teutonic Shifts, Jewish Voids. Remembering the Holocaust in post-Wall Germany. *Third Text*, 26. Jg., Heft 2, 165–175.
- Mecheril, P. 2009: *Politik der Unreinheit. Ein Essay über Hybridität*. Wien: Passagen Verlag.
- Münkler, H., Fischer, K. 2002: Einleitung. In H. Münkler, K. Fischer (Hg.), *Gemeinwohl und Gemeinsinn im Recht. Konkretisierung und Realisierung öffentlicher Interessen*. Berlin: Akademie Verlag, 9–23.
- Nagel, A.-K. 2012: Vielfältige Verunsicherung in der Mittelschicht – eine Herausforderung für sozialen Zusammenhalt? In L. Pries (Hg.), *Zusammenhalt durch Vielfalt? Bindungskräfte der Vergesellschaftung im 21. Jahrhundert*. Wiesbaden: Springer VS, 233–249.
- Nassehi, A. 2012: Der Ausnahmezustand als Normalfall. Modernität als Krise. In A. Nassehi (Hg.), *Kursbuch Nr. 170 – Krisen lieben*. Hamburg: Murmann Verlag GmbH, 34–49.
- Otte, G. 2010: »Klassenkultur« und »Individualisierung« als soziologische Mythen? Ein Zeitvergleich des Musikgeschmacks Jugendlicher in Deutschland, 1955–2004. In P. Berger, R. Hitzler (Hg.), *Individualisierungen. Ein Vierteljahrhundert »jenseits von Stand und Klasse«?* Wiesbaden: VS, 73–95.
- Pape, S., Rössel, J., Solga, H. 2008: Die visuelle Wahrnehmbarkeit sozialer Ungleichheit. Eine alternative Methode zur Untersuchung der Entkopplungsthese. *Zeitschrift für Soziologie*, 37. Jg., Heft 1, 25–41.
- Pries, L. 2012: Erweiterter Zusammenhalt in wachsender Vielfalt. In L. Pries (Hg.), *Zusammenhalt durch Vielfalt? Bindungskräfte der Vergesellschaftung im 21. Jahrhundert*. Wiesbaden: Springer VS, 13–48.
- Rössel, J., Bromberger, K. 2009: Strukturiert kulturelles Kapital auch den Konsum von Populärkultur? *Zeitschrift für Soziologie*, 38. Jg., Heft 6, 494–512.

- Scharpf, F. W. 1992: Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des Zwanzigsten Jahrhunderts. In B. Kohler-Koch (Hg.), Staat und Demokratie in Europa. 18. wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft. Opladen: Leske+Budrich, 93–115.
- Schnell, R., Köhler, U. 1998: Eine empirische Untersuchung einer Individualisierungshypothese am Beispiel der Parteipräferenz von 1953–1992. In J. Friedrichs (Hg.), Die Individualisierungs-These. Opladen: Leske+Budrich, 221–247.
- Simmel, G. 1992: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag. Erstveröffentlichung 1898.
- Thaa, W. 2009: Das ungelöste Inklusionsproblem in den partizipatorischen Neubewertungen politischer Repräsentation. In M. Linden, W. Thaa (Hg.), Die politische Repräsentation von Fremden und Armen, Baden Baden: Nomos, 61–78.
- Twickel, C. 2010: Gentrifidingsbums oder Eine Stadt für alle. Hamburg: Edition Nautilus.
- Vobruba, G. 1994: Gemeinschaft ohne Moral. Theorie und Empirie moralfreier Gemeinschaftskonstruktionen. Wien: Passagen Verlag.
- Young, I. M. 1997: Deferring Group Representation. In I. Shapiro, W. Kymlicka (Hg.), Ethnicity and Group Rights. New York: New York University Press, 349–376.

Soziologie im Klimawandel

Verhandlungen und Verfahrenswissenschaft gesellschaftlicher Selbstgefährdung

Stephan Lorenz

Der Klimawandel ist offensichtlich kein soziologisches Spezialthema. Er ist gleichwohl ein soziologisch relevantes Thema, das die Soziologie als Fach nicht unberührt lassen kann. Dies trifft im erweiterten Sinne für die Sozialwissenschaften insgesamt zu. Im Beitrag wird zunächst ein einführender Blick auf die Klimawandeldebatten geworfen. Im zweiten Schritt werden die Relevanzen sozialwissenschaftlicher Beiträge zum Thema genauer betrachtet und deren Schwierigkeiten herausgearbeitet. Hier wird die Perspektive gesellschaftlicher Selbstgefährdung gewählt, von der aus sich die Grenzen naturwissenschaftlicher Problemdeutungen ebenso markieren lassen wie die ökonomischer, aber auch zu eng gefasster kulturwissenschaftlicher. Es sind jeweils bestimmte Relationierungen, die in den genannten Deutungen zu eingeschränkt bearbeitet werden, nämlich die Relationierungen von Natur und Gesellschaft (Naturwissenschaft), von Mitteln und Zwecken (Ökonomie) sowie von Ursachen und Folgen (Kulturwissenschaft). Schließlich sind daraus Konsequenzen für die Soziologie zu ziehen. Als operativen Vorschlag, neben den genannten Relationierungen auch die wichtigsten Herausforderungen der Klimawandeldebatten – Umgang mit Unsicherheit, Politisierung der ›Natur, neue gesellschaftliche Differenzierungen – anzugehen, werde ich die Soziologie als Verfahrenswissenschaft interpretieren.

Klimawandeldebatte

Erdgeschichtlich betrachtet, also über möglichst große Zeiträume hinweg, sind klimatische Änderungen keine Besonderheit, sondern der »Normalfall«. Erst dadurch wurde menschliches Leben auf der Erde möglich. Kleinere Schwankungen sind über die letzten Jahrhunderte ebenfalls zu beobachten. Heute droht sich der Klimawandel aber negativ auf menschliches Leben auszuwirken und es ist davon auszugehen, dass dieser Wandel zumindest teilweise auf menschliche Einflüsse zurückzuführen ist, die in historisch vergleichsweise kurzer Zeit wirksam wurden. Dies ist die allgemeine Grundlage einer Perspektive gesellschaftlicher Selbstgefährdung, wie sie in diesem Beitrag eingenommen wird.

Seit der Antike hat man den Zusammenhang immer wieder eher anders herum gesehen, nämlich dass das Klima die Menschen präge. Aber zumindest im regionalen Bereich finden sich bereits seit einem halben Jahrtausend Hinweise dafür, dass Menschen das Klima in ihrem Sinne beeinflussen können, etwa durch Waldrodungen (Stehr, von Storch 2010: 53ff.; Voss 2010: 11).

Die Vorstellung, Einfluss auf das Klima nehmen zu können, setzt die Entwicklung eines Sinns und Verständnisses für das voraus, was wir heute Klima nennen. Die Weichen dafür, so Viehöver (2011: 673ff.), wurden in der Neuzeit gestellt, die bekanntlich eine Neuorientierung im Naturverständnis einleitete. Waren es einstmals die Götter oder der Gott, die den Himmel bewohnten und in einer Ordnung hielten, die das menschliche Leben in sich einschloss, wurden diese Vorstellungen nach und nach »entzaubert«. Mit der Herausbildung der Meteorologie im 18. und ihrer Spezialisierung zur Klimatologie im 19. Jahrhundert wurde »der wissenschaftsdefinierte Raum *Atmosphäre* als wissenschaftliches Objekt« bestimmt (Viehöver 2011: 674).

Auf der Basis von Vorarbeiten aus über einhundert Jahren wurde die erste umfassende Theorie über die prominente Rolle von CO₂ bei der Erderwärmung Ende des 19. Jahrhunderts vorgelegt. Parallel zu diesen physikalischen Grundzügen der Treibhaustheorie entstand auch die Kritik daran. Zu dieser Zeit ging es noch darum, die *schützende* Rolle der Erdatmosphäre für das menschliche Leben sowie den Wechsel von Warm- und Kaltzeiten zu verstehen.

Die neuere – spätestens seit den 1950er Jahren wissenschaftlich vorbereitete (vgl. Mauelshagen, Pfister 2010: 260f.; Viehöver 2011) – Diskussion

um den *bedrohlichen* Treibhauseffekt wurde ab Mitte der 1980er Jahre massenmedial aufgegriffen. Gespeist wurde sie vom ersten Sachstandsbericht des 1988 gegründeten *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC, der sogenannte Weltklimarat) aus dem Jahr 1990. Der globale Temperaturanstieg in Abhängigkeit vor allem von CO₂-Emissionen ist nach wie vor der zentrale Bezugspunkt der Debatten, doch zeigt das Phänomen Klimawandel nach heutigem Kenntnisstand viele Facetten, die vor allem regional stark variieren. So könnten gerade die klimatisch bislang gemäßigten Breiten – und damit die frühindustrialisierten Länder – von den angenommenen Klimaänderungen sogar profitieren, woran sich insbesondere Gerechtigkeitsfragen entzünden.¹

Als wichtigste Gefährdungen durch den Klimawandel werden in den Debatten immer wieder die folgenden genannt. Ein Anstieg des Meeresspiegels bedroht die Lebensgrundlagen von Menschen, die auf Inseln und an Küsten siedeln. Eine Zunahme von Wetterextremen und deren Effekte, wie Stürme, Hochwasser, Hitze, ist ebenfalls zu erwarten. So wird der Hitzesommer 2003, für den europaweit von etwa 70.000 zusätzlichen Todesfällen ausgegangen wird (Robine et al. 2007), als ein Szenario für zukünftige Sommer in Folge des Klimawandels vorgestellt. Weitere Folgen können landwirtschaftliche Ertragseinbußen, der Rückgang von Artenvielfalt und gesundheitliche Beeinträchtigungen, zum Beispiel durch Ausbreitung von Krankheitserregern sein. Schließlich werden Umweltkonflikte als Klimawandelfolge erwartet.²

Forschungen zu *Mitigation*, das heißt zur Begrenzung des Klimawandels durch Verminderung von Emissionen, und zu *Anpassungen* an den Klimawandel sind nach wie vor stark naturwissenschaftlich-technisch geprägt. Doch auch die Sozialwissenschaften haben dazu Wesentliches beizutragen.

1 Nicht allein die internationale Dimension impliziert Gerechtigkeitsprobleme in den Klimawandeldebatten. Fragen nach den zukünftigen Konsequenzen heutigen (Nicht-)Handelns, also die intergenerationelle Dimension, ist ebenfalls von großer Bedeutung. Vgl. zu Gerechtigkeitsaspekten Dryzek et al. (2011: 9f.) und die entsprechenden Beiträge in ihrem Band (Dryzek et al. 2011: 295ff.), außerdem Bell (2010), Parks, Roberts (2010).

2 In einer Besprechung von Welzers (2008) »Klimakriege« und anderer öffentlicher Stellungnahmen zu drohenden Umweltkonflikten in Form gewalttätiger Überlebenskonflikte macht Korf auf differenziertere bis gegenteilige Erkenntnisse der Konfliktforschung aufmerksam, nämlich »dass Gewaltkonflikte besonders dort sehr blutig sind und lange andauern, wo es Ressourcenreichtum gibt, wo insbesondere mineralische Ressourcen es Gewaltakteuren erlauben, ihren Kampf zu finanzieren« (Korf 2010: 4). Ressourcenknappheit führt oft eher zu Kooperation, und Gewaltkonflikte sind vielmehr politisch begründet.

Sozialwissenschaftliche Klimawandelforschung

Wie stellt sich nun die sozialwissenschaftliche Forschungslage zum Klimawandel derzeit dar? Renn et al. bringen sie gut auf den Punkt, wenn sie vom »Ringen der Sozialwissenschaften um ihre Rolle in der Klimawandeldebatte« (2011: 463) schreiben. Denn diese Rolle ist offensichtlich noch keineswegs gefunden.

Die sozialwissenschaftlichen Publikationen zum Klimawandel sind in den letzten drei bis fünf und besonders zwei bis drei Jahren sprunghaft angestiegen. Daraus ergibt sich aktuell die eigentümliche Situation, dass einerseits überall der Aufbruchcharakter dieser Forschungen betont und vieles als erst noch zu Leistendes angekündigt wird, dass zugleich aber bereits eine Flut an Publikationen existiert. Der Aufbruch hat sich gewissermaßen im rasanten Entstehungsprozess selbst überholt. Das hat aber zur Folge, dass sich die Arbeiten wenig aufeinander beziehen, und es ergibt sich ein heterogenes Nebeneinander verschiedener Arbeiten zu diversen Aspekten. Zum Finden der eigenen Rolle werden die Sozialwissenschaften deshalb in nächster Zeit nicht zuletzt einige Systematisierungsanstrengungen zu den vorliegenden und absehbar weiter anwachsenden Publikationen unternehmen müssen.

Als Ausgangspunkt einer solchen Suche eignet sich m.E. besonders die keineswegs selbstverständliche Perspektive gesellschaftlicher Selbstgefährdung. So postulieren etwa Renn et al., dass zunächst »eine solide Grundlage naturwissenschaftlicher Fakten« geschaffen werden müsste, die dann auf ihre »sozialen Auswirkungen« (ebd.: 467) hin zu untersuchen seien. Ähnlich hatten bereits Heidbrink, Leggewie und Welzer argumentiert, als sie schrieben:

»Statt den Klimawandel als abhängige Variable politisch-technischer Strategien und Verhaltensweisen aufzufassen, begreift man ihn besser als unabhängige Variable, die den Individuen und Gesellschaften immense kulturelle Anpassungsleistungen abverlangen wird. »Adaptation«, Anpassung an das Unvermeidliche, ist deshalb das Zauberwort aller nationalen und europäischen Forschungsprogramme.«

»Der Klimawandel ist hinsichtlich seiner Genese und der möglichen Projektionen ein Gegenstand der Naturwissenschaften, aber hinsichtlich der Folgen ein Gegenstand der Sozial- und Kulturwissenschaften. Denn seine Folgen sind sozial und kulturell, nichts anderes.« (Heidbrink et al. 2007; vgl. Leggewie, Welzer 2009: 31f.)

Mit solchen Herangehensweisen werden der Naturwissenschaft die Deutungshoheit über die objektiven Ursachen des Klimawandels überlassen

und den Technikern die Mitigations-Konzepte, während die Sozialwissenschaften für sich die Analyse der sozialen und kulturellen Folgen reklamieren. Damit wird freilich die feinsäuberliche Trennung in »objektive Natur« hier und »Handlungsraum Gesellschaft« da reproduziert, mit ihren jeweiligen Wissenschaften – was durch den Klimawandel gerade in Frage gestellt wird. Entscheidend ist doch, dass das Klima eben nicht mehr als einfach Gegebenes, als »unabhängige Variable« hinzunehmen ist, sondern die gesellschaftliche Entwicklung in historisch vergleichsweise kurzer Zeit ihren Einfluss auf die Veränderungen des Klimas entfaltet hat.

Eine Perspektive gesellschaftlicher Selbstgefährdung zieht deshalb andere Konsequenzen nach sich: Mit ihr kann man sich sozialwissenschaftlich nicht nur auf *Anpassung* und *soziale Folgen* konzentrieren, so wichtig dies auch ist. Denn dies allein würde – unkritisch – den Blick auf eine sozialwissenschaftliche *Ursacheanalyse* verlieren, die als vermeintlich objektive Faktenfrage den Naturwissenschaften überlassen wird. Die Perspektive gesellschaftlicher Selbstgefährdung bezieht dagegen notwendige Ursachenanalysen ein. Reusswig deutet die Richtung solcher Analysen an, wenn er schreibt:

»Wie auch immer man sie konkretisiert: die sozialen Antriebskräfte und Mechanismen, die zu dem noch immer ungebremsten Anstieg der weltweiten THG-Emissionen³ führen, sind tief in den »Bauplan« einer sich globalisierenden Moderne eingeschrieben. Eine auf monetäres Wachstum programmierte kapitalistische Ökonomie, eine sich immer stärker pluralisierende Konsumgesellschaft, [ein] auf kurzfristige Problemlösungen orientiertes politisches System, eine immer stärker individualistisch geprägte Kultur – sie alle sorgen dafür, dass der anthropogene Klimawandel und viele andere globale Umweltprobleme sich weiter zuspitzen.« (Reusswig 2011: 706f.)

Berücksichtigt man solche Ursachen, dann rücken *Mitigation/ Vermeidung und Anpassung* zwangsläufig enger zusammen. Sich im Rahmen der gegebenen gesellschaftlichen Entwicklungen lediglich anzupassen, würde die Probleme bestenfalls zeitlich aufschieben. Ursachenkritik allein kann freilich auch nicht ausreichen, weil damit noch kein Ausweg, keine Umgangsweise gefunden ist. Ziel muss es also sein, *Anpassung und Mitigation im Lichte der Ursachen-Folgen-Relationen gesellschaftlicher Selbstgefährdung zu erforschen*.

Die Ausführungen bezogen sich bisher allgemein auf sozialwissenschaftliche Klimawandelforschung, was ein recht breites Spektrum an disziplinä-

³ Aktuelle Zahlen zum Anstieg von Treibhausgas-Emissionen bieten die Internationale Energieagentur (IEA 2012) und die Europäische Umweltagentur (EEA 2012).

ren Perspektiven impliziert. Ökonomische und politikwissenschaftliche, gegebenenfalls auf Politik bezogene Analysen nehmen bislang den größten Raum in den Debatten ein. Gegenstand politikbezogener Studien ist insbesondere die lange Reihe politischer Verhandlungen und internationaler Abkommen zum Klimawandel, von der Rio-Konferenz 1992 (Klimarahmenkonvention) bis zur Rio+20-Konferenz 2012. An ökonomischen Analysen hat der Stern-Review (Stern 2006) die größte Aufmerksamkeit erlangt, der berechnete, dass der Klimawandel umso teurer wird, je mehr man die Probleme in die Zukunft verschiebt.

Das sind zweifellos interessante und wichtige Analysen, die aber soziologisch noch nicht befriedigen können. Szerszynski und Urry formulieren, für eine Theoriezeitschrift erstaunlich kämpferisch:

»Climate change is, we argue, too important to be left to science or to economics. That is not to say that the sciences of anthropogenic climate change are not without important tools for social theory. But we need all available resources to imagine, to plan and to perform a low carbon future in all societies across the world, especially in a context of a still dominant neo-liberalism and a grotesquely over-financialized world economy. This collection begins the fight back, we might say.« (Szerszynski, Urry 2010: 3f.)

Damit zu beginnen gesteht freilich implizit zu, dass die Soziologie sich ihrerseits lange Zeit nicht an den Diskussionen beteiligt hat. Zu klären ist aber zunächst, wieso naturwissenschaftliche und ökonomische Perspektiven auf den Klimawandel nicht ausreichen.

Was die Naturwissenschaften angeht, müsste dazu auf eine umfassende Diskussion über das Verhältnis von Natur und Gesellschaft und die Rolle der Wissenschaften darin als Repräsentantinnen der Natur eingegangen werden. Das ist *die* theoretische Kontroverse schlechthin, die die Umweltsoziologie über wenigstens zwei Jahrzehnte geführt hat (vgl. Brand, Kropp 2004, Groß 2006). Systematisch wird üblicherweise unterschieden zwischen realistisch-naturalistischen Ansätzen, konstruktivistisch-soziozentrischen Ansätzen und vermittelnden oder dritten Positionen. Realismus meint, die ökologischen Probleme als objektiv gegeben anzunehmen; sozialkonstruktivistisch stellen sie sich im Extremfall dagegen als Kommunikations- und letztlich Erkenntnisproblem dar. Unterschiedliche »dritte« Ansätze in der Umweltsoziologie betrachten die ökologischen Probleme nicht nur als kommunikative Irritationen, berücksichtigen aber die sozialkonstruktivistische Einsicht, dass auch die Naturwissenschaften Teil der Gesellschaft sind und in ihren Erkenntnisprozessen sozialen Regeln folgen. Forschungspraktisch

wird man sich also auch auf naturwissenschaftliche Erkenntnisse stützen, allerdings auf wissenschaftssoziologisch aufgeklärte Weise.

Im Hinblick auf die Frage, warum ein *naturwissenschaftlicher* Zugang nicht ausreicht, heißt das: Die »natürliche Umwelt« liefert keine letzten Gewissheiten. Sie ist zwar keineswegs irrelevant für menschliches Leben, aus ihr lässt sich aber deshalb nicht ableiten, was sozial zu tun, wie Gesellschaft zu gestalten ist. Menschliches Leben ist auf vielfältige Weisen verflochten mit nicht-menschlichem Leben und physischen Prozessen; deshalb lassen sich diese Relationen oder Verflechtungen nicht auf eindimensionale Kausalbeziehungen reduzieren.⁴ *Die Relationen von Natur-Gesellschaft-Zusammenhängen werden also in einer naturwissenschaftlichen Perspektive nicht ausreichend berücksichtigt.*

Am besten lässt sich das an der Rede von den »Grenzen der natürlichen Belastbarkeit« verdeutlichen, wie es so oder ähnlich häufig heißt. Damit wird bereits ein Gestaltungsraum anerkannt, wenn auch innerhalb bestimmter Grenzen. Doch auch diese Grenzen selbst sind keineswegs starr und stehen in Relation zu menschlichem Leben, kulturellen Deutungen und gesellschaftlichen Verhältnissen. Sie sind insbesondere nicht Grenzen für die Natur, sondern für Menschen. Und vor allem sind es nicht Grenzen für *die* oder gar *den* Menschen, sondern sie betreffen Menschen in sehr ungleicher Weise: wenn die pazifischen Inseln untergehen, dann trifft es zuallererst die dort lebenden Menschen. Wenn Wetterextreme zunehmen, dann betrifft dies zuerst die Menschen, die sich am wenigsten davor schützen können. Oder katastrophensoziologisch ausgedrückt:

»Eine weltweite Klima-Katastrophe« ist einstweilen nicht abzusehen, sehr wohl aber sehr unterschiedliche, kulturkreis-, großregionen- und staatenbezogene Klimakatastrophen« (Clausen 2010: 109).⁵

Genauer zu klären ist nun, warum eine *ökonomische* Perspektive ebenfalls unzureichend bleibt. Sicher kann es hilfreich sein, ökologische Probleme durchzurechnen und zu fragen, wie Schutz- oder Gestaltungsziele kostengünstiger erreicht werden können. Doch stößt auch diese Perspektive an Grenzen. So hatte Altvater (2007) in Bezug auf den Stern-Review auf irreversible Änderungen aufmerksam gemacht, die sich nicht adäquat monetär

4 Zur Diskussion klimadeterministischer Konzepte vgl. Stehr, von Storch 2010: 53–68.

5 Hier schließen noch einmal die Arbeiten zu Gerechtigkeitsfragen (s.o., Fußnote 1) sowie Studien zu Vulnerabilität und Resilienz an, vgl. Voss 2008; Hastrup 2009; Leichenko et al. 2010; Adger et al. 2011; Hajer, Versteeg 2011; Polsky, Eakin 2011. Die Heterogenität der Gefährdungen ist auch einer der Gründe, weshalb Ostrom (2011) für mehrstufige Ansätze mit lokal angepassten Lösungen bei der Bearbeitung von Klimaproblemen plädiert.

ausdrücken lassen. Wenn etwa Arten einmal ausgestorben sind, kann man sie auch mit noch so viel Geld nicht mehr zurückkaufen. Ein anderes Beispiel könnten Umsiedlungen sein: Man kann sicher berechnen, ob es günstiger ist, eine Küstenregion zu verlassen oder einen Deich zum Schutz zu bauen. Für die dort lebenden Menschen ist das aber nicht nur eine Kostenfrage.

Grenzen ökonomischer Analysen hängen damit zusammen, dass die Ziele selbst nicht berechnet werden können, womit sich drei zumindest potenzielle Probleme für die Ziel-Mittel-Relationen verbinden: Erstens können bei den typischen Instrumentendebatten unter Expertinnen und Experten die Ziele leicht verloren gehen. Zweitens müssen Ziele dann von den Mitteln her definiert und entsprechend reduziert werden. So wird beispielsweise bei Edenhofer et al. »der atmosphärische Deponieraum zu einer knappen Ressource« (2011: 205) für die CO₂-Einlagerung. Drittens wird eine gewisse Fixierung auf bestimmte Mittel, eben die ökonomischen, kritisiert, beim Klimawandel also vor allem auf den Handel mit Emissionszertifikaten.

Im Kern geht es hier um umweltökonomische Fragen der Internalisierung externer Kosten, was sich auch differenzierungstheoretisch mit Luhmann (1986) begründen lässt. Danach operiert die Ökonomie als selbstreferentiell geschlossenes System mit einem eigenen Medium, nämlich Geld. Deshalb kann es nur berücksichtigen, was einen Preis hat. Wenn etwas aus ökologischen Gründen ökonomisch berücksichtigt werden soll, dann muss es folglich einen Preis bekommen. Ein Problem mit einem solchen Ansatz ergibt sich zwangsläufig dann, wenn man davon ausgeht, dass gerade ökonomische Verwertungsprozesse erst zu ökologischen Problemen führen. Eine weitere Ökonomisierung durch Verpreisung von ökologischen Zusammenhängen würde dann die Probleme möglicherweise steigern statt lösen.

Das ist ein Konflikt, der sich kaum abstrakt lösen lässt. Schließlich argumentiert auch die ökologische Kritik oft damit, die Preise müssten die »ökologische Wahrheit« sagen. Das hat aber eben zur Konsequenz, dass die Verpreisung oder Kommerzialisierung ausgeweitet werden muss. Zur Reduktion von CO₂-Emissionen als Strategie gegen einen gefährlichen Klimawandel kann es sicher sinnvoll sein, Anreize zum Stromsparen zu setzen (zum Beispiel via Ökosteuern, vgl. Giddens 2009: 149ff.). Dagegen könnte es beim Schutz von Ökosystemen, die CO₂ binden sollen, zum Beispiel Wälder, sinnvoller sein, sie von ökonomischer Nutzung auszunehmen. Jedenfalls ist die Entscheidung, ob ökonomische Mittel geeignete Beiträge zur Bearbeitung der Klimaprobleme leisten können oder nicht, selbst keine

ökonomische Entscheidung, sondern bedarf anderer Perspektiven. *Die Mittel-Zweck-Relationen bleiben aus allein ökonomischer Sicht zu eng gefasst.*

Insbesondere auf den Deutungs- und Handlungsebenen stoßen die naturwissenschaftlichen und ökonomischen Ansätze an ihre Grenzen, da Menschen nur sehr bedingt nach Anreiz-Reaktionsmustern handeln. Beispielsweise wäre im Hinblick auf CO₂-Reduktionen eine deutliche Verminderung des Fleischanteils an der Ernährung anzustreben. Wer den Fleischkonsum tatsächlich ändern will, muss freilich Ernährungsgewohnheiten der Menschen und kulturelle Bedeutungen von Fleisch berücksichtigen. Hier öffnet sich das bereits weite, aber auch sehr heterogene und fragmentierte Feld kultur- und sozialwissenschaftlicher Forschungen.

So finden sich psychologische Studien, die die Wahrnehmung des Klimawandels untersuchen (Beyerl 2010), und kommunikationswissenschaftliche, die die kommunikative Vermittlung des Klimawandels analysieren (Pidgeon, Fischhoff 2011): Wie lässt sich den Menschen die alltagsweltliche Relevanz eines abstrakten atmosphärischen Geschehens vermitteln? Auch auf die Rolle von Religionen wird hingewiesen, da doch die meisten Menschen einer Religion angehören (vgl. Schipper 2010; Levett-Olson 2010). Religion ist sowohl für die Wahrnehmung als auch für die Handlungsweisen von Menschen angesichts solch weltumfassender Veränderungen von Bedeutung.

Man kann dies als Teil kulturwissenschaftlicher Studien begreifen, wie sie in den letzten Jahren etwa am Kulturwissenschaftlichen Institut in Essen als Schwerpunkt ausgebaut wurden. Dort geht es darum, die Deutungen und Handlungen von Menschen im Klimawandel zu verstehen beziehungsweise möglichst die Transformationsprozesse in sogenannte »Klimakulturen« zu begleiten. Als zentrale Annahme liegt den Überlegungen zugrunde, dass angesichts der globalen, unüberschaubaren und rasch voranschreitenden Gefährdungen, die historisch »kultivierten« »Wahrnehmungs-, Deutungs- und Problemlösungsformen (...) nur nachhinken können« (Welzer et al. 2010: 8; vgl. Sommer 2011). Es wird befürchtet, dass aus der Entwicklungsdynamik resultierende soziale Konflikte in massive Gewalttaten münden könnten. Die Deutung des »Nachhinkens« stellt wieder die objektive Entwicklung heraus, deren Folgen es zu untersuchen gelte, und verweist noch einmal auf die zu Beginn des Abschnitts dargestellte Ursachen-Folgen-Relation.

Bisher wurde dargelegt, inwiefern die Sozialwissenschaften ihre Rolle in der Klimawandeldebatte noch finden müssen. Sie müssen die naturwissen-

schaftlichen und ökonomischen Problemperspektiven erweitern und dürfen sich nicht auf soziale und kulturelle Folgenanalysen beschränken. Die Soziologie muss einen Zugang anbieten können, der diesen Anforderungen gerecht wird.

Soziologie als Verfahrenswissenschaft einer sich selbst gefährdenden Gesellschaft

Die Soziologie hat sich Zeit gelassen, das Klimathema aufzugreifen. Lever-Tracy und Pittock (2010) betonen, dass die Probleme des Klimawandels durch die Naturwissenschaften, unterstützt von ökologisch Engagierten, zu einem politisch relevanten Thema gemacht wurden, nicht aber durch die Sozialwissenschaften. Und so lässt sich zugespitzt fragen: Was ist das für eine Soziologie, die eine ganz grundlegende Gefährdung der Gesellschaft gar nicht adäquat zur Kenntnis nehmen, geschweige darauf reagieren kann?

Eine solche Kritik an der Soziologie erweist sich einerseits als überzogen, andererseits aber als noch zu nachsichtig. Sie ist überzogen, weil sich Teile der Soziologie schon lange mit Umweltfragen beschäftigen und eine etablierte Umweltsoziologie existiert. Und es ist auch übertrieben, die Dimensionen der Klimawandelprobleme als völlig neuartig zu konstruieren, wie dies immer wieder in den aktuellen Publikationen geschieht.⁶ Denn *globale* ökologische Probleme werden seit den 1960er/70er Jahren diskutiert, prominent etwa der *Grenzen des Wachstums*-Bericht an den Club of Rome von 1972.

Zu zurückhaltend ist die Kritik letztlich aus denselben Gründen. Der Klimawandel mag sich besonders als Sinnbild zeitgenössischer Gefährdungen sozial-ökologischer Zusammenhänge eignen. Doch wo allein auf den Klimawandel fokussiert wird, hat man die anhaltende und vielfältigere öko-

⁶ Als nur zwei Beispiele aus vielen möglichen: »There are no precedents« (Dryzek et al. 2011: 3). »Global warming is a problem unlike any other, however, both because of its scale and because it is mainly about the future« (Giddens 2009: 2). Freilich gibt es andere globale ökologische Probleme, deren potenziell gefährliche Folgen erst in einiger Zukunft zu erwarten sind. Dem Artensterben wird beispielsweise eine ähnliche Relevanz beigemessen (vgl. Hooper et al. 2012) wie dem »global warming«. Wie genau die Bedeutung unterschiedlicher Phänomene gewichtet wird, ist jeweils eine Frage der Perspektive, zumal die ökologischen Probleme in wechselseitigen Abhängigkeiten stehen, zum Beispiel Artensterben und Klimawandel.

logische Krise offensichtlich gerade *nicht* im Blick. Kritisch betrachtet heißt das, dass die Soziologie zwar erfolgreich eine Umwelt-Soziologie ausdifferenzierte, die Relevanz ihrer Themen aber offensichtlich im Fach insgesamt zu wenig bekannt oder gar wirksam wurde.

Korrigieren ließe sich das, so die These, wenn die Perspektive gesellschaftlicher Selbstgefährdung soziologisch weiter ausgearbeitet wird. Diese (potenzielle) Selbstgefährdung erfolgt vermittelt über das, was gerade in den Sozialwissenschaften lange Zeit als »natürliche Umwelt« außen vor gelassen wurde. Wenn diese Trennung aber aufgehoben wird, muss das grundlegende Konsequenzen für die Soziologie haben. Das ist, wie oben bereits bemerkt, in der Umweltsociologie keine ganz neue Erkenntnis, so dass auf Vorarbeiten zurückgegriffen werden kann. Der hier unterbreitete operative Vorschlag ist durch das »parlamentarische« Modell der politischen Ökologie Latours (2001) inspiriert und interpretiert die Soziologie als Verfahrenswissenschaft; operativ meint, dass es dazu einer methodologischen Grundlegung bedarf (vgl. Lorenz 2007; 2009; 2010). Der Vorzug einer Soziologie als Verfahrenswissenschaft liegt darin, dass sie Antworten auf drei Problemfelder bieten kann, die aus einer Perspektive gesellschaftlicher Selbstgefährdung als zentrale Fragen in den Klimawandeldebatten identifiziert werden können.

Die erste Frage betrifft den Umgang mit Unsicherheit. Der Klimawandel ist sowohl in den Diagnosen und Deutungen als auch in den Konsequenzen mit vielfältigen Ungewissheiten behaftet. Dafür muss ein angemessenes Verständnis erreicht werden, das auch Handlungsorientierungen bieten kann. Der zweite Punkt ist die Politisierung oder gar Demokratisierung des Klimawandels. Das bezieht sich auf die Verknüpfung von ökologischen mit sozialen Fragen. »Natur« ist für die soziale Analyse zu öffnen, was aber nur geht, wenn »Natur« »verhandelbar« und nicht das immer schon objektiv Determinierte ist. Die dritte Frage bezieht sich darauf, dass sich gesellschaftliche Differenzierungslinien verschieben, etwa zwischen Wissenschaft und Politik oder innerhalb der Wissenschaften. Die folgenden Absätze diskutieren, was es im Einzelnen heißt, diese Punkte durch eine Soziologie als Verfahrenswissenschaft zu bearbeiten.

Zum Umgang mit Unsicherheit

Der Klimawandel ist mit großen Ungewissheiten behaftet. Allein schon die naturwissenschaftlichen Modelle müssen mit »unknown unknowns« (Szerszynski, Urry 2010: 2) operieren. Wo man bereits auf dieser Ebene mit mehr oder weniger wahrscheinlichen Szenarien arbeiten muss, werden sich alle damit verbundenen Unsicherheiten vervielfachen – seien es Fragen politischer Entscheidungen, ökonomischer Kostenkalküle, moralischer Beurteilungen, medialer Darstellung oder des Alltagshandelns.

Eine Soziologie als Verfahrenswissenschaft im umfassenden Sinne rekurriert auf »Verfahrensrationalität«, die sich nach Habermas (1992: 42ff.) – prominent in Politik, Recht, Moral und Wissenschaft – als eine Form und Vorgehensweise erwiesen hat, mit grundlegenden Ungewissheiten umzugehen. Es ist gerade *das* Kennzeichen von Verfahren, dass sie ihre Ergebnisse *nicht* aus letzten Gewiss- und Gegebenheiten ableiten können, sondern lediglich eine Struktur anbieten, anhand derer man – nach und nach – zu Bestimmungen kommen kann. Verfahren ermöglichen Lernprozesse, die nie abgeschlossen werden, da die Verfahren immer wieder neu eröffnet werden können (Lorenz 2009). Oder anders formuliert: Wenn eine sachlich angemessene, gerechte und demokratische Bearbeitung des Klimawandels erreicht werden soll, ohne dass die nötigen Entscheidungen aufgrund unerschütterlicher Natur- oder anderer Gegebenheiten getroffen werden können, dann wird man sich auf eine gewisse Verfahrensrationalität stützen müssen. Daraus folgt wiederum für die Soziologie als Verfahrenswissenschaft zweierlei. Zum einen müssen die gesellschaftlichen Klimaverhandlungen als verfahrensförmige untersucht werden. »Klimaverhandlungen« sind im weitesten Sinne gemeint, das heißt, es spielt keine Rolle, ob es sich um tatsächlich (schon) institutionalisierte politische Verfahren handelt, ob es um Produktionsverfahren, mediale Deutungskämpfe oder alltägliche Aushandlungen zu »klimaverträglichem« Handeln geht. *Alle* gesellschaftlichen Klimaverhandlungen werden auf ihre Verfahrensrationalität hin analysiert. Zum anderen wird sich die soziologische Analyse, die ihre Erkenntnisse in die gesellschaftlichen Klimaverhandlungen einbringt, selbst als Teil dieser Klimaverhandlungen betrachten müssen.

Zur Politisierung des Klimawandels

Politisierung findet in verschiedener Hinsicht statt. Sie bezeichnet einmal die Bearbeitung des Themas auf allen Ebenen des politischen Systems: von der Kommune über die Nationalstaaten bis hin zu globalen Klimakonferenzen (Rio, Kyoto, Kopenhagen etc.). In einem umfassenderen und soziologischeren Sinn meint Politisierung etwas, das die Gesellschaften im Zeichen des Klimawandels insgesamt erfasst. Darauf etwa zielt Beck, wenn er schreibt:

»Die soziologische Kernfrage lautet vielmehr: Wo soll die Unterstützung für ökologische Veränderungen herkommen, die in vielen Fällen die Lebensstile und Konsumgewohnheiten, den sozialen Status und die Lebensbedingungen der Unterstützer unterminieren würden, und zwar in einer ohnehin von Unsicherheit geprägten Zeit.« Beck (2010: 34)

Darüber hinaus meint Politisierung, die Gesellschaft-Umwelt-Grenzziehungen in Frage zu stellen, »Natur« verhandelbar zu machen. Wenn die Naturwissenschaften nicht allein und objektiv den Klimawandel deuten können, werden die Verfahrensbeteiligungen über die bisherigen sozialen Grenzen hinaus ausgeweitet. So wird der Klimawandel politisiert. Demokratisierung würde darüber hinaus bedeuten, diese Politisierung »parlamentarisch« (Latour 2001; vgl. Latour 2007; Laux 2011) und »verfahrensrational« (Habermas 1992) zu betreiben. Verfahrensrationalität besagt dann, dass man davon ausgehen können muss, dass alle relevanten Akteure, Informationen, Positionierungen und »Dinge« (im Latourschen Sinne) Zugang zu den Klimaverhandlungen haben, dass sie hinreichend geprüft werden und dass sie deshalb die Chance haben, sich im Ergebnis der Aushandlungen repräsentiert zu finden. Mit anderen Worten: Die Natur-Gesellschaft-Relationierungen können nicht naturwissenschaftlich bestimmt werden, sondern werden über nicht letztgültig abschließbare Aushandlungsprozesse hervorgebracht.

Dennoch tragen die Naturwissenschaften auch in der Perspektive des Klimawandels als gesellschaftlicher Selbstgefährdung unersetzliche Daten und Erkenntnisse zum Verständnis dieser Selbstgefährdung bei. Sie nutzen dabei ihre Verfahrensweisen, die in pragmatische Handlungsoptionen überführt werden können, sofern sie wissenschaftssoziologisch reflektiert werden, woran zweifellos weiterer Bedarf besteht (Yearley 2009). Es spricht

auch soziologisch nichts dagegen, operative Ziele anzuerkennen,⁷ solange sie als Verhandlungsergebnisse betrachtet werden, die weiterhin der Kritik ausgesetzt, auf ihr Zustandekommen hin untersucht und als Zwischenergebnisse grundsätzlich zukunftsöffener Lernprozesse betrachtet werden.

Zur Verschiebung gesellschaftlicher Differenzierungslinien

Der Klimawandel führt beobachtbar dazu, dass sich vertraute gesellschaftliche Differenzierungen als wenig trennscharf erweisen. So werden die Grenzen zwischen Wissenschaft, Politik und medialer Öffentlichkeit neu und zudem transnational gestaltet, wie Beck (2012) anhand der Etablierung des IPCC zeigt. Mit dem Klimawandel ändern sich gesellschaftliche Verfahrensweisen, die eine sachlich angemessene Informiertheit mit demokratischer Legitimierung verknüpfen können müssen. Sie bleiben dabei aber Verfahrensweisen, die als solche soziologisch zu analysieren sind.

Die *politischen* Klimaverhandlungen sind deshalb nur ein Feld, in dem sich diese Fragen im engeren Sinne stellen. Auch die *wissenschaftlich* disziplinar geordneten Zuständigkeiten müssen überprüft werden – deshalb »ringen« ja die Sozialwissenschaften noch um ihre Rolle. Die natur- und sonstigen wissenschaftlichen Verfahren sind wissenschaftssoziologisch zu erschließen. Die *medialen* Verfahren der Repräsentation der Klimawandelproblematik gehören ebenso dazu. Gerade die *ökonomischen* Verfahren dürfen als besonders wichtig gelten, nicht nur im Sinne von Lobbyeinfluss auf politische Prozesse, sondern vielmehr in ihren ressourcen- und energieverbrauchenden Operationen. Die Rolle der *Technik* ist zu analysieren, besonders da, wo sie verspricht, mit technischen Verfahrensweisen dem Klimawandel begegnen zu können. Schließlich gehören auch die *kulturellen* Prozesse hierher: Auf welche Weisen setzen sich gesellschaftliche Deutungen des Klimawandels durch und welche Handlungsweisen werden initiiert, etabliert oder unterlassen? Auf welche Wahrnehmungen und Überzeugungen stützen sie sich und welche Perspektiven lassen sie möglicherweise unberücksichtigt?

7 Sommer fasst den derzeitigen pragmatisch-operativen Kenntnisstand auf globaler Ebene so zusammen: »Spätestens bis zum Jahr 2020 müssen die globalen Kohlendioxidemissionen ihren Scheitelpunkt erreicht haben und danach deutlich und kontinuierlich sinken, wenn das 2°C-Ziel der internationalen Klimapolitik eingehalten und damit das Risiko eines gefährlichen Klimawandels begrenzt werden soll.« (2011: 70)

Die drei aufgeführten Punkte – Ungewissheit, Politisierung, neue Differenzierungen – hängen eng miteinander zusammen. So fordern die Ungewissheiten im Klimawandel dazu heraus, die Probleme auf legitimierbare Weise stärker zu politisieren und dafür neue Verfahrensweisen zu entwickeln. Die Relationierung naturwissenschaftlicher Problemdeutungen unterläuft allzu gewisse Handlungsorientierungen und verlangt deshalb ebenfalls nach neuen Umgangsweisen. Neue Verfahrensweisen wiederum, so zeigt etwa die Etablierung des IPCC, können freilich auch dazu führen, die Probleme zu entpolitisieren (Swyngedouw 2010), und sie stellen bisherige Maßstäbe von Richtigkeit und Legitimität in Frage (Beck 2012).

Verfahren sind abstrakt als strukturierte und strukturierende Relationalität zu bestimmen (Lorenz 2009). Sie sind relational, weil sie keine Letztbezüge geltend machen können und weil ihre Resultate aus Prozessen des Verknüpfens und Trennens hervorgehen. Verfahren bieten unter diesen Bedingungen rekursiv strukturierte Vorgehensweisen. Eine Soziologie als Verfahrenswissenschaft ist deshalb in der Lage, die erkennenden, legitimierenden und konstituierenden Verfahrensweisen (Lorenz 2009), also Ungewissheit, Politisierung und Neuordnung in den gesellschaftlichen Klimaverhandlungen in ihrem Zusammenspiel zu rekonstruieren. Sofern sie dabei Prozessverläufe analysiert, erfasst sie gleichermaßen Ursachen wie Folgen. Beide sind als relationale Zwischenergebnisse zu betrachten, das heißt, es lässt sich immer noch nach den Ursachen der Ursachen fragen und nach den Folgen (als Ursachen) von Folgen. Ähnliches gilt auch für Mittel-Zweck-Relationen: Ziele sind jeweils als relationale Teilziele zu betrachten, die Ausgangspunkte zur Bestimmung weiterer Ziele sind und mit denen sich auch die Mittel ändern müssen.

Resümee

Der Klimawandel ist heute ein viel beachtetes und breit beforschtes Thema, dem sich auch die Sozialwissenschaften in den letzten Jahren engagiert zugewandt haben. Sie müssen ihre Rolle in diesen Debatten aber noch weiter klären. Im Beitrag wurde dafür plädiert, von einer Perspektive (potenzieller) gesellschaftlicher Selbstgefährdung ausgehend die Soziologie als Verfahrenswissenschaft an der Klimawandelforschung zu beteiligen. Das hat den Vorzug, dass auf diese Weise zentrale Problemstellungen der Debatten – Um-

gang mit Unsicherheit, Politisierung von Natur, neue gesellschaftliche Differenzierungen – konzeptionell und methodologisch fundiert bearbeitet werden können. Auch lassen sich so die Beiträge anderer Disziplinen zu den gesellschaftlichen Klimaverhandlungen reflektieren. Überdies ermöglicht die vorgeschlagene Perspektive einen selbstreflexiven Zugang zum Untersuchungsgegenstand: Mit der Analyse der Verfahrensweisen gesellschaftlicher Klimaverhandlungen erweitert die Soziologie diese Verfahrensweisen und wird selbst Teil dieser Verhandlungen.

Aufgabe der Soziologie ist es demgemäß, die gesellschaftlichen Klimaverhandlungen als Verfahrensweisen zu rekonstruieren und gegebenenfalls zu synthetisieren. Die zentralen Fragen lauten dabei: Wie, durch welche Verfahrensweisen, wird das Klima verhandelt und wer ist an diesen Verhandlungen beteiligt? Es wird rekonstruiert, ob alle relevanten Akteure Zugang zu den Klimaverhandlungen haben und alle relevanten Aspekte Berücksichtigung finden. Werden einige ausgeschlossen und wenn ja, aus welchen Gründen? Welche Rolle spielen dabei Macht- und Ressourcenverteilungen? Aber auch die Rolle der Soziologie muss in den Klimawandeldebatten kritisch reflektiert werden: Warum beteiligte sich das Fach erst so spät an den Debatten und nimmt die Klimaprobleme als völlig beispiellose wahr? Wie ist es um die soziologische Sensitivität für gesellschaftliche Selbstgefährdungen bestellt?

Eine Soziologie als Verfahrenswissenschaft könnte schließlich Verfahrensweisen vorschlagen, die zu gesellschaftlichen Problembearbeitungen mit dem Ziel einer postkarbonen (oder: *low carbon*) Gesellschaft beitragen – nicht substanziell und nicht expertokratisch, sondern vor allem aufklärend und gegebenenfalls moderierend oder advokatorisch.

Literatur

- Adger, W.N., Brown, K., Waters, J. 2011: Resilience. In J.S. Dryzek, R.B. Norgaard, D. Schlosberg (Hg.), *The Oxford Handbook of Climate Change and Society*. Oxford: Oxford University Press, 696–710.
- Altvater, E. 2007: Im Bann des Geldfetischs. *Klimapolitik und Kapitalismus*. *Politische Ökologie* 106/107, 41–44.
- Beck, S. 2012: The challenges of building cosmopolitan climate expertise: the case of Germany. *Wiley Interdisciplinary Reviews: Climate Change*, 3. Jg., Heft 1, 1–17.

- Beck, U. 2010: Klima des Wandels oder Wie wird die grüne Moderne möglich? In H. Welzer, H.-G. Soeffner, D. Giesecke (Hg.), *KlimaKulturen. Soziale Wirklichkeiten im Klimawandel*. Frankfurt am Main, New York: Campus, 33–48.
- Bell, D. 2010: Justice and the politics of climate change. In C. Lever-Tracy (Hg.), *Routledge Handbook of Climate Change and Society*. London, New York: Routledge, 423–441.
- Beyerl, K. 2010: Der Klimawandel in der psychologischen Forschung. In: M. Voss (Hg.), *Der Klimawandel. Sozialwissenschaftliche Perspektiven*. Wiesbaden: VS, 247–265.
- Brand, K.-W., Kropp, C. 2004: Naturverständnisse in der Soziologie. In D. Rink, M. Wächter (Hg.), *Naturverständnisse in der Nachhaltigkeitsforschung*. Frankfurt am Main, New York: Campus, 103–140.
- Clausen, L. 2010: Wohin mit den Klimakatastrophen? In H. Welzer, H.-G. Soeffner, D. Giesecke (Hg.), *KlimaKulturen. Soziale Wirklichkeiten im Klimawandel*. Frankfurt am Main, New York: Campus, 97–110.
- Dryzek, J.S., Norgaard, R.B., Schlosberg, D. 2011: Climate Change and Society: Approaches and Responses. In J.S. Dryzek, R.B. Norgaard, D. Schlosberg (Hg.): *The Oxford Handbook of Climate Change and Society*. Oxford: Oxford University Press, 3–17.
- Edenhofer, O., Flachsland, C., Brunner, S. 2011: Wer besitzt die Atmosphäre? Zur Politischen Ökonomie des Klimawandels. *Leviathan*, 39. Jg., Heft 2, 201–221.
- EEA, European Environment Agency 2012: Higher EU greenhouse gas emissions in 2010 due to economic recovery and cold winter. www.eea.europa.eu/press-room/newsreleases/higher-eu-greenhouse-gas-emissions?utm_source=EEASubscriptions&utm_medium=RSSFeeds&utm_campaign=Generic (letzter Aufruf 5. November 2012).
- Giddens, A. 2009: *The Politics of Climate Change*. Cambridge, Malden: Polity Press.
- Groß, M. 2006: *Natur*. Bielefeld: Transcript.
- Habermas, J. 1992 (1988): Motive nachmetaphysischen Denkens. In ders., *Nachmetaphysisches Denken. Philosophische Aufsätze*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 35–60.
- Hajer, M., Versteeg, W. 2011: Voices of vulnerability: The reconfiguration of policy discourses. In J.S. Dryzek, R.B. Norgaard, D. Schlosberg (Hg.), *The Oxford Handbook of Climate Change and Society*. Oxford: Oxford University Press, 82–95.
- Hastrup, K. 2009: Waterworlds: Framing the question of social resilience. In dies. (Hg.), *The question of resilience. Social responses to climate change*. Copenhagen: Det Kongelige Danske Videnskabernes Selskab, 11–30.
- Heidbrink, L., Leggewie, C., Welzer, H. 2007: Von der Natur- zur sozialen Katastrophe: Wo bleibt der Beitrag der Kulturwissenschaften zur Klima-Debatte? *DIE ZEIT*, www.zeit.de/2007/45/U-Klimakultur (letzter Aufruf 5. November 2012).

- Hooper, D.U., Adair, E.C., Cardinale, B.J., Byrnes, J.E.K., Hungate, B.A., Matulich, K.L., Gonzalez, A., Duffy, J.E., Gamfeldt, L., O'Connor, M.I. 2012: A global synthesis reveals biodiversity loss as a major driver of ecosystem change. *Nature* 486, 105–108, DOI: 10.1038/nature11118.
- IEA, International Energy Agency 2012: Global carbon-dioxide emissions increase by 1.0 Gt in 2011 to record high. www.ica.org/newsroomandevents/news/2012/may/name,27216,en.html (letzter Aufruf 5. November 2012).
- Korf, B. 2010: Das falsche Bild vom Klimakrieg. Die Mediengesellschaft dramatisiert Umweltkonflikte, ohne die politischen Ursachen zu analysieren. *umwelt aktuell*, Heft 11, 4–5.
- Latour, B. 2001: Das Parlament der Dinge. Für eine politische Ökologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Latour, B. 2007: Turning around politics – A note on Gerard de Vries' paper. *Social Studies of Science*, 37. Jg., Heft 5, 811–820.
- Laux, H. 2011: Das Parlament der Dinge. Zur Dekonstruktion einer Rezeptionsblockade. *Soziologische Revue*, 34. Jg., Heft 3, 285–297.
- Leggewie, C., Welzer, H. 2009: Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie. Frankfurt am Main: Fischer.
- Leichenko, R., Thomas, A., Barnes, M. 2010: Vulnerability and adaptation to climate change. In C. Lever-Tracy (Hg.), *Routledge Handbook of Climate Change and Society*. London, New York: Routledge, 133–151.
- Lever-Tracy, C., Pittock, B. 2010: Climate change and society: an introduction. In C. Lever-Tracy (Hg.), *Routledge Handbook of Climate Change and Society*. London, New York: Routledge, 1–10.
- Levett-Olson, L. 2010: Religion, worldview and climate change. In C. Lever-Tracy (Hg.), *Routledge Handbook of Climate Change and Society*. London, New York: Routledge, 230–239.
- Lorenz, S. 2007: Fallrekonstruktionen, Netzwerkanalysen und die Perspektiven einer prozeduralen Methodologie. *Forum Qualitative Sozialforschung/ Forum: Qualitative Social Research*, 9. Jg., Ausgabe 1, Art. 10, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0801105>.
- Lorenz, S. 2009: Prozeduralität als methodologisches Paradigma – Zur Verfahrensförmigkeit von Methoden. *Forum Qualitative Sozialforschung/ Forum: Qualitative Social Research*, 11. Jg., Ausgabe 1, Art. 14, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs1001142>.
- Lorenz, S. 2010: Das Klima erkennen, verhandeln, prozessieren. Ein Einblick und Vorschlag zur transdisziplinären Diskussion. In M. Voss (Hg.), *Der Klimawandel. Sozialwissenschaftliche Perspektiven*. Wiesbaden: VS, 61–73.
- Luhmann, N. 1986: *Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?* Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Mauelshagen, F., Pfister, C. 2010: Vom Klima zur Gesellschaft: Klimageschichte im 21. Jahrhundert. In H. Welzer, H.-G. Soeffner, D. Giesecke (Hg.), *Klimakulturen. Soziale Wirklichkeiten im Klimawandel*. Frankfurt am Main, New York: Campus, 241–269.
- Ostrom, E. 2011: Handeln statt warten: Ein mehrstufiger Ansatz zur Bewältigung des Klimaproblems. *Leviathan*, 39. Jg., Heft 2, 447–458.
- Parks, B.C., Roberts, J.T. 2010: Climate Change, Social Theory and Justice. *Theory, Culture & Society*, 27. Jg., Heft 2/3, 134–166.
- Pidgeon, N., Fischhoff, B. 2011: The role of social and decision sciences in communicating uncertain climate risks. *Nature Climate Change*, 1. Jg., April-Ausgabe: DOI: 10.1038/NCLIMATE1080.
- Polsky, C., Eakin, H. 2011: Global change vulnerability assessments: Definitions, challenges, and opportunities. In J.S. Dryzek, R.B. Norgaard, D. Schlosberg (Hg.): *The Oxford Handbook of Climate Change and Society*. Oxford: Oxford University Press, 205–216.
- Renn, O., Arnold, A., Schetula, V., Schweizer, P.-J. 2011: Das Ringen der Sozialwissenschaften um ihre Rolle in der Klimawandeldebatte. *Sammelbesprechung. Soziologische Revue*, 34. Jg., Heft 4, 463–472.
- Reusswig, F. 2011: Klimawandel und globale Umweltveränderungen. In M. Groß (Hg.), *Handbuch Umweltsoziologie*. Wiesbaden: VS, 692–720.
- Robine, J.-M., Cheung, S.L., Le Roy, S., Van Oyen, H., Herrmann, F.R. 2007: Report on excess mortality in Europe during summer 2003. ec.europa.eu/health/ph_projects/2005/action1/docs/action1_2005_a2_15_en.pdf (letzter Aufruf 2. Juli 2012).
- Schipper, E.L.F. 2010: Religion as an integral part of determining and reducing climate change and disaster risk: An agenda for research. In M. Voss (Hg.), *Der Klimawandel. Sozialwissenschaftliche Perspektiven*. Wiesbaden: VS, 377–293.
- Sommer, B. 2011: Interdependenzen und Ungleichzeitigkeiten im Kontext des anthropogenen Klimawandels. *Leviathan*, 39. Jg., Heft 1, 55–72.
- Stehr, N., von Storch, H. 2010: *Klima, Wetter, Mensch*. Opladen, Farmington Hills: Barbara Budrich.
- Stern, N. 2006: *The Economics of Climate Change: The Stern Review*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Swyngedouw, E. 2010: Apocalypse forever? Post-political populism and the spectre of climate change. *Theory, Culture & Society*, Special issue on climate change, 27. Jg., Heft 2/3, 213–232.
- Szszynski, B., Urry, J. 2010: Changing climates: Introduction. *Theory, Culture & Society*, Special issue on climate change, 27. Jg., Heft 2/3, 1–8.
- Viehöver, W. 2011: Die Politisierung des globalen Klimawandels und die Konstitution des transnationalen Klimaregimes. In M. Groß (Hg.), *Handbuch Umweltsoziologie*. Wiesbaden: VS, 671–691.

- Voss, M. 2008: Globaler Umweltwandel und lokale Resilienz am Beispiel des Klimawandels. In K.-S. Rehberg (Hg.), *Die Natur der Gesellschaft. Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006*. Frankfurt am Main, New York: Campus, 2860–2876.
- Voss, M. 2010: Einleitung: Perspektiven sozialwissenschaftlicher Klimaforschung. In M. Voss (Hg.), *Der Klimawandel. Sozialwissenschaftliche Perspektiven*. Wiesbaden: VS, 9–40.
- Welzer, H. 2008: *Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Welzer, H., Soeffner, H.-G., Giesecke, D. 2010: KlimaKulturen. In: H. Welzer, H.-G. Soeffner, D. Giesecke (Hg.), *KlimaKulturen. Soziale Wirklichkeiten im Klimawandel*. Frankfurt am Main, New York: Campus, 7–19.
- Yearley, S. 2009: Sociology and climate change after Kyoto: What roles for social science in understanding climate change? *Current Sociology*, 57. Jg., Heft 3, 389–405.

Graduate School of Sociology Münster

Jasper W. Korte

Antinomien postklassischer Vergesellschaftung

Die *Graduate School of Sociology Münster* (GRASS) bietet besonders qualifizierten Nachwuchsforscherinnen und Nachwuchsforschern ein auf sechs Semester angelegtes strukturiertes Promotionsprogramm, das zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Philosophie führt. Thematisch werden die Promotionsprojekte den Schwerpunkten der Forschung am Institut für Soziologie (IfS) der Universität Münster zugeordnet. Diese Schwerpunkte treffen sich in einem gemeinsamen zentralen Fokus: unter der Überschrift »Antinomien postklassischer Vergesellschaftung« konzentriert sich das IfS Münster auf theoretische und empirische Analysen von strukturellen Spannungsverhältnissen zwischen widerstreitenden Charakteristika einer »spät-modernen« Situation, die sich mit den theoretischen, begrifflichen und paradigmatischen Mitteln der klassischen Soziologie nur schwer noch adäquat erfassen lassen. In einer ausdrücklich »nach-klassischen« Phase weltgesellschaftlicher Dynamik sind also jenseits der selbst schon klassischen Konzepte einer »Postmoderne« oder einer »reflexiven Moderne« lokale, regionale, globale Phänomene und Entwicklungen zu untersuchen ausgehend von der Einsicht, dass sie intrinsisch bestimmt werden durch den Widerstreit zwischen konträren Eigenschaften bzw. Faktoren (Individualisierung *und* Kollektivierung; gesteigerte Inklusion *und* Exklusion; Universalisierung egalitärer Prinzipien *und* Zunahme an Ungleichheit; Globalisierung *und* Lokalisierung; Zuwachs an Freiheit *und* an Kontrolle; Säkularisierung *und* Spiritualisierung; Differenzierung *und* Entdifferenzierung etc.). Die nach Sachgebieten, Erkenntnisinteressen und empirischen Feldern differenzierte Forschung am IfS Münster bietet somit

einen fokussierten Horizont, auf den sich die Promotionsprojekte der Graduierenden (mehr oder weniger eng) beziehen können.

Durch ein individuell abgestimmtes Studienprogramm, eine intensive Betreuung und die Einbindung in Forschungsschwerpunkte bietet die GRASS gute Rahmenbedingungen für eine Promotion und die Entwicklung einer wissenschaftlichen Karriere. Mit einer Größe von maximal 20 Promovierenden ermöglicht die GRASS eine dichte Vernetzung, die einen regen Austausch und die Entwicklung neuer Ideen in Forschung und Lehre fördert. Somit wird eine Balance zwischen Eigeninitiative der Promovierenden und institutioneller Einbindung sichergestellt, die eine Teilnahme an und Organisation von wissenschaftlichen Projekten und Veranstaltungen ermöglicht.

Studienprogramm

Das Promotionsstudium an der *Graduate School of Sociology Münster* umfasst neben der Dissertation ein Studienprogramm, das sich aus drei Leistungsbereichen zusammensetzt. Das Programm stellt einen Orientierungsrahmen dar, der je nach Schwerpunkt der Promovierenden mit Inhalten gefüllt wird. Insgesamt sollen in den Leistungsbereichen 60 ECTS-Punkte erworben werden. Die Promotion wird mit einer Disputation abgeschlossen.

Der erste Leistungsbereich umfasst die regelmäßige Teilnahme am Kolloquium der GRASS, in dem die Dissertationsprojekte der Promovierenden vorgestellt und diskutiert werden. (15 ECTS-Punkte)

Der zweite Leistungsbereich umfasst die Teilnahme an Lehrveranstaltungen zum Ausbau der für das Dissertationsprojekt benötigten theoretischen und methodischen Kenntnisse. Dies umfasst sowohl den Besuch von Fachtagungen als auch die Teilnahme an Workshops, Seminaren und Summer Schools. Die Promovierenden können dabei auf das Veranstaltungsangebot der WWU Münster sowie auf Angebote externer Veranstalter zurückgreifen. (mindestens 10 ECTS-Punkte)

Der dritte Leistungsbereich umfasst die Durchführung von Forschungs- und Lehrprojekten. In diesem Bereich sollen die Promovierenden Erfahrungen in wissenschaftlichen Tätigkeitsfeldern sammeln. Dies kann zum Beispiel durch das Abhalten einer Lehrveranstaltung, das Publizieren in wissenschaft-

lichen Fachzeitschriften oder Vorträge auf internationalen und nationalen Fachtagungen geschehen. (mindestens 10 ECTS-Punkte)

Alle Promotionsprojekte an der GRASS sind einem Forschungsschwerpunkt zugeordnet. Diese Schwerpunkte sind als inhaltliche Gravitationszentren der Arbeit in der GRASS an die Forschungshorizonte des IfS Münster (»Antinomien nachklassischer Vergesellschaftung«) angebunden, und sie sorgen für einen engen Austausch unter den Promovierenden, mit den Betreuenden und damit für eine inhaltliche Verknüpfung zwischen dem IfS Münster und der GRASS.

Forschungsschwerpunkte

- Steuerung oder Eigendynamik: Antinomien sozialen Wandels
- Ambivalente Inklusion in Märkten, Sozialstaatsregimen und Bildungssystemen
- Identitäten zwischen Individualisierung und Kollektivität
- Soziologische Selbstreferenz
- Postklassische Vergemeinschaftung und Arbeitsverhältnisse
- Widerstrebende Koordinationen durch Organisation und Milieu
- Wissensproduktion und Wissensprozesse

Promovierende der GRASS erhalten einen Arbeitsplatz und können die Forschungsinfrastruktur des Instituts nutzen. Die GRASS bietet zudem durch die Betreuer intensive Unterstützung bei Anträgen für Stipendien. Regelmäßige Veranstaltungen der GRASS (Kolloquien, Workshops, Veranstaltungsreihen) können über die Homepage eingesehen werden. Für weitere Informationen zu den jeweiligen Schwerpunkten wenden Sie sich bitte an die Koordinatorin der GRASS Linda Nell, M. A., oder die Leiterinnen und Leiter der einzelnen Forschungsschwerpunkte.

Die Bewerbungsfristen enden jeweils zum **15. Januar** und **15. Juli** eines Jahres. Kontaktdaten und ausführliche Informationen erhalten Sie unter: www.uni-muenster.de/Soziologie/grass

Veränderungen in der Mitgliedschaft

Neue Mitglieder

Dr. Anna Amelina, Bielefeld
Dipl.-Soz. Sascha Bark, Hagen
Prof. Dr. Petra Böhnke, Hamburg
Manuel Cazacu, Neuss
Sonja Engel, Berlin
Dipl.-Soz.wiss. Kathleen Franz, Freiburg
Dr. Anna Fräbldorf, Berlin
Dipl.-Soz.wiss. Stefanie Gäckle, Hannover
Prof. Dr. Martin Groß, Tübingen
Christiane Heimann, Bamberg
Harald Hofer, M.A., Augsburg
Dr. phil. Tobias Hucker, Bonn
Kalja Kanellopoulos, M.A., Chemnitz
Caren Kunze, M.A., Kassel
Saskia Lipps, M.A., Hagen
Dipl.-Soz. Natalie Mevissen, Berlin
Tino Minas, M.A., Münster
Dipl.-Soz.wiss. Thorsten Peetz, Berlin
Dr. Michael Schäfer, Langenfeld
Andree Scheller, Bremerhaven
Dr. Bernd Sommer, Flensburg
Dipl.-Soz.wiss. Michael Teicke, Siegen
Prof. Dr. Joost van Loon, Eichstätt
Prof. Dr. Katharina Walgenbach, Wuppertal
Dipl.-Soz.wiss. Walter Weiß, Duisburg
Dipl.-Soz. Christian Zeller, Frankfurt

Neue studentische Mitglieder

André Armbruster, Bielefeld
Zeynep Bayrak, Frankfurt am Main
Manfred Füchtenkötter, Beelen
Anna Gikal, Siegen
Susanne Glaesemer, Würzburg
Anton Georg Gölle, Mülheim an der Ruhr
Fabian Heide, Filderstadt
Jannis Hergesell, Berlin
Moritz Heß, Mainz
Joana Lilli Hofstetter, Freiburg
Sophia Koenen, Augsburg
Karl Musiol, Düsseldorf
Elgen Sauerborn, Halle
Katharina Teutenberg, Augsburg
Susanne Weiß, Mainz
Susanne Wollin-Giering, Berlin

Austritte

Stefan Ballbach, Hamburg
Dr. Gernot Feldhusen, Hamburg
Anna-Maria Hoppe, Bern
Ute Mons, M.A., Mainz
Silvia Roth, Berlin
Dr. Martin Schmeiser, Heidelberg

Verstorben

Prof. Dr. Volker Wittke, Göttingen

Sektion Methoden der Empirischen Sozialforschung

Jahresbericht 2011

Der folgende Bericht stellt die Aktivitäten der Sektion Methoden der Empirischen Sozialforschung 2011 dar. Mit drei Sektionstagungen war es ein Jahr mit vielen Veranstaltungen. Wie im Jahr 2010 wurden wieder zwei der drei Tagungen mit Partnern gemeinsam durchgeführt: die Sommertagung gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Methoden der Politikwissenschaft der DVPW, die Herbsttagung gemeinsam mit der Sektion Modellbildung und Simulation der DGS. Im Folgenden berichten wir ausführlich von den Sektionsveranstaltungen.

Frühjahrstagung: Method(olog)ische Grundlagen der empirischen Forschung über Kriminalität

Die Frühjahrssitzung der Sektion fand am 1. und 2. April in Halle statt. Lokale Organisatorin war Stefanie Eifler von der Universität Halle. Gegenstand der Tagung waren die methodologischen und methodischen Probleme der empirischen Forschung über Kriminalität und Kriminalitätsfurcht. Insgesamt wurden 14 Vorträge gehalten, bei 4 Vorträgen handelte es sich um Aufnahmevorträge in die Sektion Methoden der empirischen Sozialforschung, die sich auf das Thema der Tagung bezogen. Mit über 50 Teilnehmern war die Tagung sehr gut besucht.

Der erste Vortrag von *Dirk Baier* (Hannover) widmete sich dem Vergleich von Ergebnissen verschiedener Erhebungstechniken. Dabei wurden Aspekte der Zuverlässigkeit von Selbstberichten über abweichendes Verhalten im Vergleich zwischen einer schriftlichen Befragung und einer computergestützten Befragung untersucht. Wichtig ist, dass die Ergebnisse auf Web-basierte Befragungen übertragbar sind.

Im zweiten Vortrag beschäftigten sich *Dietrich Oberwittler* und *Dominik Gerstner* (Freiburg) mit Problemen der Modellierung von Interaktionseffekten in Erklärungsmodellen selbstberichteter Delinquenz. Inhaltlich stand der Allgemeinheitsanspruch der *General Theory of Crime* im Mittelpunkt. In statistischer Hinsicht wurden die Eigenschaften der abhängigen Variablen im Zusammenhang mit Unzulänglichkeiten von OLS-Regressionen und im Vergleich zu Ergebnissen nicht-linearer Regressionstechniken problematisiert.

Im Anschluss behandelten *Floris van Veen*, *Sebastian Sattler* und *Mandy Beuer-Krüssel* (Bielefeld) methodische Probleme der Erfassung von subjektiven Wahrscheinlichkeiten. Im Mittelpunkt des Vortrags stand die These, dass es aufgrund von kognitiven Heuristiken der Probanden zu Fehlbeurteilungen, insbesondere zu einer Vernachlässigung von Basisraten oder zu Überschätzungen kommt; diese wurde durch den Einsatz von Ankerfragen in verschiedenen Formaten systematisch überprüft.

Harald Beier (Mannheim) stellte im anschließenden Vortrag die *General Theory of Crime* in den Mittelpunkt der Analyse. Beier hat insbesondere Aspekte der Erfassung von Selbstkontrolle, dem in der Theorie zentralen Konstrukt, aufgegriffen und sich in methodologischer Hinsicht mit der Bedeutung von Mechanismen auseinandergesetzt, die angeben, wie und warum von bestimmten Ursache-Wirkungsbeziehungen ausgegangen werden kann.

Die folgenden vier Vorträge wurden als Aufnahmevorträge gehalten. Zunächst beschäftigte sich *Nathalie Guzy* (Wiesbaden) mit international vergleichenden Viktimisierungssurveys. Sie stellte heraus, dass Dunkelfeldstudien in der international vergleichenden Forschung über Kriminalität erhebliche Vorteile gegenüber Hellfeldstudien haben und demonstrierte dies anhand von spezifischen Herausforderungen, vor denen der *International Crime Victim Survey* (ICVS) steht.

Christoph Birkel (Wiesbaden) beschäftigte sich auch mit einem Vergleich zwischen Hell- und Dunkelfeldstudien, konzentrierte sich in seinem Beitrag aber auf Gesichtspunkte einer adäquaten Formulierung von Items im Hinblick auf das Bemühen, in Dunkelfeldstudien die Kategorien der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) valide abzubilden.

In einem weiteren Vortrag hat *Marvel Noack* (Duisburg) Fragen der Reliabilitäts- und Stabilitätsschätzung von allgemeinen Kriminalitätsfurchtindikatoren aufgegriffen. Noack untersucht die Reliabilität des vierstufigen Standardindikators anhand von Paneldaten (DEFECT, BHPS) mit einem Quasi-Markov-Simplex-Modell und konnte die Terroranschläge vom 11. September 2001 als Grund für eine mangelnde Reliabilität herausarbeiten.

Jochen Wittenberg (Bielefeld) widmete sich in seinem Beitrag dem Problem der Reliabilität von selbstberichteter Jugenddelinquenz. Auf der Grundlage von Daten des Projekts »Jugendkriminalität in der modernen Stadt« (CRIMOC) werden im Rahmen eines Test-Retest-Ansatzes insbesondere Einflüsse der Tendenz, in sozial erwünschter Weise zu antworten, auf die deliktspezifischen Angaben der Jugendlichen zu Prävalenzen und

Inzidenzen untersucht. Im neunten Beitrag der Tagung hat *Peter Obly* (i.R., vormals GESIS) über szientometrische Analysen zur Kriminalsoziologie berichtet.

Heinz Leitgöb, *Johann Bacher* und *Helmut Hirtenlehner* (Linz) untersuchten in ihrem Vortrag Probleme der Ereignisanalyse, die sie am Beispiel der Modellierung der Rückfälle von Sexualstraftätern präsentierten. Dabei wurden in erster Linie verschiedene Modelle – nämlich parametrische und semiparametrische – auf ihre jeweilige Erklärungskraft hin vergleichend untersucht.

Der Vortrag von *Michael Windzio* (Bremen) und *Dirk Baier* (Hannover) stellte die Frage, ob gewalttätige Jugendliche in der Schule isoliert sind. Die Autoren präsentierten eine spezielle Form der Netzwerkanalyse. Den Ausgangspunkt bildete die Beobachtung anderer Studien, dass gewalttätige und nicht-gewalttätige Jugendliche häufig befreundet sind, und dass gewalttätige Jugendliche nicht generell sozial ausgeschlossen werden.

Michael Hanslmaier (Hannover) beschäftigte sich in seinem Beitrag mit der Bedeutung des sozialen Kapitals im Hinblick auf die Erklärung von Kriminalitätsraten. Hanslmaier diskutierte methodische Probleme der Erfassung von sozialem Kapital und zeigte ausgehend davon, dass einzelne Aspekte von sozialem Kapital durchaus differenzierte bzw. differenzierbare Einflüsse auf die Kriminalitätsrate haben.

Im abschließenden Vortrag von *Dina Hummelsheim*, *Dietrich Oberwittler* und *Julian Pritsch* (Freiburg) wurden die Zusammenhänge zwischen interpersonalem Vertrauen und der Furcht, einer Straftat zum Opfer zu fallen, untersucht. Im Mittelpunkt der Analyse stand die Frage, ob sowohl Kriminalitätsfurcht als auch interpersonales Vertrauen gleichermaßen auf bestimmte individuelle und kollektive Merkmale zurückgeführt werden können.

Insgesamt bot die Veranstaltung einen sehr breiten Überblick über den methodologischen und methodischen Stand der kriminalsoziologischen Forschung in Deutschland.

Sommertagung: Onlineforschung

In Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Methoden der Politikwissenschaft der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft und in Ergänzung zum üblichen Turnus führte die Sektion eine Sommertagung zum Thema *Onlineforschung* durch. Diese Veranstaltung fand am 27. und 28.

Mai in Mannheim statt und wurde von Thorsten Faas und Christof Wolf organisiert. Insgesamt wurden auf der Tagung zehn Referate präsentiert.

Im ersten Referat fragten *Joachim Behnke* und *Florian Bader* (Friedrichshafen) nach der »Evidenz durch Onlineforschung?!« am Beispiel einer »Internetbasierten Forschung zur Landtagswahl 2011 in Baden-Württemberg«. Sie kamen zu dem Schluss, dass sich Onlineumfragen derzeit am besten dazu eignen, Zusammenhangshypothesen zu untersuchen.

Der zweite Beitrag, vorgetragen von *Thorsten Faas* und *Johannes N. Blumenberg* (Mannheim), befasste sich mit der »Vermessung der Dynamik – Theorie und Technik des Rolling-Cross-Section-Panels der Wahlstudie Baden-Württemberg 2011«. Es ging um das Erfassen der Wahlkampfdynamik und dem, was beim Wähler ankommt. Hierzu wurde ein interessantes Methodendesign gewählt, das »im Rahmen einer Online-Erhebung Panel-elemente mit dem Prinzip rollierender Querschnitte zu rollierenden Panelwellen« verband.

Im dritten Beitrag beschäftigte sich *Frederik Funke* (Kassel) mit der »Verbesserung von Datengüte und Analysemöglichkeiten durch den Einsatz visueller Analogskalen in Onlineumfragen«. Er argumentierte, dass die Datengüte bei der Anwendung visueller Analogskalen steige, denn der Formatierungsfehler sei beim Einsatz dieser Technik bei mental gut repräsentierten Konstrukten äußerst gering.

Der Beitrag von *Andreas Diekmann*, *Marc Höglinger* (Zürich) und *Ben Jann* (Bern) trug den Titel »Heikle Fragen in Online-Surveys«. Die Autoren sehen hier »Herausforderungen und neue Strategien für den Einsatz der Randomized Response Technik« und präsentierten die methodischen Ergebnisse einer experimentellen Studierendenbefragung zu Plagiaten und anderem Fehlverhalten.

Marco Meyer, *Robert Greszki* und *Harald Schoen* (Bamberg) befassten sich mit dem »Zeitunterschreiter« als Problem der Online-Befragung«. Es ging inhaltlich um »eine kritische Auseinandersetzung mit gängigen Methoden zur Erfassung (zu) schnell antwortender Online-Access-Panelisten«. Sie problematisierten die gängigen Methoden zur Identifikation von »Zeitunterschreitern« und versuchten, die »Zeitunterschreiter« zu charakterisieren.

Joss Roßmann (GESIS), *Jan Eric Blumenstiel* und *Markus Steinbrecher* (alle Mannheim) befassten sich im sechsten Beitrag mit der Frage: »Sind Abbrecher anders?« Es ging hierbei um die »Ergebnisse von Abbrecherbefragungen im Rahmen der Online-Trackings der German Longitudinal Election Study (GLES)«. Im Beitrag wurden die Unterschiede zwischen Abbrechern

und Nicht-Abbrechern herausgearbeitet und es wurde versucht zu zeigen, »welche Eigenschaften von Befragten, Items und Umfragen zu einem Interviewabbruch führen«.

Im siebten Beitrag fragte *Alexandra Wachenfeld* vom LINK Institut für Markt- und Sozialforschung (Frankfurt am Main): »Hat die Rekrutierungsart einen Einfluss auf die Zusammensetzung des Panels und Auswirkungen auf die Repräsentativität der Stichprobenzusammensetzung?« Sie berichtete über die festgestellten sozialstrukturellen und psychographischen Unterschiede zwischen online und offline rekrutierten Teilnehmern.

Jochen Mayerl (Stuttgart) berichtete von »Einstellungsangaben und Res-ponse-Effekten in Surveys«. Grundlage war ein »Empirischer Test eines kognitiven dualen Prozessmodells zur Erklärung von Einstellungs-Verhaltens-Beziehungen«. Mayerl kommt zu dem Ergebnis, dass die aus der dualen Prozesstheorie abgeleiteten Hypothesen sich über statistische Analysen bestätigen lassen: Einstellungen seien »gegenüber Verhaltensintentionen sowie anderen sozialen Urteilen dann am einflussreichsten, wenn Informationen spontan prozessiert werden und die Einstellungen chronisch hoch zugänglich sind«.

Am zweiten Tag gab es zwei Vorträge und eine Diskussion über die Methodenausbildung in der Lehre im Rahmen des Bachelor Soziologie/ Sozialwissenschaften. *Sabine Sattelberger*, *Simone Tries* und *Karen Blanke* (Wiesbaden) berichteten unter dem Titel: »Ein Spagat: Onlinefragebogen und Anforderungsprofile in der amtlichen Statistik« über die Onlineforschung des Statistischen Bundesamtes. Berichtet wurde über den Versuch, sich im Spannungsverhältnis zwischen Standardisierung und spezifischen Studienanforderungen zu bewegen, wobei der Gesetzgeber auch die Nutzerfreundlichkeit der eingesetzten Instrumente für Befragte mit Seh- oder motorischer Behinderung vorschreibt.

Im abschließenden Beitrag berichtete *Andreas Wygrabek* (Kassel) über die Erfahrungen mit der »Wahlwette Kassel 2011« – Erfolgsfaktoren einer kommunalen Wahlwette«. Hier sollten Wetten auf den Ausgang der Kommunalwahl abgegeben werden. Ziel der »Wahlwette« war es, herauszubekommen, »ob Wahlwetten einen adäquaten Schätzer für den Ausgang einer Kommunalwahl« abgeben können.

Im Anschluss an die zehn Beiträge wurde ein Zwischenergebnis der Arbeitsgruppe der Sektion Methoden zum Thema »Methodenausbildung im Bachelor Soziologie/Sozialwissenschaften« vorgestellt und diskutiert (siehe dazu auch Soziologie, Heft 4-2011).

Herbsttagung: Neue Modelle kausaler Inferenz

Die Sektionen Methoden der empirischen Sozialforschung und Modellbildung und Simulation hatten im Herbst 2010 beschlossen zwei gemeinsame Tagungen zum Thema der Kausalanalyse in den Sozialwissenschaften durchzuführen. Die gemeinsam veranstaltete Herbsttagung trug den Titel »Neue Modelle kausaler Inferenz«. Gefragt waren Beiträge, die sich theoretisch mit den Methoden der kausalen Inferenz beschäftigen oder diese zur Identifikation von Ursache-Wirkungszusammenhängen im Rahmen von Umfragedaten oder unvollständig randomisierter Experimente anwenden. Die Tagung fand am 6. und 7. Oktober in Mannheim statt, lokale Veranstalter waren Thomas Gautschi und Christof Wolf.

Die Tagung begann mit einer Einführung in das Thema und einem Überblick über aktuelle Verfahren durch *Dominik Hangartner* (London). Hangartner zeigte überzeugend, dass die Chancen einer gültigen Kausalanalyse stark von der Adäquatheit des Erhebungsdesigns abhängen. Daten, die auf Basis eines ungenügenden Designs erhoben wurden, lassen sich auch durch sehr ausgefeilte Analysemethoden meist nicht mehr reparieren. In einem ersten Vortrag schätzen *Gerard van den Berg*, *Barbara Hofmann* und *Arne Uhlenndorf* (Mannheim) multivariate Verweildauermodelle, die auf dem Timing-of-Events-Ansatz basieren. Dies erlaubt ihnen die (kausale) Wirksamkeit von finanziellen Sanktionen gegen Arbeitslosengeldempfänger zu untersuchen. Dabei zeigten die Autoren auch, dass die Nichtbeachtung von auf unbeobachteten Merkmalen beruhenden Selektionseffekten Auswirkungen auf die Ergebnisse haben kann.

Im anschließenden Beitrag wies *Götz Rohwer* (Bochum) darauf hin, dass die üblichen Ansätze der Kausalanalyse voraussetzen, dass individuelle Kausaleffekte unabhängig sind von den Einflüssen Dritter, mit denen die untersuchten Personen verbunden sind. Diese Annahme ist bei Anwendungen in den Sozialwissenschaften oftmals unrealistisch. Rohwer präsentierte in seinem Beitrag eine Klasse von Modellen, mit denen neben individuellen Merkmalen auch der Einfluss von Gruppeneigenschaften, die als statistische Verteilungen definiert sind, modelliert werden kann.

Eine besondere Form kontextabhängiger Einstellungen untersucht *Robert Birkelbach* (Utrecht) in seinem Beitrag. Sein Interesse galt den Einstellungen zur Verantwortung des Staates für den Lebensstandard Älterer. Dabei vermutet er, dass diese Einstellung insbesondere von der eigenen Stellung im Lebenszyklus abhängig ist. Theoretisch orientierte sich Birkel-

bach an der Theorie kognitiver Dissonanz; methodisch untersuchte er seine Fragestellung auf Basis des *European Social Survey* unter Verwendung von Verfahren des *Propensity Score Matching*.

Am Beispiel der Mechanismen intergenerationaler Transmission sozialer Ungleichheit untersuchten *Volker Lang* und *Steffen Hillmert* (Tübingen) die Anwendung graphischer Repräsentationen in der Kausalanalyse, wie sie von *Judea Pearl* vorgeschlagen wurde. Ziel des Beitrags war es, eine allgemein anwendbare Strategie zur umfassenden Beschreibung der Mechanismen intergenerationaler sozialer Transmission zu präsentieren. Dabei konzentrierten sich die Autoren auf die Kompetenzen und Einstellungen, die für den Transmissionsprozess relevant sind, sowie deren Bestimmungsgründe in Handlungen und spezifischen Umwelten. Sie zeigten überzeugend, dass die graphische Darstellung kausaler Mechanismen hilft, die Identifizierbarkeit von Effekten zu beurteilen und geeignete Kontrollvariablen auszuwählen.

Josef Brüderl und *Volker Ludwig* (Mannheim) untersuchten in ihrem Beitrag einen anderen kausalen Effekt: Den Einfluss von Rauchverböten auf die Prävalenz des Rauchens. Auf Basis von SOEP-Daten aus den Jahren 2002 bis 2010 untersuchten die Autoren, inwieweit die zwischen 2007 und 2008 in den einzelnen Bundesländern eingeföhrten Rauchverböte zu einer Veränderung des Rauchverhaltens geföhrt haben. Ausführlich beschrieben die Autoren auch, wie die gewählte Vorgehensweise zur Untersuchung von Effekten politischer Reformen verallgemeinert werden kann.

Im letzten Vortrag der Tagung berichteten *Henning Best* (GESIS) und *Thorsten Kneip* (Mannheim) die Ergebnisse eines natürlichen Experiments, anhand dessen sie untersuchen konnten, inwieweit die Reduktion der Kosten für umweltfreundliches Verhalten einen Einfluss auf das Recycling-Verhalten hat. Dazu griffen die Autoren auf Daten zurück, die im Rahmen einer Panelstudie in drei Stadtteilen Kölns erhoben wurden. Während in zwei Stadtteilen für Papier und den gelben Sack ein traditionelles Containersystem bestand, wurde in einem Stadtteil zwischen den beiden Erhebungswellen auf ein System mit Haushaltstonnen umgestellt. Es zeigt sich erwartungsgemäß, dass der Effekt der eingeföhrten Haushaltstonne umso größer ist, je weiter der Sammelcontainer vom Haushalt entfernt war. Die Autoren machten jedoch auch klar, dass die Effekte für den gelben Sack deutlich stärker sind als für Papier.

Im Berichtsjahr wurden außerdem die Sektionsveranstaltungen des Jahres 2012 vorbereitet. Zu nennen sind einerseits die Frühjahrstagung, die in Bremen stattgefunden hat, andererseits die Veranstaltungen der Sektion auf dem Soziologiekongress, insbesondere die von Stefanie Eifler für die Sektion mit organisierte Plenarveranstaltung.

Der Vorstand hat sich außerdem ausführlich mit Fragen der Methoden- und Statistiklehre befasst und eine entsprechende Veröffentlichung vorgelegt: Stefanie Eifler, Jürgen H. P. Hoffmeyer-Zlotnik und Dagmar Krebs: Die Methodenausbildung in sozialwissenschaftlichen BA-Studiengängen. *Soziologie*, 40. Jg., Heft 4-2011, 443–465.

Christof Wolf, Jürgen H. P. Hoffmeyer-Zlotnik und Stefanie Eifler

Sektion Religionssoziologie

Jahresbericht 2011

Zunächst ein Rückblick auf die Tagungen, die die Sektion im Jahr 2011 in Kooperation mit verschiedenen Partnern durchgeführt hat: Da wäre als erstes die Tagung »Die Ausdifferenzierung von Religion und Politik: Soziologische Annahmen und historische Befunde« zu nennen, die vom 14. bis 16. April in Kooperation mit dem Exzellenzcluster »Religion und Politik« der Universität Münster durchgeführt wurde. Die interdisziplinäre Diskussion zur Validität des Säkularisierungs- und Differenzierungsparadigmas verlief sehr spannend und ist in dem Band »Umstrittene Säkularisierung. Soziologische und historische Analysen zur Differenzierung von Religion und Politik« dokumentiert. Der Band wurde von Karl Gabriel, Christel Gärtner und Detlef Pollack herausgegeben und ist im Frühjahr 2012 bei Berlin University Press erschienen.

Vom 15. bis 17. September fand die erste gemeinsame Tagung mit den Kollegen der polnischen Sektion für Religionssoziologie in Krakau statt, bei der wir uns über die religiöse Entwicklung in den jeweiligen Ländern informiert und ausgetauscht haben. Sie wurde von Michael Hainz, Detlef Pollack und Gert Pickel für die Sektion organisiert, die auch die Publikationen mit herausgeben.

Die Jahrestagung der Sektion haben wir in Kooperation mit der Sektion Frauen- und Geschlechterforschung in Wittenberg vom 17. bis 19. No-

vember abgehalten. Die Beiträge auf der international besetzten Tagung waren stärker – so die allgemeine Einschätzung – von einer religionssoziologischen als von einer geschlechterbezogenen Perspektive geprägt, so dass am Ende mehr Fragen als Antworten blieben und eine weitere interdisziplinäre Zusammenarbeit wünschenswert und sinnvoll erscheint. Ein Protokoll dieser Tagung ist bereits in der Soziologie Heft 2-2012 veröffentlicht worden. Auf dieser Tagung haben wir die Mitgliederversammlung durchgeführt und einen neuen Vorstand gewählt. Neben der Sprecherin (Christel Gärtner) und den bisherigen Mitgliedern (Matthias Koenig, Gert Pickel und Kornelia Sammet), die bestätigt wurden, wurde Heidemarie Winkel an die Stelle von Detlef Pollack neu in den Vorstand gewählt.

Tagung »Die Ausdifferenzierung von Religion und Politik:
Soziologische Annahmen und historische Befunde«

Die Kooperationstagung der Sektion Religionssoziologie und dem Exzellenzcluster »Religion und Politik« fand vom 14. bis 16. April 2011 an der Universität Münster statt und wurde von Karl Gabriel, Christel Gärtner und Detlef Pollack vorbereitet und durchgeführt. Die Tagung griff die kontrovers geführte Diskussion über die Säkularisierungsthese auf, die zum Kernbestand klassischer soziologischer Theoriebildung gehört. Während einige Soziologen, Politikwissenschaftler und Historiker an ihren grundlegenden Aussagen festhalten, mehren sich die kritischen Stimmen. Zum einen führen empirisch beobachtbare Phänomene wie die gewachsene massenmediale Sichtbarkeit und die zunehmende politische Relevanz von Religionen zur Infragestellung des in der Säkularisierungsthese unterstellten Zusammenhangs zwischen Modernisierung und dem Verlust an sozialer Signifikanz von Religion, die im Zuge von Prozessen der Modernisierung in die Privatsphäre abgedrängt würde. Zum anderen werden auch grundlegende theoretische Annahmen wie die teleologische und deterministische Tendenz der Säkularisierungsthese sowie ihre normativen und eurozentrischen Implikationen kritisiert. Die Kritik bezieht sich darüber hinaus auch auf Voraussetzungen wie die Theorie der funktionalen Differenzierung. Zumindest wird gefragt, ob Differenzierungsprozesse zwangsläufig mit dem Bedeutungsrückgang von Religion und Kirche in modernen Gesellschaften zusammengehen müssen.

Daraus ergab sich das zentrale Anliegen der Tagung: das mit der Säkularisierungsthese verbundene Theorem der funktionalen Differenzierung empirisch und theoretisch auf den Prüfstand zu stellen. Zur Realisierung sollten Soziologen und Historiker miteinander ins Gespräch kommen und herausfinden, inwieweit es historisch berechtigt ist, von einer zunehmenden Differenzierung von Religion und Politik in den letzten Jahrhunderten, die auch mit Prozessen der Säkularisierung einhergeht, auszugehen, oder inwieweit dieses Bild revidiert werden muss. Den Vorgaben gemäß haben die Referenten sich mit den Grundaussagen der Säkularisierungsthese, dem Verhältnis von Religion und Politik sowie Prozessen der Differenzierung oder auch Entdifferenzierung in vier Analyseschritten auseinandergesetzt, denen je eine Epoche zugrunde liegt, die als Schub im Hinblick auf die Differenzierung von Religion und Politik gilt: der Investiturstreit, das konfessionelle Zeitalter, die Aufklärung und die Garantie der Menschenrechte sowie das »lange« 19. Jahrhundert.

Bei aller Unterschiedlichkeit in den Perspektiven und Ansätzen konvergierten die Beiträge im Hinblick auf eine Frage: Sie legen nahe, dass die Annahme der funktionalen Differenzierung von Religion und Politik historisch nicht als ein linearer und unaufhaltsam fortschreitender Prozess beschrieben werden kann. Vielmehr verlaufen historische Prozesse insofern komplexer, als in allen behandelten Epochen sowohl Prozesse der Säkularisierung wie der Sakralisierung, der Differenzierung wie der Entdifferenzierung beobachtet werden, die zur Verschiebung der Grenzen zwischen diesen Bereichen führen. Zudem stimmen sie darin überein, dass die Begriffe »Religion« und »Politik« in sich höchst problematisch sind, weil sie je nach Epoche einen ganz anderen Gegenstand beschreiben – und das gilt im Prinzip auch für den Begriff »Kirche« und erst recht für den des »Staates«.

Der Bericht beschränkt sich im Folgenden auf einige theoretische Probleme, die von den Referenten durch alle Epochen hindurch aufgeworfen und diskutiert wurden.

Eine der leitenden Fragen ist, inwieweit sich das Modell der funktionalen Differenzierung für die Erklärung historischer Prozesse seit dem Investiturstreit eignet. Zumindest im späten Mittelalter beobachtet *Sita Steckel* (Münster, Paris), wie ein durch die Scholastik in Gang gesetzter Rationalisierungsschub und Prozess der De-Sakralisierung, Prozesse der Re-Sakralisierung durch die Monastik hervorbringt. *Philip Gorski* (New Haven) führt den Machtgewinn des frühneuzeitlichen Staates trotz der Differenzierungsprozesse zwischen den Konfessionen, die der eigenen Profilbildung die-

nen, aufgrund der starken Verflechtung von religiösen und politischen Institutionen auf Prozesse der Entdifferenzierung zurück. Diese Deutung setze allerdings die Klärung voraus, so *Matthias Pohl*ig (Münster), welche Prozesse der Differenzierung dem vorausgegangen seien. Auch im 19. Jahrhundert lassen sich sowohl Prozesse der Säkularisierung und Entkirchlichung als auch Prozesse der Verkirchlichung und Resakralisierung beobachten (Gabriel, Blaschke), die *Olaf Blaschke* (Trier) als reziprok aufeinander bezogene Prozesse von Säkularisierung und Sakralisierung deutet.

Hartmann Tyrell (Bielefeld) geht einen Schritt weiter und merkt an, dass die Denkgewohnheit, Differenzierungsprozesse als Sequenz zu beschreiben, aufgegeben werden müsse. Diesbezüglich werden verschiedene Vorschläge unterbreitet, wie diese Prozesse gefasst werden können: Einer ist, sowohl Prozesse der Differenzierung und Entdifferenzierung als auch solche der Säkularisierung und Re-Sakralisierung als sich abwechselnde und aufeinanderfolgende Wellenbewegungen zu begreifen (Steckel). *Matthias Koenig* (Göttingen, Toronto) beschreibt die Entstehung der Menschenrechte als ein dynamisches und dialektisch sich gegenseitig bedingendes Verhältnis: Einerseits setze die Institutionalisierung der Religionsfreiheit die Differenzierung von Religion und Politik voraus, andererseits wirke die Religionsfreiheit selbst differenzierend, weil sie die Herrschaftsbefugnisse des Staates begrenze und ihn auf Neutralität verpflichte. Es wird auch grundsätzlich gefragt, ob Differenzierungsprozesse notwendigerweise mit Säkularisierung einhergehen müssen. Einige Autoren schlagen auch vor, die Annahme einer vollständig vollzogenen Trennung ganz zugunsten der These aufzugeben, dass Religion und Politik auch unter modernen Bedingungen komplexe Beziehungen miteinander unterhalten (Pohlig, Bogner).

Ein zweites Problem hängt mit der Trennungsmetapher zusammen, die ein ursprünglich Verbundenes impliziert. Im Hinblick auf den Investiturstreit steht die These auf dem Prüfstand, ob dieser vormals Ungeschiedenes trennt beziehungsweise als Schritt von der Einheit in die Zweiheit zu deuten sei oder ob das bekannte Bild einer »religiös-politischen Einheit« ganz aufgeben werden muss (Hartmann, Steckel, Oexle). Komplizierter scheint es sich für das konfessionelle Zeitalter zu verhalten, weil sich dort Nicht- oder Entdifferenzierung unter der bereits vorhandenen Bedingung der Möglichkeit ihrer Trennung vollzögen (Pohlig). Zumindest auf der Reichsebene trennen die Friedensschlüsse zwischen religiösen und politischen Normen. Auch für das 19. Jahrhundert zeigt *Hugh McLeod* (Birmingham), dass formale Trennungen in der Verfassung oder Trennungsforderungen in Diskursen mit einer engen

Verflechtung auf der praktischen Ebene einhergehen: die bekannten Allianzen von Thron und Altar. Insofern muss man für die Frühe Neuzeit und das 19. Jahrhundert im Blick behalten, dass auf der formalen oder normativen Ebene Differenzierungs- und Trennungsprozesse stattfinden, auf der praktischen Ebene aber nach wie vor enge Verflechtungen zu beobachten sind.

Ein dritter Punkt ist die Frage nach der Dynamik und den Antriebsmomenten für historische Entwicklungen und Prozesse der Ausdifferenzierung. Lassen sich für das Mittelalter Antriebsmomente benennen, die zur Säkularisierung der Politik beigetragen haben? Gibt es, wie Tyrell argumentiert, nicht-intendierte »Nebeneffekte« oder muss man mit Gert Althoff diese These zurückweisen, weil aus der historischen Perspektive nicht beantwortet werden kann, ob der Investiturstreit unbeabsichtigte Prozesse ausgelöst habe, die in diese Richtung weisen? Das betrifft direkt das Verhältnis von historischen Befunden und soziologischer Theoriebildung und wirft die Frage auf, ob sich die soziologische Deutung, dass sich im Mittelalter durch den Investiturstreit mit dem Machtanspruch des Papsttums eine Dynamik entfaltet, die die Autonomie des Politischen zur Folge hat, mit der zeitgenössischen Entwicklung zur Synthese bringen lässt, die eher den Machtverlust von König und Kaiser beobachtet.

Dies berührt die noch grundlegendere Frage der kurz- oder langfristigen Wirkung. Bekanntlich hatte Ernst Wolfgang Böckenförde behauptet, dass der Investiturstreit etwas angestoßen und mehr entschieden hat, als sich unmittelbar geschichtlich und politisch realisierte. Diese These bringt das Problem mit sich, wie sich eine langfristige Wirkung etwa des Machtkampfes zwischen Kirche und Königtum erfassen lässt, die kurzfristig nicht nachweisbar ist. Muss man den Blick auf das 13./14. Jahrhundert werfen, in dem der Machtanspruch der Päpste scheitert (Hartmann)? Oder muss man bis zur Französischen Revolution oder sogar bis ins zwanzigste Jahrhundert gehen?

Eine weitere Frage ist die nach der Bedeutung von Konflikten als Antriebsmoment. In den »unlösbaren Konflikten« zwischen Papsttum und Königtum sieht Hartmann Tyrell durchaus eine Dynamik am Werk, die einen weltlichen, der kirchlichen Definitionsmacht entzogenen Herrschaftsbereich entstehen lässt. Auch Steckel argumentiert, dass Konflikte als Katalysatoren fungieren und dazu beitragen, die Grenzen zwischen Religion und Politik zu verschieben oder neu auszuarbeiten. Unter den vielfältigen Konfliktlinien im 19. Jahrhundert, die McLeod und *Antonius Liedbegener* (Luzern) ausmachen, entfaltet der Konflikt zwischen Religion und Politik in den Kulturkämpfen möglicherweise eine geringere säkularisierende Wirkung als die Konflikte

zwischen rivalisierenden Formen der Religion, vor allem aber zwischen Gläubigen und Nicht-Gläubigen. Diese bringe sowohl die Option für säkulare Lebensentwürfe hervor, als auch umgekehrt, wie Blaschke zeigt, eine Pluralisierung von nicht-christlichen Religionsformen. *Barbara Stollberg-Rilinger* (Münster) vertritt die These, dass die Pluralisierung von Religionen seit der Frühen Neuzeit selbst der Motor des Wandels ist.

Über diese Punkte hinaus befassten sich einige Beiträge auch mit dem Verhältnis von Ideen und begrifflicher Reflexion zur Praxis, wie der von *Wolfgang Reinhard* (Erfurt). Zu klären war dabei, welchen Einfluss religiöse und politische Ideen, Programme und Theorien auf den Kampf um die praktische Umsetzung von Freiheitsrechten hatten. Nicht zuletzt setzten sich auch einige Beiträge damit auseinander, ob es nicht angebracht ist, von makrosoziologischen Theorien Abstand zu nehmen – schon allein, um den Erkenntnisfallen des Anachronismus zu entgehen (Gorski, Koenig). Matthias Koenig wirft in Bezug auf die Entstehung und Institutionalisierung von Menschenrechten beispielsweise die Frage auf, inwiefern Theorien funktionaler Differenzierung Erklärungskraft besitzen oder ob es nicht ratsam sei, mittels Theorien mittlerer Reichweite typische Bedingungen und generalisierbare Mechanismen (z.B. Interessenkonstellationen von politischen und religiösen Akteuren) herauszuarbeiten. Dem Vorteil, konkrete Konfliktlagen und Interessenskonstellationen (auch: Allianzen, Opportunitätsstrukturen, Rahmenbedingungen) einfacher empirisch nachweisen zu können, stellt er allerdings den Nachteil gegenüber, dass sich Antriebsmomente oder Dynamiken der Institutionalisierung möglicherweise nicht erklären lassen.

Last but not least warnte *Hans Joas* (Erfurt, Chicago) in seinem Abendvortrag vor den Prozessbegriffen »Differenzierung«, »Rationalisierung« und »Modernisierung« im Hinblick auf Simplifizierungen, gerade dann, wenn sie einen systematisierenden Anspruch erhöhen.

Auch wenn die Tagung die Kontroverse – erwartungsgemäß – nicht beendet hat, hat sie neue Erkenntnisse gebracht und zu einer differenzierteren Betrachtung der Säkularisierungsthese geführt. Dazu hat nicht zuletzt beigetragen, dass die Aussagen der Säkularisierungsthese in einer zeitlichen Breite untersucht wurden, die ein einzelner Wissenschaftler nicht zu überschauen vermag. Vielmehr bedurfte es sowohl der Zusammenarbeit von historischen Experten zum Mittelalter, zur Frühen Neuzeit sowie zum 18. und 19. Jahrhundert als auch des Überschreitens disziplinärer Grenzen im Dialog von Soziologen, Historikern, Theologen und Politologen. Dabei wurde die Inte-

gration der einzelnen Beiträge dadurch erreicht, dass sich alle historischen Beiträge in den einzelnen Analyseschritten jeweils auf einen soziologisch angelegten Impuls bezogen und am Ende noch einmal kritisch kommentiert wurden.

»Zwischen Säkularisierung und religiöser Vitalisierung. Gleichzeitigkeiten und Ungleichzeitigkeiten des religiösen Wandels in Polen und Deutschland«

Anstelle eines detaillierten Berichtes über die erste gemeinsame Konferenz der polnischen und deutschen Sektionen für Religionssoziologie, die vom 15. bis 17. September 2011 in Krakau stattfand, sollen einige Eindrücke geschildert werden, auch weil die Tagungsbeiträge der polnischen KollegInnen noch nicht in deutscher Übersetzung vorliegen – und ein Konferenzband ohnehin in Arbeit ist. Obwohl nur ein halbes Dutzend der insgesamt 55 Teilnehmenden Deutsch und Polnisch sprach, gelang dank hervorragender Simultanübersetzer eine qualifizierte Verständigung zwischen den Fachvertretern beider Länder. Auch die Organisation der gastgebenden Jesuitenhochschule Ignatianum funktionierte reibungslos.

Nachdem die polnische Sektion mittels eines zentralen Vergabeverfahrens ihre renommiertesten Repräsentanten ausgewählt hatte, mussten wir unsererseits (Detlef Pollack, Gert Pickel und Michael Hainz als Organisatoren der deutschen Sektion) gezielt *big names* ansprechen, als sich eine magerere Antwort auf unseren Call abzeichnete, um gegenüber den vielen polnischen Professoren und Professorinnen das dieser Kultur so wichtige Gleichgewicht der Ehre zu wahren. Insgesamt wurden 13 deutsche und 17 polnische Referate gehalten.

Thematisch kamen nach einer allgemeinen Vorstellung des religiösen Wandels in beiden Gesellschaften folgende Aspekte mit gemeinsamer Relevanz zur Sprache: Soziologische Religionstheorien, empirische Untersuchungen mit ländervergleichendem Charakter und zur religiösen Entwicklung der jeweiligen Gesellschaft, Analysen zu den religiösen Organisationen beider Konfessionen und ihrer VirtuosInnen, zum Verhältnis zwischen Religion und Politik bzw. den Medien, zu neuen religiösen Phänomenen sowie zur Religiosität bei Jugendlichen. Deutlich wurde, dass in der polnischen Religionssoziologie die international diskutierten Ansätze zwar generell rezipiert sind, dass aber die Genese ihrer Theoriebildung mehr in ethnologischen Analysen der ländlichen religiösen Volkskultur wurzelt, als in den Traditio-

nen der westlichen Klassiker und ihres Säkularisierungsparadigmas. Auch wenn die Religiosität in Polen im europäischen Vergleich nach wie vor sehr hoch und stabiler als von vielen erwartet ist, lassen gewisse Indikatoren (z.B. Kirchgang und sexualmoralische Einstellungen von Jugendlichen, abnehmende Ordens- und Priesterberufungen, eine wachsende Präsenz anti-klerikaler und anti-religiöser Präsenz in den Medien und in der Politik) doch eine gewisse Abschwächung erkennen, um deren genaue Erfassung und Deutung gerungen wird.

Als fruchtbar erwies sich das Vorgehen, dass je zwei im Voraus bestimmte Beobachter das Abschlussplenum mit ihren Kommentaren zum Konferenzverlauf und seinen Erträgen eröffneten. Wie ein unabhängiger polnischer Beobachter konstatierte, waren die deutschen Vorträge in der Regel um »eine Klasse besser«, was die Bemühung um Objektivität, weitergeleitete Empirie und saubere Methodik angeht. Das lässt sich darauf zurückführen, dass zum einen die religionssoziologische Tradition in Polen (als unabhängige Disziplin) noch sehr jung, zum anderen die polnische Forschung nach wie vor stark in der Theologie verankert ist – was sich mitunter in aus der religiösen Teilnehmerperspektive stammenden Werturteilen niederschlug. Das entspricht dem Eindruck, dass dem reichen empirischen Material mehr methodische Distanz gut getan hätte.

Insgesamt war die Tagung jedoch für beide Seiten eine Bereicherung, so dass *Janusz Marianski* (Lublin) sein Plädoyer mit dem »Traum« beendete, in zwei Jahren in Deutschland eine zweite gemeinsame Konferenz beider Sektionen zu erleben. Beide Seiten wollen den begonnenen Dialog fortsetzen. Eine künftige Konferenz würde nicht nur die Gelegenheit bieten, die begonnene Diskussion zu vertiefen, sondern auch die ausgeklammerten Themen zu behandeln.

Christel Gärtner und Michael Hainz SJ

Sektion Sozialpolitik

Jahresbericht 2011

Die Jahrestagung 2011 der Sektion wurde von Vorstandsmitglied Ingo Bode an der Universität Kassel organisiert und fand am 6. und 7. Oktober unter dem Titel »Infrastrukturwandel im Wohlfahrtsstaat: Formen, Prozesse, Konsequenzen« statt. Mit der Veranstaltung sollten sowohl fachwissenschaftliche als auch praktische Implikationen des Wandels der Organisations-, Steuerungs- und Operationsformen sozialstaatlicher Dienste und Einrichtungen ergründet werden. Die Hauptvorträge wurden von *Christoph Sachße* (Kassel) zum Thema »Der Deutsche Verein und die »duale« Wohlfahrtspflege. Eine Skizze zur Geschichte des deutschen Sozialmodells«, *Paola Mattei* (Oxford), »From Democracy to Good Management? The Restructuring of Welfare Organizations in Europe« und *Rik van Berkel* (Utrecht) über »The Changing Governance of Social Security and Activation in Europe« gehalten. Die weiteren Vorträge bezogen sich auf institutionelle Innovationen (*Martin Kunze* und *Holger Backhaus-Maul*, Halle/Saale, *Daniela Neumann*, Heidelberg), auf den Infrastrukturwandel in der Jugendhilfe (*Tim Eysell*, Gießen; *Lars Alberth* und *Steffen Eisentraut*, Wuppertal) sowie auf konzeptionelle und vergleichende Perspektiven auf den Infrastrukturwandel (*Tanja Klenk*, Bremen, und *Renate Reiter*, Hagen; *Simon Güntner*, Hamburg; *Helga Ostendorf*, Berlin; *Michael Noack*, Köln). Die Tagung wurde abgerundet mit einer Podiumsdiskussion, bei der Vertreterinnen und Vertreter der sozialpolitischen Praxis ihre Erfahrungen mit dem und ihre Sichtweisen auf den sozialen Infrastrukturwandel vor Ort im konstruktiven Streit austauschten. Die Jahrestagung 2011 der Sektion ist umfassend – auf 250 Seiten – dokumentiert: http://kobra.bibliothek.uni-kassel.de/bitstream/nbn:de:hebis:34-2012032140942/3/Infrastrukturwandel_Wohlfahrtsstaat.pdf. Darüber hinaus werden ausgewählte Beiträge der Tagung in einem von Ingo Bode und Sigrid Leitner herausgegebenen Schwerpunktheft der im peer-review-Verfahren gestalteten »Zeitschrift für Sozialreform« veröffentlicht.

Die Mitgliederversammlung im Rahmen der Jahrestagung diente ausschließlich dem Informationsaustausch, Entscheidungen personeller, inhaltlicher oder organisatorischer Art standen nicht an.

Jahresbericht 2012

Am 22. Juni 2012 organisierte Vorstandsmitglied Sigrid Leitner an der Fachhochschule Köln ein von der Sektion Sozialpolitik als Mitveranstalterin getragenes Praktikerforum zum Thema »Herausforderungen der Altenhilfepolitik«, zu dem *Christoph Strünck* (Siegen) den Eingangsvortrag »Wie reagieren Kommunen auf den demographischen Wandel« hielt. Die Veranstaltung richtete sich an Praktikerinnen und Praktiker in den kommunalen Sozialverwaltungen sowie in den Einrichtungen und Diensten der freien Wohlfahrtspflege. Eine Dokumentation sämtlicher Tagungsbeiträge findet sich im Internet unter www.f01.fh-koeln.de/fakultaet/personen/profs/sigrid.leitner/00774/.

Kristallisationspunkt der Sektionsaktivitäten war in diesem Jahr neuerlich der (mittlerweile 36.) DGS-Kongress, der unter dem Leitthema »Vielfalt und Zusammenhalt« vom 1. bis 5. Oktober 2012 an den Universitäten Bochum und Dortmund stattfand. Die Sektion war hier an der Organisation zweier Plenarveranstaltungen beteiligt. Am 3. Oktober war sie gemeinsam mit den Sektionen Bildung und Erziehung, Professionssoziologie sowie Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse Gastgeberin des Plenums zur »Erzeugung und Legitimierung sozialer Ungleichheiten durch Bildung, Sozialstaat und Professionen«. Hier referierten *Heike Solga* (Berlin) über »Bildung und materielle Ungleichheiten – Der investive Sozialstaat auf dem Prüfstand«, *Janna Teltemann* (Bremen) über »Gleichheit oder Leistung – welchen Einfluss haben Bildungssysteme, Wohlfahrtsstaat und Einwanderungspolitik auf den Schulerfolg von Migranten?«, *Markus Promberger* (Nürnberg) über »Was hat Hartz IV gebracht? Der Beitrag der Grundsicherungsreform 2005 zur Entwicklung der Armutspolitik in Deutschland«, *Jürgen Gerhards* gemeinsam mit *Silke Hans* und *Sören Carlson* (Berlin) über »Transnationales Bildungskapital, Reprivatisierung der Ausbildung und neue soziale Ungleichheiten« sowie *Ursula Streckeisen* (Bern) über »Das »Anwalt-Richter-Dilemma« und der Lehrberuf«.

In einem zweiten Plenum unter organisatorischer Beteiligung der Sektion Sozialpolitik sowie der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie zum Thema »Leben im Dazwischen. Das Integrationsparadigma auf dem Prüfstand« wurden am 4. Oktober folgende Vorträge diskutiert: *Michael Nollert* (Fribourg) zum Thema »Schattenseiten vollkommener Integration. Oder: Die integrative Kraft des »Lebens im Dazwischen«, *Olaf Groh-Samberg* (Bre-

men) und *Ariane Jossin* (Berlin) über »Die Heterogenität der Integrationspfade: Zur Strukturierung der Lebensverläufe von Migrantennachkommen in Deutschland und Frankreich«, *Karin Scherschel* (Jena) zur »Asylmigration zwischen Zonen der Integration und transnationalen Räumen«, *Jürgen Friedrichs* und *Sascha Riedel* (Köln) über »Verläufe und Identifikationsmuster von Migranten. Ein Modell der Integration« sowie *Annette Treibel* (Karlsruhe) zum Thema »Ein Begriff am Ende? Was man gewinnt, und was man verliert, wenn man aufhört, von Integration zu sprechen«.

Auch in diesem Jahr führte die Sektion zudem zwei sektionseigene Veranstaltungen durch. Am 2. Oktober referierten in der von Vorstandsmitglied *Simone Leiber* unter dem Titel »Solidarisch mit wem? Gesellschaftliche Vielfalt und sozialstaatliche Solidaritäten« organisierten Veranstaltung *Stefanie Börner* (Leipzig) zum Thema »Beim Kassenwesen hat die Freundschaft ein Ende« und *Thilo Febmel* (Leipzig) über »Tarifsozialpolitik und Insider-Solidarität. Folgen der Vertarifizierung sozialer Sicherung für die Umverteilungsbereitschaft in Kernarbeitsmärkten«. *Franz Zabradnik* (Nürnberg) sprach über »Selbstpositionierungs- und Abgrenzungsbemühungen junger sanktionierter Hartz-IV-Empfänger«, *Boris Heizmann* (Hamburg) über »Soziale Distanz und Grenzziehung in Europa. Zur Erklärung individueller politischer Präferenzen für Immigrationsbeschränkung« und *Jürgen Gerhards* (Berlin) gemeinsam mit *Holger Lengfeld* und *Julia Häuberer* (Hamburg) über »Europäisierte Sozialpolitik aus Sicht der EU-Bürger: Ergebnisse einer komparativen Umfrage in drei EU-Ländern und der Türkei«. Das von *Ute Klammer* organisierte »Forum Sozialpolitische Forschung« am 5. Oktober folgte dem auf dem Frankfurter Kongress erfolgreich praktizierten Prinzip von Kurzvorträgen und Posterpräsentationen und konnte daher einer größeren Zahl Interessierter ein – dem Veranstaltungszweck entsprechend – fachöffentliches Forum bieten. Hier trugen vor: *Felix Wilke* (Kassel) zum Thema »Vor-Sorge ums Alter. Entscheidungsverhalten unter struktureller Unsicherheit im Wohlfahrtsmarkt der Alterssicherung« und *Benjamin Fuchs* (Nürnberg) über »Wege in die Grundsicherung: Eine Fall-Kontroll-Studie zu Risikofaktoren des Arbeitslosengeld II-Bezuges«. *Julia Simonson* referierte gemeinsam mit *Laura Romeu Gordo*, *Nadiya Kelle* und *Andreas Motel-Klingebiel* (Berlin) über »Veränderte Erwerbsverläufe und Alterssicherung der Babyboomer«, *Mark Szydlak* (Zürich) über – »Sozialpolitik und Generationenkonflikt« sowie *Patricia Frericks* gemeinsam mit *Ralf Och* und *Birgit Pfau-Effinger* (Hamburg) zum Thema »Internationaler Vergleich und Klassifikation lokaler Wohlfahrtssysteme«. Im Themencluster

»Übergänge in den und aus dem Arbeitsmarkt« präsentierten zudem *Dana Müller* (Nürnberg) und *Daniela Grunow* (Amsterdam) Projektposter zur »Rückkehr in den Arbeitsmarkt – ein Vergleich zwischen ostdeutschen, westdeutschen und ostwest-mobilen Müttern«, *Juliane Achatz* (Nürnberg) über »Arbeitsmarktvermittelte Abgänge aus der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Welche Rolle spielen Geschlecht und Haushaltsform?«, *Anderas Hirseland* und *Philipp Ramos Labos* (Nürnberg) zum Thema »Von Aktivierung zu Teilhabesicherung – Ausgrenzungs- und Teilhabeerfahrungen gefördert Beschäftigter« sowie *Judith Czepek* (Heidelberg) über »Folgeprobleme der Komplementaritäten zwischen dem Arbeitsmarkt und dem Alterssicherungssystem«.

Auf der Mitgliederversammlung am 2. Oktober wurde der bisherige Vorstand einschließlich des ausscheidenden Sprechers Stephan Lessenich (Jena) förmlich entlastet und als neue Sprecherin der Sektion Ursula Dallinger (Trier) gewählt. Der damit frei gewordene Platz im Vorstand wurde auf Vorschlag des Vorstands mit Thilo Fehmel (Leipzig) besetzt, der in den vergangenen Jahren bereits ehrenamtlich die Homepage der Sektion betreut hatte. Dem Vorstand der Sektion werden damit aufgrund des (bei zwei Enthaltungen) einstimmigen Votums der Mitgliederversammlung im Zeitraum von 2012 bis 2014 neben der Sprecherin Ursula Dallinger (Trier) die weiteren Mitglieder Ingo Bode (Kassel), Thilo Fehmel (Leipzig), Ute Klammer (Duisburg-Essen), Simone Leiber (Düsseldorf), Sigrid Leitner (Köln) und Christoph Strünck (Siegen) angehören.

Organisationspolitisch beschäftigte sich die Versammlung mit den Implikationen und Konsequenzen, die sich durch die aus gegebenem Anlass ergangene Aufforderung des DGS-Vorstands ergeben, etwaig bestehende Sektionskonten aufzulösen und darauf lagernde Guthaben auf ein Sektionsunterkonto der DGS zu transferieren. Die Versammlung beschloss in diesem Zusammenhang, in Zukunft statt Mitgliedsbeiträgen Sektionsgebühren zu erheben und dabei die bislang geltende Beitragsstaffelung zu übernehmen. Zudem wurde auf den Hinweis des DGS-Vorstands, dass die Sektionen im rechtlichen Sinne keine eigenständigen Körperschaften, sondern Unterorganisationen der DGS sind und daher auch keine eigenen Satzungen geben können, beschlossen, die Unwirksamkeit der bislang geltenden Satzung mit sofortiger Wirkung festzustellen und den Vorstand zu beauftragen, in möglichst kurzer Frist an deren Stelle eine Geschäftsordnung der Sektion zu verfassen, die im Wesentlichen die Voraussetzungen der

Mitgliedschaft und Bestimmungen zur Wahl repräsentativer Organe enthalten und bei der nächsten Mitgliederversammlung zur Abstimmung gestellt werden soll.

Ein sehr kurzer Ausblick zum Schluss: Die Jahrestagung 2013 der Sektion wird im Herbst in Köln stattfinden, die organisatorische Verantwortung liegt bei Vorstandsmitglied Christoph Strünc. Und die Tatsache, dass die neue Sprecherin der Sektion, Ursula Dallinger, an der Universität Trier lehrt, wird für die schon in absehbarer Zeit anstehenden Vorbereitungen der konkreten Sektionsbeteiligung am dort stattfindenden 37. Kongress der DGS sicher nicht von Nachteil sein.

Stephan Lessenich

Sektion Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse

Jahresbericht 2011

Panelveranstaltungen auf dem Dreiländerkongress für Soziologie in Innsbruck

Auf dem »Dreiländerkongress« vom 29. September bis 1. Oktober 2011 hatten Peter A. Berger für die DGS-Sektion Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse und Annette Treibel-Illian für die DGS-Sektion Migration und ethnische Minderheiten am 1. Oktober unter dem Titel »Muster sozialer Ungleichheit, Migration und Ausgrenzung in der öffentlichen Diskussion« zwei gut besuchte Panels organisiert, die schon im Bericht der Sektion Migration und ethnische Minderheiten in Heft 3-2012 der Soziologie besprochen wurden.

Sektionsitzung: Paare und Ungleichheit(en) – Eine Verhältnisbestimmung

Am 28. und 29. Oktober fand die erste Herbstsitzung der Sektion Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) statt. Organisiert wurde die Tagung von *Peter A. Berger*, Sektionssprecher, *Alessandra Rusconi* und *Heike Solga*, Leiterinnen des am WZB angesiedelten Projekts »Gemeinsam Karriere machen – Realisierungsbedingungen von Doppelkarrieren in Akademikerpartnerschaften« (gefördert vom BMBF und ESF), sowie von *Christine Wimbauer* und

ihrem Team *Markus Gottwald*, *Mona Motakef*, *Anke Spura* und *Stefanie Aunkofer* der DFG geförderten Emmy-Noether-Nachwuchsgruppe »Liebe, Arbeit, Anerkennung – Anerkennung und Ungleichheit in Doppelkarriere-Paaren« (Duisburg-Essen).

Bei der Analyse sozialer Ungleichheit(en) erhielten der Partner/ die Partnerin und das Paar als eine aus Kommunikation und Interaktion hervorgehende Entität *sui generis* zuletzt größere Aufmerksamkeit. Einerseits wird das Mikromilieu Paar als zentraler Ort der (Re-)Produktion sozialer Ungleichheit(en) verhandelt, speziell im Hinblick auf die Sozialstrukturkategorie Geschlecht. Andererseits spiegeln sich in und zwischen Paaren Klassen-, Schicht- und Milieuunterschiede, etwa in der Partnerwahl (Homogamie bzw. Endogamie), in der Positionierung auf dem Arbeitsmarkt (etwa: prekär beschäftigte Paare vs. Doppelkarriere-Paare), hinsichtlich sozial- und familienpolitischer Regelungen oder der Artikulation und praktischen (Nicht-) Einlösung von Egalitätsnormen. Ziel der Tagung war es, möglichst breit Forschung zusammenzubringen, um eine mittlerweile gebotene Verhältnisbestimmung von »Paaren und Ungleichheit(en)« zu leisten.

Am ersten Konferenztag eröffnete *Stefan Hirschauer* (Mainz) das Auftaktpanel »Ungleichheit, Paare und Familie« mit einem Beitrag, der aus kultursoziologischer Warte dem Zusammenhang von Zweisamkeit und Zweigeschlechtlichkeit nachging. Politisch-mediale Gleichheitsdiskurse sind das »Spielmaterial« der Konstruktion von Geschlechterdifferenz im Paar und somit zugleich das (notwendige) Substrat für die Erzeugung von Paarsinn, so eine von Hirschauers Thesen. Im Anschluss daran gingen *Martin Diemwald*, *Tobias Graf*, *Stefanie Hoherz* und *Sebastian Böhm* (Bielefeld) der Frage nach, wie sich Frauen und Männer innerhalb von Partnerschaften an veränderte Arbeitsbedingungen anpassen und welche Rückwirkungen diese Prozesse auf die Partnerschaften selbst haben. Als Datengrundlage dienten ihnen Längsschnittdaten des SOEP sowie eigene quantitativen Erhebungen des DFG-Projekts »Beschäftigungsverhältnisse als sozialer Tausch« (BEATA). Zum Abschluss des ersten Panels konfrontierten *Katharina Miko* und *Karin Sardadvar* (Wien) gängige soziologische Familien- und Paarkonzepte mit qualitativem empirischen Material, um darüber zu einer sehr grundsätzlichen Frage vorzudringen, nämlich: Wo hört die Familie auf und wo fängt das Paar an?

Im zweiten Panel stellten die Konferenzorganisatorinnen ihre mittlerweile abgeschlossenen Projekte vor. *Alessandra Rusconi* (Berlin) präsentierte eine Auswahl der Forschungsergebnisse auf Basis quantitativer und qualitativer Erhebungen des Projekts »Gemeinsam Karriere machen«. Der Vortrag

fragte, welche Verflechtungsarrangements der Erwerbsverläufe im Paar praktiziert werden und welche Folgen sie für individuelle und Doppelkarrieren haben. Es zeigte sich, dass entgegen dem »Karriere-Mythos« eine geschlechtertypische Arbeitsteilung sich insofern nicht »lohnt«, als sie zu keinem Karrierevorteil für männliche Wissenschaftler führt, aber zur (Re-) Produktion von Ungleichheiten in der Arbeitswelt und in Partnerschaften beiträgt. Denn Partnerinnen und Wissenschaftlerinnen mussten mit Karriereeinbußen rechnen, wenn sie für längere Phasen ihre Erwerbstätigkeit unterbrachen. Aufgrund von Abstimmungs- und Koordinierungsschwierigkeiten, v.a. bei Wissenschaftsparen, ist aber selbst die langjährige Bewerbstellung zweier Erwerbstätigkeiten keine Garantie für Doppelkarrieren und »schützt« nicht vor der Priorisierung einer (oft männlichen) Berufsentwicklung.

Den ersten Konferenztag beschlossen *Christine Wimbauer*, *Markus Gottwald*, *Mona Motakef*, *Anke Spura* und *Stefanie Aunkofer* mit einer Ergebnispräsentation der Emmy-Noether-Nachwuchsgruppe »Liebe, Erwerbsarbeit, Anerkennung – Anerkennung und Ungleichheit in Doppelkarriere-Paaren«. Der Vortrag wandte sich dem Verhältnis von Paaren und Ungleichheit aus einer anerkennungstheoretischen Perspektive zu. Entlang der Honnethschen Anerkennungssphären »Liebe«, »Leistung« und »Recht« und auf der Basis qualitativer Daten (Paarinterviews, Organisationsfallstudien und Gesetzesanalysen) arbeitete die ForscherInnengruppe Muster und Mechanismen der Konstruktion von Anerkennungsverhältnissen und darin eingelassener (Un-)Gleichheiten in Paaren sowie deren Verschränkung mit arbeitsorganisationalen Mitgliedschaften und sozialstaatlichen Regelungen heraus.

Dass das Thema der Tagung auf ein reges Interesse stieß, zeigte sich am zweiten Konferenztag, an dem die Veranstaltung ob der Menge und der hohen Qualität eingereicherter Referatsvorschläge auf Parallelpanels in drei Blöcke aufgeteilt werden musste. Im Panel »Soziale und räumliche Mobilität« ging *Melanie Böwing-Schmalenbrock* (Potsdam) der Frage nach, wie Paare reich werden. Auf Basis der quantitativen Erhebung der Studie »Vermögen in Deutschland« (ViD) zeigte sie, dass berufliche Selbstständigkeit, Erbschaft und Heirat die zentralen Reichtumsquellen in Paarhaushalten sind, es aber eine Geschlechtsspezifität der Reichtumsgenese gibt. Auch aufgrund (noch) höherer Bildungs- und Erwerbsbeteiligung entsteht Reichtum signifikant häufiger durch die Erwerbsaktivität männlicher als weiblicher Partner. Auf Basis des SOEP untersuchten *Natascha Nisic* (Nürnberg) und *Silvia Melzer* (Bielefeld) die Mobilitätsdilemmas und -restriktionen von Paaren. Unter Berücksichtigung der Erwerbs- und Einkommensstruktur im

Haushalt und regionaler Opportunitäten identifizierten sie die Verlierer und Gewinner berufsbedingter Umzüge. Dabei zeigte sich, dass Ost-West-Disparitäten zusammen mit einer größeren geschlechtsspezifischen Ungleichheit auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt paradoxe Folgen erzeugen. Umzüge sind bei ostdeutschen Paaren in höherem Maß von den Merkmalen der Männer bestimmt und gut gebildete ostdeutsche Frauen in Partnerschaften können bei einem Umzug ihr Einkommenspotenzial seltener umsetzen. *Stefanie Kley* (Hamburg) widmete sich der Frage, ob Pendelmobilität das Trennungsrisiko erhöht. Auf Basis einer eigenen repräsentativen Panel-Erhebung in zwei Städten zeigte sie, dass das Trennungsrisiko steigt, wenn Frauen Vollzeit arbeiten; müssen sie zum Arbeitsort fernpendeln, so erhöht sich das Risiko auf das Fünffache. Hingegen steigert weder die Vollzeitbeschäftigung des Mannes noch seine Notwendigkeit zum Fernpendeln das Trennungsrisiko. Geschlechtsrollenmodelle sind demnach oft (noch) tief verankert, und selbst wenn ein Paar sich über ein bestimmtes Arrangement verständigt, können Unzufriedenheit und Selbstzweifel an dieser Rolle die Paarbeziehung unterminieren.

Im Parallelpanel »Männlichkeit, Weiblichkeit, Paarkonzepte« verglichen *Cornelia Behnke*, *Diana Lengersdorf* und *Michael Meuser* (Dortmund) unterschiedliche Rahmungen väterlichen Engagements bei Paaren aus den westlichen und östlichen Bundesländern. Auf der Grundlage von Paarinterviews wurde die These einer »kulturellen Hegemonie« westdeutscher Leitbilder und Modelle entfaltet, die sich mithin in der von ostdeutschen Paaren in den Interviews geleisteten Abgrenzungsarbeit zeigt. Basierend auf narrativen Interviews ging *Johanna Stadlbauer* (Graz) der Frage nach, wie im Rahmen internationaler Entsendungen die zumeist weiblichen *Expatriat-Spouses* ihre »Karrierelosigkeit« verarbeiten und wie die im transnationalen sozialen Feld der *Expatriates* dominanten Diskurse über Frauenbeschäftigungen und -rollen sowie »persönliche« familiäre-biographische Vorstellungen von Frauenbiographien wirken. *Britt Hoffmann* (Magdeburg) fragte nach den biographischen und sozialen Bedingungen im Umgang von Frauen mit erfolglosen Fertilitätsbehandlungen. Es zeigte sich, dass die Paarbeziehungen und die eingelassenen geschlechtsspezifischen (Un-)Gleichheiten zwischen den Partnern sowohl Ressource als auch massives biographisches Krisenpotenzial beinhalten können. Dies sei, so die Forderung, notwendig von medizinischer Seite zu berücksichtigen.

Im zweiten Vormittagsblock loteten *Stefanie König*, *Marc Langhauser* und *René Leicht* (Mannheim) im Panel »Arbeit und Partnerschaft« den Einfluss von

selbst- und fremdbestimmter Arbeitsgestaltung mit Blick auf die Übernahme von Familienverantwortung in Doppelkarriere-Paaren (DCC) aus. Im Anschluss daran zeigten *Katrin Auspurg*, *Eva Amorelli* und *Thomas Hinz* (Konstanz), dass Doppelkarriere-Paar-Förderung nicht notwendig die Karrieren der Doppelkarriere-Paar-Partnerinnen fördert. DCC-Maßnahmen, so die über ein faktorielles Survey-Design gewonnenen Ergebnisse, erhöhen zwar grundsätzlich die Wahrscheinlichkeit eines gemeinsamen Umzuges, zugleich verschieben sie jedoch auch häufig das Macht- und Karrieregleichgewicht zugunsten des männlichen Partners.

Obwohl das sich mit der Moderne herausbildende »romantische Liebesideal« ein sozialrevolutionäres Freiheitsversprechen beinhaltet – Paarbildung jenseits von Stand und Klasse, allein auf wechselseitiger emotionaler Verbundenheit gründend – blieben Liebe und Paarbeziehung stets ein zentraler Ort der Reproduktion gesellschaftlicher Ungleichheiten (Homogamie). Diese Paradoxie des modernen Liebesideals, so *Kai Dröge* (Frankfurt am Main, Lausanne, Luzern) im ersten Vortrag des Panels »Partnerwahl«, erfährt beim Online-Dating eine Zuspitzung: Der Freiheitssemantik des World-Wide-Web stehen detaillierte, an sozioökonomischem Status, Lebensstilen und Wertorientierungen orientierende Such- und Filtermöglichkeiten gegenüber. Über Matchingalgorithmen erzeugte »Passung« heißt vor allem, homogame Partnerschaften in bisher ungekanntem Ausmaß möglich zu machen. Welchen analytischen Nutzen hat das in jüngster Zeit vor allem von Catherine Hakim (2010) popularisierte Konzept des »erotischen Kapitals«? Dieser Frage ging *Andreas Schmitz* (Bamberg) nach. Im Kontrast zu einem um ein Interaktionskonzept erweitertes Bourdieusches Forschungsprogramm fällt Schmitz Urteil kritisch aus.

Im Panel »Arbeitsmarkt und Familienpolitik« standen drei Referate an: Im ersten Referat stellte *Lisa Haller* (Kassel) erste Ergebnisse ihres Dissertationsprojekts vor, in der sie mit Hilfe qualitativer Paarinterviews die Wirkungen der Anreizmechanismen der neuen Familienpolitik auf das Reproduktionshandeln junger Eltern untersucht. Haller legte dar, dass und wie Anreizmechanismen entlang der Einkommenshierarchie differenziert wirken. Im zweiten Referat analysierten *Corinna Kleinert* (Nürnberg) und *Marita Jacob* (Köln) die Bedeutung unterschiedlicher Ressourcen – Bildung und Arbeitsmarktkapital, finanzielle Ressourcen – des einen Partners auf die Arbeitsmarktreintegration des arbeitslosen anderen Partners. An den mit Ereignisanalysemodellen analysierten Daten des SOEP ließ sich u. a. zeigen, dass Frauen und Männer von einer Partnerschaft profitieren, eine

Heirat jedoch nur die Wiedereinstiegschancen in Arbeit für Männer erhöht. Das Panel beschloss *Karen Schierhorn* (Jena), die sich in ihrem Vortrag mit den Auswirkungen von Langzeitarbeitslosigkeit auf das Geschlechterverhältnis im Paar auseinandersetzte. Auf der Basis leitfadengestützter Interviews entwickelte Schierhorn eine Gegenthese zur geläufigen Behauptung, ehemalige Sozialhilfeempfängerinnen könnten als Gewinnerinnen der Hartz-Arbeitsmarktreformen gelten.

Die drei Referentinnen des parallelen Panels beschäftigten sich mit Fragen zum Thema »Neue Väter und ›Tradierte‹ Mütter«. In ihrem Vortrag untersuchte *Heike Trappe* (Rostock) Väter, die Elterngeld beziehen, und analysierte dies im Partnerschaftskontext unter Berücksichtigung sozialstruktureller und ökonomischer Faktoren. Ihre Ergebnisse zeigten, dass vor allem die Gruppe der erwerbslosen und gering verdienenden Väter auch über die Zeit der Partnermonate hinaus Elterngeld beantragte. Somit sind es eben nicht die ökonomisch privilegierten Männer, die mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen. Diese Gruppe der gutverdienenden Väter stand im Zentrum der Analyse von *Johanna Possinger*. In ihrem Dissertationsprojekt steht das Vereinbarkeitsdilemma sogenannter *neuer Väter* im Vordergrund, deren modernisiertes Bild von Vaterschaft häufig im Gegensatz zu deren sozialer Praxis steht. Auf der Grundlage von biographischen Interviews mit Vätern, die in einem großen Unternehmen Elternzeit genommen haben, konnte sie feststellen, dass Elternzeit sowohl ein »Übergangsphänomen« darstellt, aber auch eine *Türöffnerfunktion* für langfristig stärker partnerschaftlich ausgerichtete Care-Arbeit beinhaltet. *Susanne Götz*, *Kathi Ruppe* und *Franziska Schreyer* (Nürnberg) referierten erste Ergebnisse ihrer Untersuchung zum beruflichen Wiedereinstieg von Frauen nach der Familienphase. In ihrer *mixed-methods*-Studie mit quantitativem und qualitativem Datenmaterial gingen sie der Frage nach, welchen Einfluss der Partner für diesen Wiedereinstieg hat. Paare haben hier sehr unterschiedliche Strategien. Zwar kommt es prinzipiell zu Unterstützung durch die Partner, aber selten reduzieren diese ihre Arbeitszeit, und Aushandlungsprozesse im Paar sind ganz und gar nicht selbstverständlich. Zum Teil wird die Sorgearbeit an Dritte abgegeben, wenn eine egalitäre Aufteilung nicht möglich ist oder auf die Forderungen der Partnerin nicht eingegangen wird.

Ausgewählte Tagungsbeiträge werden in einem Sonderheft von »GENDER. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft« veröffentlicht.

Markus Gottwald

Sektionsitzung: Urbane Ungleichheiten

Über die gemeinsame Tagung der DGS-Sektionen Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse sowie Stadt- und Regionalsoziologie am 11. und 12. November 2011 in Rostock wurde in Heft 3-2012 der Soziologie berichtet. Ausgewählte Tagungsbeiträge werden in einem Sammelband in der Sektionsreihe beim VS-Verlag veröffentlicht werden.

Neuwahlen von Sektionsvorstand und Sektionssprecher

Im Jahr 2011 wurde der aus sechs Personen bestehende Vorstand der Sektion neu gewählt, wobei sich insgesamt 61 Sektionsmitglieder an der schriftlichen Wahl beteiligten. In den neuen Sektionsvorstand wurden gewählt: Peter A. Berger (Rostock), Johannes Giesecke (Bamberg), Olaf Groh-Samberg (Bremen), Dirk Konietzka (Braunschweig), Steffen Mau (Bremen) und Anja Weiß (Duisburg-Essen). Der neu gewählte Vorstand hat sich am 28. Oktober vor der Sektionssitzung im WZB Berlin zu seiner konstituierenden Sitzung getroffen. Aus dem Kreis der Vorstandsmitglieder wurde dabei Olaf Groh-Samberg (Bremen) zum neuen Sektionssprecher gewählt. Als Stellvertreter werden für diese Wahlperiode Peter A. Berger (Rostock) und Johannes Giesecke (Bamberg) fungieren, und die Mailingliste der Sektion wird zunächst weiter von Peter A. Berger verwaltet werden.

Der neue Sektionsvorstand dankt den ausgeschiedenen Vorstandmitgliedern Eva Barlösius (Hannover), Martin Diewald (Bielefeld), Wolfgang Ludwig-Mayerhofer (Siegen) und Marc Szydlic (Zürich). Ohne ihr Engagement wäre die Arbeit der Sektion genauso wenig möglich gewesen wie ohne die Mitwirkung der Sektionsmitglieder und -interessenten.

Peter A. Berger

AG Räumliche Mobilität in der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie

Ziele der Arbeitsgruppe sind die Etablierung eines soziologischen Diskussionsforums zu Fragen und Problemstellungen räumlicher Mobilität sowie die Vernetzung der in diesem Gebiet forschenden Kolleginnen und Kollegen in Deutschland. Darüber hinaus möchten wir internationale Kontakte zu Mobilitätsforschern außerhalb Deutschlands intensivieren. Die Arbeitsgruppe soll eine Anlaufstelle für die fachliche und nichtfachliche Öffentlichkeit werden, um sich über wichtige wissenschaftliche Erkenntnisse auf diesem Gebiet zu informieren.

Städte und Regionen werden durch räumliche Mobilität in vielfältiger Weise geprägt und verändert. Sie sind gleichzeitig aufgrund ihrer unterschiedlichen Strukturmerkmale auch Anlass für räumliche Mobilität von Individuen. Wohnstandorte können Mobilität erforderlich machen, weil Arbeitsplätze, Wohnraum, Bildungs- und Konsumangebote rar sind, sie können umgekehrt entsprechende Gelegenheiten bieten, die Menschen motivieren, räumlich mobil zu werden. Unter räumlicher Mobilität können dabei sehr vielfältige Phänomene gefasst werden, wie zum Beispiel Wohnortwechsel, Formen des Pendelns zum Arbeitsort oder andere Arten der Alltagsmobilität, wie etwa der Weg zur Kindertagesstätte. In den letzten Jahrzehnten hat sich bezüglich der verschiedenen Formen räumlicher Mobilität ein ständiger Wandel ergeben. Angesichts der demografischen Entwicklungen und gravierender Veränderungen der Konsum- und Arbeitsmärkte ist zu erwarten, dass räumliche Mobilitätsprozesse und multilokale Lebensformen sowohl auf individueller Ebene als auch auf der Ebene von Regionen und Ländern eine zunehmende Bedeutung erfahren.

Auf individueller Ebene bestimmt räumliche Mobilität die Lebenschancen von Menschen maßgeblich, indem sie regional ungleich verteilte Arbeits-, Wohn-, Bildungs- und Konsumangebote individuell verfügbar macht. Darüber hinaus hat sie einen erheblichen Einfluss auf die sozialen Interaktionsbeziehungen und die gesamte Lebensgestaltung der Menschen. Dies prägt wiederum Städte und Regionen in vielfältiger Weise. So verändern Umzugs- und pendelbedingte Bevölkerungsfluktuationen nicht nur die Zusammensetzung und soziale Integration der Bevölkerung in einem bestimmten Gebiet. Sie bestimmen die Entwicklung von Städten und Regionen in einem ganz umfassenden Sinne.

Daraus ergibt sich eine breite Agenda an sozialwissenschaftlich bedeutsamen Fragestellungen, wie zum Beispiel: Welche Formen räumlicher Mobilität und mobiler Lebensformen lassen sich beobachten und wie lässt sich ihr Zustandekommen erklären? Welche Bevölkerungsgruppen praktizieren (mehr oder weniger freiwillig) Mobilitätszumutungen und welche Bevölkerungsgruppen sind im Hinblick auf ihre Mobilitätschancen und -möglichkeiten privilegiert? Welche Folgen haben verschiedene Formen räumlicher Mobilität für individuelle Lebensverläufe? Welche Folgen haben sie für die Veränderung von Städten und Regionen?

Die Arbeitsgruppe möchte dazu beitragen, das bereits existierende Potenzial an Forschung in Deutschland zu fördern und ein soziologisches Diskussionsforum zu etablieren. Hierzu wollen wir jährlich zu einem Workshop oder einer Tagung einladen.

Auf dem *Gründungstreffen der Arbeitsgruppe Räumliche Mobilität am 26. März 2013 an der Universität Hamburg* sollen aktuelle Beiträge und Forschungsprojekte im Bereich räumlicher Mobilität vorgestellt werden. Das Treffen soll die ganze Bandbreite des Themas berücksichtigen und Workshop-Charakter haben, das heißt, neben Vorträgen wird es viel Gelegenheit zur gemeinsamen Diskussion geben. Schließlich soll das Gründungstreffen auch genutzt werden, um eine Agenda für künftige Aktivitäten, zum Beispiel Workshops oder internationale Tagungen der Arbeitsgruppe zu entwerfen.

Stefanie Kley, Natascha Nisic und Johannes Huinink

Otto-Borst-Preis 2013

Das »Forum Stadt – Netzwerk historischer Städte e.V.« lobt hiermit zum fünften Mal den Otto-Borst-Wissenschaftspreis aus. Der Name des Preises erinnert an den Historiker Prof. Dr. Otto Borst, Gründer der Arbeitsgemeinschaft und langjähriger Herausgeber der Zeitschrift »Die alte Stadt«.

Preis zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Durch die Verleihung will der Verein den wissenschaftlichen Nachwuchs in den Fachgebieten Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtplanung fördern. Mit dem Preis, der im zweijährigen Turnus vergeben wird, sollen herausragende Leistungen in diesen Fachgebieten prämiert werden. Der Wettbewerb ist offen für schriftliche Studienarbeiten, Studienabschlussarbeiten und Dissertationen, die sich mit Themen der Entwicklung von Städten in historischer, stadt(bau)historischer, sozialwissenschaftlicher, denkmalpflegerischer, planerischer und städtebaulicher Hinsicht befassen und die an deutschsprachigen Hochschulen und Fachhochschulen erstellt worden sind. Ausgeschlossen sind Habilitationen sowie Forschungsgutachten im Auftrag Dritter. Die Arbeiten können von den Verfasserinnen und Verfassern oder von den betreuenden Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern eingereicht werden. Die Verfasser dürfen nicht vor dem 1. Juli 1977 geboren sein. Voraussetzung ist ein gutachterliches Begleitschreiben des betreuenden Hochschullehrers im Umfang von einer Seite. Zugelassen sind auch Gruppenarbeiten (bis drei Personen). Dem Wettbewerbsbeitrag ist eine Kurzfassung (1 DIN A 4-Seite) beizufügen. Teilnahmeberechtigt sind Arbeiten, die innerhalb der letzten zwei Jahre abgeschlossen wurden. (Stichtag der Einreichung: 28. Februar 2013). Die Bewerber können jeweils nur eine Arbeit einreichen.

Preisvergabe und Preise

Über die Preisvergabe entscheidet eine unabhängige, fachlich qualifizierte Jury aus dem Kreis des »Forum Stadt« und des Redaktionskollegiums der Zeitschrift »Forum Stadt«. Es werden Preise in Höhe von insgesamt 3.000 € vergeben. Die Jury behält sich vor, die Preissumme auf mehrere

Arbeiten zu verteilen oder nicht auszuschöpfen. Zur Preisvergabe lädt das »Forum Stadt« die Preisträger auf eine der von ihr veranstalteten Städtetagung des Jahres 2013 ein. Die Arbeiten sind mit allen Unterlagen einzureichen an: Forum Stadt – Netzwerk historischer Städte e.V., Stichwort Otto-Borst-Preis 2011, Ritterstraße 17, 73728 Esslingen. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.forum-stadt.eu

Kontakt:

Prof. Dr. Johann Jessen

Städtebau-Institut

Universität Stuttgart

Tel.: +49 (0)711/68 58 33 31

E-Mail: johann.jessen@si.uni-stuttgart.de

Habilitationen

Priv.-Doz. MMag. Dr. Franz Heschl hat sich am 21. Mai 2012 an der Karl-Franzens-Universität Graz habilitiert. Die Habilitationsschrift trägt den Titel »Eine EU für alle? Der europäische Integrationsprozess in der Rhetorik der Europäischen Kommission«. Die *venia legendi* lautet Soziologie.

Dr. Sören Petermann hat sich am 4. Juli 2012 an der Philosophischen Fakultät I der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg habilitiert. Die Habilitationsschrift trägt den Titel »Städtische Bevölkerungsgruppen und ihr spezifisches soziales Kapital«. Die *venia legendi* lautet Soziologie.

Call for Papers

Kongress der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie
vom 26. bis 28. Juni 2013 an der Universität Bern

Ungleichheit und Integration in der Krise

Ungleichheit ist eines der zentralen Themen der Soziologie. Seit Karl Marx die enormen sozialen Ungleichheiten zu Beginn der Industrialisierung im 19. Jahrhundert beschrieben hat und vor allem ihr Potenzial für gesellschaftlichen Wandel – um es vorsichtig zu formulieren – aufzeigte, wird in der Soziologie diskutiert, wie Ungleichheit entsteht, welche Folgen sie hat und wie viel Ungleichheit eine Gesellschaft erträgt. Unsere Disziplin hat sich dem Thema in allen sozialen Bereichen angenommen, beginnend mit Untersuchungen zu ungleichen Bildungschancen, ungleichen Arbeitsmarktchancen, ungleichen Einkommensverteilungen, der Ungleichheit der Lebensbedingungen der Geschlechter, ungleicher Gesundheit und Lebenserwartungen – die Aufzählung ließe sich problemlos fortsetzen. Entsprechend viele Kongresse nationaler und internationaler soziologischer Gesellschaften wurden dem Thema gewidmet. Braucht es weitere Kongresse dazu? Ist Ungleichheit immer noch ein Problem unserer Gesellschaft?

Die Antwort auf diese Fragen dürfte zweifelsfrei positiv ausfallen. Insbesondere die schnelle Folge schwerwiegender Krisen zu Beginn des 21. Jahrhunderts lässt befürchten, dass das Thema nicht an Aktualität verliert. Vor allem die Schuldenkrise der europäischen Staaten lässt vermuten, dass sich soziale Ungleichheiten verstärken. Anders als in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs stehen fast alle europäischen Staaten unter dem Zwang der Haushaltssanierung. Davon werden auch staatliche Umverteilungsmaßnahmen zur Dämpfung sozialer Ungleichheiten betroffen sein, und es stellt sich die Frage, mit welchen integrationspolitischen Maßnahmen auf die neuen Ungleichheiten reagiert werden kann. Gleichzeitig verschärfen sich nicht nur die Ungleichheiten innerhalb der europäischen Gesellschaften,

sondern auch diejenigen zwischen den Staaten, was mit ungünstigen Folgen in Hinblick auf die europäische Einigung verbunden sein dürfte und auch die Schweiz vor neue Herausforderungen stellt.

Die Staatsschuldenkrise trifft die Welt in einer Zeit, in der sich gleichzeitig globale Umweltprobleme und demographische Veränderungen – Überalterung in den Industrieländern und Bevölkerungsexplosion in den Entwicklungsländern – verstärken. Die ungleichen Auswirkungen der Klimaerwärmung wie auch die ungleichen Entwicklungen des Bevölkerungswachstums werden zu vermehrter Migration führen und den Einwanderungsdruck in die Europäische Union und die Schweiz verstärken. Damit stellt sich für die Schweiz wie für andere europäische Staaten die Frage, wie mit Immigration und Integration umgegangen werden kann.

Ungleichheiten – so problematisch sie auch sein mögen – bieten aber auch Potenziale und Chancen. Sie erhöhen die Vielfalt einer Gesellschaft und können Gesellschaften zu neuen Ideen, Innovationen und Wachstum verhelfen. Die Integrationswilligkeit und -fähigkeit wird vor allem auch davon abhängen, wie groß diese Vorteile im Vergleich zu den Nachteilen ausfallen. Der Kongress wird sich im Rahmen der unterschiedlichen inhaltlichen Zugänge der Forschungskomitees sowohl mit den Chancen als auch den Risiken dieser sozialen Veränderungen beschäftigen.

Weiterführende Informationen zum Kongress, zu den Referaten und der Eingabe von Beiträgen finden Sie auf der Website des Kongresses unter www.sgs-kongress2013.unibe.ch.

Crisis, Critique and Change

11th Conference of the European Sociological Association
from August 28 to August 31, 2013 at the University of Turin, Italy

Which crisis? Whose critique? What changes? Making the world safe for banks is only one side of the coin. The present crisis is multi-faceted. It is not just a debt crisis, but also a political and a social crisis.

The debate calls for a sociological turn. Crises do not follow natural laws, they increase the viability of agency. A country is more than an economy. What are the historical roots and social effects of the financialization of the economy? Does the crisis of the Eurozone threaten the political existence of

the EU? Will it push aside the social agenda of the European Union? The crisis is likely to produce seismic shifts in and for European sociology – across its substantive areas of research – from ageing, biographies, and families, all the way to religion, science, theory, and women's studies.

What is behind the crisis? Two processes are at work. First, there has been a systemic transformation driving the shift from public to private power and adapting the state to capital markets. But, second, there has been a proliferation of vital types of critique too. Think about the deepening of existing divides. The Occupy protests, the social uprising in the Arab Spring, the unrest in Greece, and discontent in other European countries are all indicative of a reconfiguration of the link between crisis and critique.

To foster an understanding of the crisis and the dual role of critique in interpreting and affecting changes, European sociology has to rely on (1) rediscovering its subject matter as being more than a technical order, as a social world that has a history and a place, and (2) a broad-ranging debate on consequent conceptual and empirical questions. Toward both ends, we cordially invite sociologists and social scientists from around the globe to join us in Turin – to attend the conference, to participate actively in the discussions, and to contribute their own work. Keynote speakers will include Mary Mellor (Newcastle), Rajeev Bhargava (Delhi), Chiara Saraceno (Turin).

Deadline for the submission of abstracts is **February 1, 2013**. Please submit your abstract online to: www.esa11thconference.eu. For further information visit www.esa11thconference.eu.

Habitussensibilität. (Selbst-)Anspruch neuer professioneller Praxis und gesellschaftliche Erwartungshaltungen

Tagung der Sektion Professionssoziologie am 24. Mai 2013 an der Hochschule Hannover

Habitussensibilität hat Konjunktur. Immer mehr professionelle und professionalisierende Gruppen beanspruchen, sensibel gegenüber dem Habitus ihres Gegenübers (Klienten, Patienten) handeln zu wollen. Damit ist das ›Verstehen‹ (Bourdieu 1993) sowie das systematische Berücksichtigen der Kommunikationsstile bis hin zu den konkreten Erwartungshaltungen

und allgemeinen Wertvorstellungen – kurz: der gesamten Lebenswelt bzw. Alltagskultur – des professionell zu begleitenden Gegenübers gemeint. Dabei kann es sich um eine zusätzliche, additive ›Qualität‹ professioneller Arbeit handeln, welche mitunter sicherlich auch der Akzeptanzsteigerung dienen soll. Oder bei der Habitussensibilität geht es – wie neuerdings zu beobachten – sogar um die Kernaufgabe professioneller Zuständigkeit und den zentralen Wissenshintergrund professionellen Handelns. So gibt es an der Hochschule Hannover sogenannte StudienverlaufsberaterInnen, die sich nicht nur in die Lern-, Leistungs- und Studierkultur der Studierenden, sondern in ihre (gesamte) Alltagskultur und lebensweltliche Differenziertheit einarbeiten oder vielmehr hineinversetzen, also ›einfühlen‹ sollen. Auf diese Weise wird versucht, latente Erwartungshaltungen und Mentalitäten der Ratsuchenden für die professionelle Interaktion fruchtbar zu machen, die von den Laien/Klienten selbst nicht unbedingt in die ›(Ver-)Handlungsmasse‹ eingebracht worden wären.

Beispiele für den gesellschaftlichen Anspruch an habitussensibles professionelles Handeln finden sich zahlreich. Implizit begleiten sie die gesamte, seit drei Jahrzehnten evidente professionssoziologische Betrachtung des Professionellen-Klienten-Verhältnisses. Empirisch zeigt sich hier gegenwärtig aber eine besondere Qualität: Von Sozialarbeitern, Lehrern oder bestimmten Heilberufen (z.B. Onkologen) wird nicht mehr nur erwartet, den ›sozialen Hintergrund des Klienten/Patienten bei der Gestaltung der Interaktion zu berücksichtigen.

Damit wurde bislang auf die soziale Lage, allenfalls auf ein diffuses soziales Milieu abgehoben. Vielmehr sollen diese Professionals den gesamten und konkreten Habitus ihres Gegenübers berücksichtigen, um diesem so zu einer ›echten‹ Partizipation verhelfen zu können. Habitussensibilität – bislang vor allem als wissenschaftliche Kategorie von Relevanz – wird gegenwärtig also pragmatisch weiterentwickelt bzw. so weit gewendet, dass sie für professionelles Handeln operationalisierbar und, mehr noch, routinemäßig anwendbar und somit kennzeichnend wird.

Eingeladen sind empirische wie theoretische Beiträge professionssoziologischer Provenienz ebenso wie anderer Teildisziplinen. NachwuchswissenschaftlerInnen möchten wir hiermit besonders zur Teilnahme bzw. Einreichung eines Abstracts auffordern. Die Veröffentlichung eines Tagungsbandes ist vorgesehen.

Die Beiträge können zum Beispiel:

- Neue professionelle Gruppen mit dem Anspruch der Habitussensibilität fokussieren.
- (Gesellschaftliche) Forderungen nach (mehr) Habitussensibilität genauer konturieren und/oder die nachfolgenden Aushandlungsprozesse untersuchen.
- Die Herausforderungen einer beanspruchten oder eingeforderten Habitussensibilität für die – stets in Aushandlung begriffene – Weiterentwicklung/Transformation professionellen Handlungswissens theoretisch und empirisch aufzeigen.
- Der Frage nachgehen: Wie verhalten sich solche Tendenzen der Ausweitung professioneller Verantwortung (etwa durch Habitussensibilität) zum mittlerweile evidenten Imperativ der Eigenverantwortung des Klienten?

Bitte reichen Sie ein Abstract Ihres Vortrages von maximal einer Seite bis zum **15. Februar 2013** ein. Gegebenenfalls können Reisekostenzuschüsse gewährt werden.

Kontakt:

Dr. Tobias Sander

Hochschule Hannover

E-Mail: tobias.sander@hs-hannover.de

Zeitschrift für Theoretische Soziologie

Die »Zeitschrift für Theoretische Soziologie« (ZTS) ist eine neue soziologische Fachzeitschrift, die sich ausdrücklich als ein Forum für die soziologische Theoriediskussion versteht. Die ZTS ist daran orientiert, dass die theoretische Diskussion im Fach jenseits spezieller Paradigmenbindungen einen gegenüber rein empirischen Orientierungen und in Abgrenzung von disziplinexternen Relevanzen oder Problembezügen ausdifferenzierten eigenständigen Diskurs bildet, der noch sichtbarer ausgearbeitet werden könnte und sollte. Ziel der ZTS ist es vor diesem Hintergrund, die wissenschaftlichen Diskussionen zwischen unterschiedlichen Theorierichtungen wie auch allgemein den Austausch zwischen theoretischer und methodologischer Grundlagenforschung, zwischen methodischen Reflexionen und Ver-

fahren und den vielfältigen empirischen Forschungsprogrammen und Spezialdisziplinen der Soziologie zu fördern. Überdies bildet die ZTS eine transdisziplinäre Plattform für die Reflexion und Förderung eines reflektierten Verhältnisses zwischen den Sozialwissenschaften und benachbarten Disziplinen. Herausgeber der ZTS sind Joachim Renn (Münster) und Rainer Schütze (Hagen).

Themenschwerpunkt Heft 3 (Herbst 2013):
Soziologische Erklärungen und Explanative Soziologie

Theoretische Paradigmen unterscheiden sich nicht nur durch differente »Sozialontologien«, konstitutive Gegenstandsauffassungen oder Modelle »sozialer Ordnung«. Neben der Dimension tief eingeschriebener Muster möglicher »Gegenstände« der Soziologie sind alternative methodische, geradezu performative *Normen akzeptabler Erklärungen* für den Theorienpluralismus konstitutiv.

Das klassische Programm des »Theorienvergleichs« durch Kontrastierung unterschiedlicher theoriegeleiteter Beleuchtungen eines vermeintlich gleichen »Gegenstands« und durch das Vergleichen der diagnostischen Konsequenzen solcher Ausleuchtungen, kann deshalb fruchtbar ergänzt werden, durch die Diskussion alternativer Modelle der »soziologischen Erklärung«. Das Heft 3 der ZTS ist vor diesem Hintergrund der Debatte alternativer Konzeptionen soziologischer Erklärung gewidmet: *Was kann oder sollte warum als eine befriedigende, hinreichende und vollständige oder auch nur plausible Form der Erklärung sozialer Sachverhalte, Prozesse, Institutionen etc. zählen?*

Die Differenz oder auch die Übergänge und/oder Verschränkungen zwischen z.B. deduktiv-nomologischer, induktiv-statistischer und verschiedenen logischen Formen eines praktischen Syllogismus, zwischen »funktionaler«, »intentionaler«, »kausaler«, »teleonomischer«, »narrativer« Erklärung und diverser Formen des »Verstehens« bilden für Fragen der Theorieübersetzung einen vielversprechenden Ausgangspunkt, weil sie neben den Vergleich expliziter paradigmatischer Grundoptionen die Kontrastierung explanativer *Praktiken* – als jeweils besondere Form einer theoretischen Heuristik – stellt.

Zugleich aber darf nicht übersehen werden, dass von Vertreterinnen und Vertretern einer Vielzahl jüngerer theoretischer Entwicklungen die Zielsetzung der Erklärung sozialer Sachverhalte und damit der Charakter

der Soziologie als einer explanativen Wissenschaft generell bestritten wird. Nicht die Erklärung, sondern z.B. die rekonstruktive Analyse der vielfachen (materialen, kulturellen, diskursiven etc.) Bedingungen des »Emergiere« sozialer Phänomene wird als Ziel soziologischer Analyse formuliert. Von daher soll in diesem Themenschwerpunkt auch der Frage nachgegangen werden: *Kann und soll die Erklärung sozialer Sachverhalte, Prozesse, Institutionen etc. überhaupt noch als Ziel soziologischer Analyse betrachtet werden? Wo liegen die Grenzen einer explanativ orientierten Soziologie?*

Gewünscht werden Manuskripteinreichungen im Umfang von max. 40.000 Zeichen (inkl. Leerzeichen) mit Einsenddatum bis spätestens zum **15. Februar 2013**. Weitere Informationen: ifs.wwu.de/zts. Sie erreichen die Redaktion per E-Mail unter zts@uni-muenster.de

Krisen, Prozesse, Potenziale

4. Studentischer Soziologiekongress vom 4. bis 6. Oktober 2013 in Bamberg

Der Krisenbegriff ist, wohin man auch sieht, gegenwärtig. Egal, ob nun Wirtschafts-, Banken- oder Eurokrise, System- oder Lebensweltkrisen, sie betreffen letzten Endes jeden gesellschaftlichen Akteur und setzen einen Kontrapunkt zur vermeintlich sicheren, vorreflexiven Normalität. Doch auch die Bezeichnung als Kontrapunkt ist irreführend. Krisen sind nicht nur ein Misston im Ensemble gesellschaftlicher Realität. Sie sind ein Bestandteil langfristiger Prozesse, die ihrerseits Chancen und Potentiale bieten. Dass dabei die Veränderung als einzige Konstante in diesem Steigerungsspiel bestehen bleibt, das Ende dieses Spiels aber nie erreichbar ist, verstärkt die Wahrnehmung der Krisen, als auch deren Auswirkungen.

Entfernt man sich ein Stück vom einschneidenden Begriff der Krisenwahrnehmung, bleiben immer noch kontinuierliche Prozesse und offene Potentiale, die auf globaler, nationaler, lokaler, ja sogar individueller Ebene eigene Folgen haben, darüber hinaus aufs vielfältigste miteinander verflochten sind. In ihrem Handeln, ihren Bezügen, aber auch Ideen, Funktionen, Zielsetzungen und Vorstellungen liegt das verborgen, was wir als Gesellschaft kennen, und folglich das, was wir als Soziologen untersuchen. Welchen Platz und welche Rolle dabei die Soziologie in diesem Ensemble

hat, bleibt dabei offen. Fest steht nur, dass auch sie Krisen, Prozesse und Potentiale hat, die parallel zu den gesellschaftlichen laufen.

In diesem Sinne lädt der Arbeitskreis Soziologie e.V. zum 4. Studentischen Soziologiekongress 2013 mit dem Thema »Krisen, Prozesse, Potenziale« nach Bamberg ein. Erwünscht sind Themenpapiere jeglicher Couleur, die den Gebieten der Soziologie und angrenzender Disziplinen zuzuordnen sind. Sie können dabei zum Beispiel folgende Themenbereiche behandeln:

- Entwicklung und Pluralisierung von Gesellschaften, Lebensformen und anderen Teilbereichen wie zum Beispiel in Kultur, Sport, Technologie, Bildung oder Politik,
- Gesellschaftliche Werten, Normen und Gesetze im Kontrast zu individuellen oder milieuspezifischen Einstellungen,
- Globalisierung und Lokalisierung, Inklusion und Exklusion, pluralisierte Lebensformen in einer sich verändernden gesellschaftlichen und fachlichen Welt,
- Prognose- und Diagnosefähigkeit vor dem Hintergrund gesellschaftlichen Wandels,
- historische, aktuelle oder potentielle Konflikte, Veränderungen und Kontinuitäten,
- alternative oder utopische Gesellschaftsformen,
- Fragen nach Aufbrüchen oder »geplatzten Blasen«,
- Rolle der Soziologie in Wissenschaft und Gesellschaft, sowohl im historischen als auch aktuellen Kontext
- Theorien, Methoden und Empirie, mit denen Wandel, Abweichung, aber auch das Normale sichtbar gemacht werden können.

Der Arbeitskreis Soziologie e.V. freut sich über jede Einsendung, die bis zum **31. März 2013** eingereicht wird. Zugesandt werden können Themenpapiere von maximal einer Seite Umfang an: abstracts@soziologiekongress.de.

Tagungen

Aspects of Statistical Modeling with Survey Data

42nd GESIS Spring Seminar from February 25 to March 15, 2013 in Cologne

The Spring Seminar is a training course for social scientists interested in advanced techniques of data analysis and in the application of these techniques to data. The Seminar comprises lectures, exercises and practical work using personal computers. While in the lectures the logic of models and the corresponding analysis strategies will be explained, during the exercises and in the practical work the participants are given the opportunity to apply these methods to data.

The seminar covers three modules of one week each, to some extent basing on each other. The courses can be booked either separately or as a block.

Two approaches for Causal Inferences in Non-Experimental Research: Structural Equation Modeling and The Potential Outcome Approach (February 25 to March 1)

*Prof. Dr. Dr. h.c. Willem E. Saris with Dr. Melanie Revilla,
Dr. Bruno Arpino with Lea Pessin M.Sc.*

What is the effect of smoking on health? Does having an additional child increase the risk of poverty? Are the development policies targeted on small firms effective in increasing investments?

Most studies in the social sciences are motivated by questions that are causal in nature. However, in these areas, experiments are very rare because of ethical or practical reasons and the estimation of causal effects has

to rely on observational studies. The validity of inference will then strictly depend on the plausibility of the assumptions underlying the employed statistical techniques. Special emphasis will be placed on the language used in formulating those assumptions and on some of the statistical methods that have been developed for the assessment of causal claims.

This short course will offer participants theoretical and applied perspectives on the covered topics. Examples will be drawn from economics, political science, sociology, public health and policy evaluation. Lab sessions will be organized to demonstrate the implementation of some of the covered techniques.

My First Bayes: Why and How to Run Your First Bayesian Model Using Mplus (March 4 to March 8)

Prof. Dr. Rens van de Schoot

Did you ever wonder why:

- A p-value of .049 is significant while a p-value of .051 is not?
- You are testing the null hypothesis even when it is never among your hypotheses of interest?
- It is sometimes difficult to interpret the results of classical hypothesis testing?

Did you ever encounter one of the following issues:

- A data set too small for your complex model?
- Non-normally distributed variables?
- Negative variances or correlations larger than one?

Or did you ever want to compute:

- The probability that your hypothesis is correct after observing the data? Note that this is not the interpretation of the classical p-value.
- A 95% probability that your estimate (e.g. mean, regression coefficient) is in between two values. Note that, again, this is not the interpretation of the classical confidence interval.
- A degree of support for each of the models in your model selection competition.

If you answer 'yes' to one of these questions, this workshop might be of interest for you! During this five-day workshop, you will be gently intro-

duced into Bayesian statistics. Bayesian statistics are becoming more and more popular among applied researchers to answer the research question at hand. This is especially due to the availability of Bayesian estimation methods in popular software like *Mplus* where it is very easy to switch to Bayesian statistics. The purpose of this 5-day workshop is to explain why and how to use Bayesian statistics without going into the mathematical details. If you are not familiar with this software we will ask you to prepare a homework exercise.

Handling Survey Complexities with Latent Class Analysis and Loglinear Modeling (March 11 to March 15)

Prof em. Dr. Jacques Hagenaars with Dr. Daniel Oberski

In survey research, many variables are categorized or truly categorical and often best treated for what they are: nominal, ordinal or interval level categorical variables.

In this course you will learn how loglinear modeling and latent class analysis can be applied to the following problems arising in surveys:

- Misclassification in answers to categorical survey questions
- Measurement equivalence of categorical variables across countries or other groups
- Nonresponse and general selection problems
- Clustering in categorical variables

You will learn how all of these problems can be dealt with in a general framework for categorical data analysis, called »categorical structural equation modeling«, which combines latent class and logistic regression analysis (loglinear modeling).

Lectures will be held in the mornings. The afternoon sessions will have a two-fold purpose. First, we will show, if necessary, how to use the software. Second, and foremost, you will work together in a small group on a project of your own choosing. In the last Friday morning lecture participants present the fruits of their labour.

Seminar fee and payment:

The participation fee is 300 € per week; reductions or refunds are not possible except for students and Ph.D. candidates without work contract (or civil servant status), who receive a reduction of one third of the fee, if they can officially document their status. Details concerning the payment will be given after registration.

Travel costs, accommodation and meals are not included. Please make your own arrangements (we will send some information when you have registered).

Funding

For participants from Germany it might be of interest that the GESIS Spring Seminar is acknowledged as »Bildungsurlaub« (www.bildungsurlaub.info). The GESIS Spring Seminar is sponsored by the European Consortium for Political Research (ECPR), University of Essex, UK (www.essex.ac.uk/ecpr/events/summerschools/index.aspx). Please also have a look at the funding web-page of the University of Essex (www.essex.ac.uk/ecpr/funding/mobilityfund/index.aspx).

Seminar Information and Contact

For further information please visit the seminar homepage www.gesis.org/en/events/gesis-spring-seminar/ or contact the Leibniz-Institute for the Social Sciences:

Maria Rohlinger, E-Mail: maria.rohlinger@gesis.org

Angelika Ruf, E-Mail: angelika.ruf@gesis.org

Soziologie in der Öffentlichkeit

Hans-Georg Soeffner	Des Mopses Seele	7–18
Karl-Dieter Opp	Die Produktion historischer ›Tatsachen‹	143–157
Reinhard Kreckel	Soziologie als Lebenswerk und Lebensführung ..	269–282
Ronald Hitzler	Wie viel Popularisierung verträgt die Soziologie?	393–397
Annette Treibel, Stefan Selke	Soziologie für die Öffentlichkeit – zwei Perspektiven	398–421
Carsten Klingemann	Karl Martin Boltes Version	422–424

Identität und Interdisziplinarität

Maurizio Bach	›Drittes Reich‹ und Soziologie	19–27
Marcus Jansen	Reputationsdimensionen in den Sozialwissenschaften	28–55
Frank Welz	Vorläufer, Zeitgenossen und Pioniere	158–176
Klaus Lichtblau	Theodor W. Adornos ›Theorie der Gesellschaft‹	177–199
Max Horkheimer	Brief an Sigmund Freud	283–288
Davide Ruggieri	Ein unveröffentlichter Brief von Max Horkheimer an Sigmund Freud	289–292
Johannes Kopp, Juliana Schneider, Franziska Timmler	Zur Entwicklung soziologischer Forschung	293–310
Gernot Saalmann	Klassiker als Pioniere	311–316
Franz-Xaver Kaufmann	»Als Soziologen tragen wir nicht das Risiko des Handelns, aber wir tragen das Risiko der Diagnose.« Ein Gespräch mit Georg Vobruba ...	425–436
Hans-Georg Soeffner	Widerständige Lebenswelten. Anne Honer gewidmet	437–442

Lehren und Lernen

	International Master in Social Policy Analysis (IMPALLA)	56–57
Daniel Großmann	Studienmotivationen und ihr Einfluss auf Evaluationsergebnisse	443–457
Vorstand der DGS	Wissenschaftliche Evaluation ja – CHE- Ranking nein	458–465
CHE Centrum für Hochschulentwicklung	Methodische Genauigkeit und öffentlicher Nutzen des CHE Hochschulrankings	466–482

DGS-Nachrichten

	Vielfalt und Zusammenhalt. 36. Kongress der DGS 2012	58–97
Stephan Lessenich		
Sighard Neckel	DGS goes public!	317–319
	Weitere Informationen zur Diskussion über das CHE-Ranking	482–483

Berichte aus den Sektionen und Arbeitsgruppen

<i>Arbeitsgruppe</i> Organisationssoziologie	236–241
<i>Sektion</i> Arbeits- und Industriesoziologie	100–104
.....	323–328
<i>Sektion</i> Bildung und Erziehung	329–335
<i>Sektion</i> Biographieforschung	105–110
.....	487–489
<i>Sektion</i> Entwicklungssoziologie und Sozialanthropologie	489–493
<i>Sektion</i> Familiensoziologie	335–338
<i>Sektion</i> Frauen- und Geschlechterforschung	218–223
.....	338–340
<i>Sektion</i> Kulturosoziologie	202–206
<i>Sektion</i> Land- und Agrarsoziologie	206–208
<i>Sektion</i> Medien- und Kommunikationssoziologie	493–495

<i>Sektion</i> Methoden der Qualitativen Sozialforschung	209–216
<i>Sektion</i> Migration und ethnische Minderheiten	341–348
<i>Sektion</i> Modellbildung und Simulation	216–218
<i>Sektion</i> Politische Soziologie	349–352
<i>Sektion</i> Professionssoziologie	110–116
.....	496–498
<i>Sektion</i> Rechtssoziologie	498–502
<i>Sektion</i> Religionssoziologie	218–223
<i>Sektion</i> Soziale Probleme und Soziale Kontrolle	511–516
<i>Sektion</i> Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse	353–357
.....	503–511
<i>Sektion</i> Sozialpolitik	357–360
<i>Sektion</i> Soziologie der Kindheit	223–231
<i>Sektion</i> Soziologische Netzwerkforschung	232–236
<i>Sektion</i> Stadt- und Regionalsoziologie	353–357
.....	511–516
<i>Sektion</i> Wirtschaftssoziologie	361–363
<i>Sektion</i> Wissenschafts- und Technikforschung	363–368
<i>Sektion</i> Wissenssoziologie	110–116
.....	369–375
.....	516–518

Nachrichten aus der Soziologie

In memoriam Hartmut Häußermann	117–122
Preis der Fritz Thyssen Stiftung 2010	242–249
Habilitationen	249
In memoriam Jürgen Mansel	376–377
In memoriam Michael Th. Greven	519–523

Autorinnen- und Autorenverzeichnis

Albrecht, Clemens	202–206	Lichtblau, Klaus	177–199
Albrecht Felix	110–116	Liebsch, Katharina	218–223
Bach, Maurizio	19–27	Lindemann, Gesa	209–216
Berger, Peter A.	503–511	Lutz, Helma	487–489
Berli, Oliver	369–375	Maurer, Andrea	361–363
Bode, Ingo	357–360	Opp, Karl-Dieter	143–157
Büchner, Stefanie	236–241	Pries, Ludger	341–348
Bühler-Niederberger, Doris ...	223–231	Rehberg, Karl-Siegbert	519–523
Dimbath, Oliver	369–375	Riegraf, Birgit	218–223
Endreß, Martin	349–352	338–340
Fichtner, Sarah	489–493	Riemann, Gerhard	105–110
Großmann, Daniel	443–457	Ruggieri, Davide	289–292
Haertel, Tobias	110–116	Saalmann, Gernot	311–316
Hank, Karsten	335–338	Scheffer, Thomas	498–502
Heinlein, Michael	369–375	Schiebel, Martina	105–110
Heitmeyer, Wilhelm	376–377	487–489
Helmle, Simone	206–208	Schierhorn, Karen	218–223
Hinderer, Nele	363–368	Schneider, Juliana	293–310
Hirschauer, Stefan	209–216	Schnell, Christiane	496–498
Hitzler, Ronald	393–397	Schrage, Jan-Felix	363–368
Hoffmann, Dagmar	376–377	Schützeichel, Rainer	369–375
Horkheimer, Max	283–288	Selke, Stefan	398–421
Jann, Ben	216–218	Siebel, Walter	117–122
Jansen, Marcus	28–54	Soeffner, Hans-Georg	7–18
Jürgens, Kerstin	100–104	437–442
.....	323–328	Speck, Karsten	376–377
Kahlert, Heike	218–223	Stegbauer, Christian	232–236
Kaufmann, Franz Xaver	425–436	Strübing, Jörg	209–216
Keller, Reiner	516–518	Timmler, Franziska	293–310
Klärner, Andreas	353–357	Treibel, Annette	341–348
Klingemann, Carsten	422–424	398–421
Kopp, Johannes	293–310	Tuidel, Elisabeth	487–489
Kosche, Robert	363–368	Wehling, Peter	369–375
Kratzer, Nick	100–104	Welz, Frank	158–176
.....	323–328	Winter, Rainer	493–495
Kreckel, Reinhard	269–282	Wittke, Volker	100–104
Lahusen, Christian	349–352	323–328
Lange-Vester, Andrea	329–335	Zillien, Nicole	493–495
Leemann, Regula Julia	329–335		
Lessenich, Stephan	317–319		

Ellen Kuhlmann, Wolfgang Eppenschwandtner, Thomas König Europäische Forschungspolitik

In den nächsten Wochen und Monaten werden entscheidende Weichen für die Forschung und Forschungsförderung in Europa gestellt, und hierbei geht es auch um die Zukunft der sozialwissenschaftlichen Forschung. In diesem Artikel werden zentrale Entwicklungen vorgestellt. Wir konzentrieren uns auf die Herausforderungen und Chancen für die sozialwissenschaftliche Forschungsförderung und stellen in diesem Kontext auch das forschungspolitische Netzwerk Initiative for Science in Europe vor, das als interdisziplinäre Plattform interessante neue Handlungsoptionen für die Soziologie bietet. Weiter geht es um die Schlüsselthemen des nächsten Global Research Council, der sich mit der Umstellung der wissenschaftlichen Publikationen auf »open access« und mit der Entwicklung von Leitlinien zur Forschungsethik beschäftigen wird.

European research and research funding are facing a number of important decisions with far reaching implications for the social sciences. This article introduces key issues of the European debate with a focus on the challenges and chances that future funding programmes create in the social sciences. Within this context, the network Initiative for Science in Europe is also introduced that provides new opportunities for sociology. Furthermore important are »open access« and »research integrity«, the key topics of the next Global Research Council.

Oliver Neun

Der erste Schritt ist nicht genug

Die Anfang des Jahres 2012 beschlossene Initiative »DGS goes public« ist innerhalb der Soziologie umstritten. Sie kann aber als Instrument verstanden werden, das in der Satzung der DGS genannte Ziel zu verwirklichen, »an der Verbreitung und Vertiefung soziologischer Denkweise mitzuwirken«. Das Programm kann sich zudem auf eine lange Tradition der »öffentlichen Soziologie« innerhalb der deutschen Soziologie berufen, die auch durch die von der DGS verliehenen Preise »für herausragende Leistungen auf dem Gebiet der öffentlichen Wirksamkeit der Soziologie« und »für ein herausragendes wissenschaftliches Lebenswerk« anerkannt wird. Ein Vergleich mit der amerikanischen Debatte zeigt jedoch, dass die Initiative »DGS goes public« nur als erster Schritt hin zu einer Etablierung einer »öffentlichen Soziologie« verstanden werden kann.

The program »DGS goes public« is controversial but it is a measure to fulfil the purpose stated in the statutes of the organisation to disseminate sociological knowledge. The program can also refer to a long tradition in German sociology that is recognized through the awards of the DGS. But a comparison with the American debate shows that it can only be the first step to establish a »public sociology«.

Martina Löw

Vielfalt und Repräsentation

Die Autorin nimmt das Thema des 36. DGS-Kongresses »Vielfalt und Zusammenhalt« auf, indem sie fragt, wie die Repräsentation öffentlicher Interessen unter Bedingungen von Vielfalt möglich bleibt. Gerade die große Gruppe an Professionen – neben Recht und Politik –, die mit der Ausgestaltung des Gemeinwesens und damit mit der Wahrung öffentlicher Interessen betraut ist, konstatiert regelmäßig Handlungsunfähigkeit angesichts der wahrgenommenen Vielfalt der Gesellschaft. Die Autorin zeigt, dass Vielfalt als Merkmal moderner Gesellschaften sich zwar in den Inhalten verändert, jedoch permanente Herausforderung für Handeln bleibt. Verändert hat sich in den letzten Jahrzehnten jedoch die Gewissheit über ein symbolisches Zentrum der Gesellschaft. Auf der Basis raumtheoretischer Überlegungen plädiert sie für ein an Bindungen und Verflechtungen orientiertes Verständnis des öffentlichen Interesses. Repräsentation unter Bedingungen von Vielfalt, so die These, könne von dem Bestreben geleitet sein, Relationen zwischen sozialen Gruppen sichtbar zu machen, und könne auf diese Weise professionelles Handeln anleiten.

Addressing the theme of the 36th DGS conference »Diversity and Cohesion«, the author explores the question of how public interests may be represented and ensured under conditions of increasing diversity. Given the perceived diversification of society, an increasing inability to act has been noted particularly among the large number of professions, which are – apart from politics and law – involved in shaping society and hence in protecting public interests. Diversification is a characteristic feature of modern societies and continues to be a key challenge for social action regardless of specific content, Löw contends. However, the certainty that there exists a central concept of normalcy as unifying symbolic centre in modern societies has been lost over the past few decades. Against the backdrop of spatial theory she argues for a different understanding of public interests based on social ligatures and interrelations. According to Löw, the representation and articulation of public interests under conditions of diversity should be grounded on the principle of rendering visible the interdependencies and relationships between social groups in order to evolve guidelines for professional conduct and practice from this perspective.

Stephan Lorenz

Soziologie im Klimawandel

Die Sozialwissenschaften haben sich in den vergangenen Jahren zunehmend der Klimawandeldebatte angenommen, müssen ihre Rolle darin aber weiter klären. Der Aufsatz führt in die Klimawandelforschungen ein und diskutiert die Relevanzen und Schwierigkeiten sozialwissenschaftlicher Beiträge. Es werden Grenzen natur-

wissenschaftlicher Deutungen des Phänomens abgesteckt, ebenso wie die ökonomischer und im engeren Sinne kulturwissenschaftlicher Zugänge. Als Ausgangspunkt soziologischer Analysen wird die Perspektive gesellschaftlicher Selbstgefährdung gewählt. Dieser folgend werden drei zentrale Probleme in den Klimawandeldebatten identifiziert: Umgang mit Unsicherheit, Politisierung der »Natur« und neue gesellschaftliche Differenzierungslinien. Es wird argumentiert, dass diese sich bearbeiten lassen, wenn die Soziologie als Verfahrenswissenschaft interpretiert wird. Ihre Aufgabe ist es dann, die Verfahrensweisen gesellschaftlicher Klimaverhandlungen zu rekonstruieren. Darüber hinaus kann sie ihre eigene Rolle in diesen Verhandlungen reflexiv klären und potenziell selbst Verfahrensweisen der Bearbeitung von Klimawandelproblemen vorschlagen sowie erweiterte Verfahrensbeteiligungen begründen.

The social sciences have increasingly addressed the climate change debate in recent years, but they need further clarification of their part therein. The article introduces climate change research and discusses the relevance and challenges of social science contributions. Limits of natural science research of the phenomenon are carved out just like limits of economic and cultural approaches. The perspective of societal self-endangerment is chosen to be the starting point of sociological analyses. Following this specific perspective there are three identified essential challenges within climate change debates: dealing with uncertainty, politicisation of »nature« and new social differentiations. Understanding sociology as the science of procedures promises to respond to these three points. Its task is the reconstruction of all procedural manners of climate change negotiations. Furthermore, it could reflect on its own part within these negotiations, could potentially suggest procedural manners of dealing with climate change challenges and give reasons for more participation.

Wir bitten Sie, bei der Fertigstellung Ihres Manuskriptes folgende Hinweise zur Textgestaltung zu berücksichtigen:

Bitte verwenden Sie die neue deutsche Rechtschreibung, verzichten Sie möglichst auf Abkürzungen und formulieren Sie Ihren Beitrag in einer geschlechtergerechten Sprache.

Fußnoten nur für inhaltliche Kommentare, nicht für bibliographische Angaben benutzen.

Literaturhinweise im Text durch Nennung des Autorennamens, des Erscheinungsjahres und ggf. der Seitenzahl in Klammern. Zum Beispiel: (König 1962: 17). Bei *zwei Autor/innen* beide Namen angeben und durch Komma trennen, bei *drei und mehr Autor/innen* nach dem ersten Namen »et al.« hinzufügen.

Mehrere Titel pro Autor/in und Erscheinungsjahr durch Hinzufügung von a, b, c ... kenntlich machen: (König 1962a, 1962b).

Bei *wiederholter Zitierung* ein und derselben Quelle Literaturhinweis wiederholen, nicht Abkürzungen wie »a.a.O.« oder »ebda.« benutzen.

Mehrere aufeinander folgende Literaturhinweise durch Semikolon trennen: (König 1962: 64; Berger, Luckmann 1974: 137)

Auf die Angabe von *online-Quellen* im Text sollte nach Möglichkeit verzichtet werden. Ist dies unvermeidlich, bitte URL mit Datum des Aufrufs angeben: (<http://www.sueddeutsche.de/wissen/artikel/625/56569>, 23. Juni 2007)

Literaturliste am Schluss des Manuskriptes: Alle zitierten Titel alphabetisch nach Autorennamen und je Autor/in nach Erscheinungsjahr (aufsteigend) geordnet in einem gesonderten Anhang aufführen. Hier bei mehreren Autor/innen alle namentlich, durch Kommata getrennt, nennen. Verlagsort und Verlag angeben.

Bücher: Luhmann, N. 1984: Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie. Frankfurt/ M.: Suhrkamp.

Zeitschriftenbeiträge: Müller-Benedict, V. 2003: Modellierung in der Soziologie – heutige Fragestellungen und Perspektiven. Soziologie, 32. Jg., Heft 1, 21–36.

Beiträge aus Sammelbänden: Lehn, D. von, Heath, Ch. 2003: Das Museum als Lern- und Erlebnisraum. In J. Allmendinger (Hg.), Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Opladen: Leske + Budrich, 902–914.

Online-Quellen: Berger, R., Hammer, R. 2007: Links oder rechts; das ist hier die Frage. Eine spieltheoretische Analyse von Elfmeterschüssen mit Bundesligadaten. Arbeitsbericht des Instituts für Soziologie der Universität Leipzig Nr. 47, http://www2.uni-leipzig.de/~sozio/content/site/a_berichte/47.pdf (letzter Aufruf 23. Juni 2007).

Fügen Sie Ihrem Manuskript bitte **deutsche und englische Zusammenfassungen von maximal je 15 Zeilen**, sowie **Name, Titel und Korrespondenzadresse** bei. Speichern Sie Ihren Text bitte im Format Ihres Schreibprogramms und als rtf-file (Rich Text Format) und schicken Sie die Dateien **per E-Mail oder Diskette** an die Redaktion der Soziologie.

Doris Bühler-Niederberger

**Lebensphase
Kindheit**Theoretische Ansätze,
Akteure und
Handlungsräume

ausgezeichnet
mit dem René-König-
Lehrbuchpreis der
Deutschen Gesellschaft
für Soziologie (DGS)

Doris Bühler-Niederberger

**Lebensphase
Kindheit**Theoretische Ansätze, Akteure
und Handlungsräume

Grundlagentexte Soziologie, hrsg.
von M. Diewald und K. Hurrelmann.
2011, 256 Seiten, broschiert,
€ 19,95

ISBN 978-3-7799-1488-4

www.juventa.de

Eine systematische und umfassende Einführung in die aktuelle sozialwissenschaftliche Kindheitsforschung, ihre theoretischen Grundlagen und Konzepte, ihre Datenquellen und ihren empirischen Ertrag stand bisher aus und soll nun mit diesem Band geleistet werden. Die verschiedenen theoretischen Ansätze werden vorgestellt und auf ihre Stärken und Schwächen hin gesichtet. Ein differenziertes und strukturiertes Bild wird vermittelt vom Aufwachsen in Deutschland und der Varietät von Kindheiten, die man in einer internationalen und historischen Sicht konstatieren kann.

Aus dem Inhalt:**Die lange, behütete Kindheit und ihre gesellschaftliche Konstruktion**

Aufwachsen in Deutschland – lange, behütete Kindheit als soziale Realität und normatives Muster
Kindheiten in der Welt – zwischen lokalen Bedingungen und globalen Einflüssen

Geschichte der Kindheit – lange, behütete Kindheit als Element sozialer Ordnung

Soziologische Theorien zu Kindern und Kindheit

Theorien der Sozialisation
„Neue“ Soziologie der Kindheit
Synthese und Ausblick – „Generationales Ordnen“ als Kernkonzept eines Programms der Kindheitsforschung

BELTZ JUVENTA

Sozialwissenschaftliche Lehrwerke

Uwe Engel, Simone Bartsch,
Christiane Schnabel, Helen Vehre

Wissenschaftliche Umfragen
Methoden und Fehlerquellen

2012. 366 Seiten. Zahlreiche Abb.
ISBN 978-3-593-39757-3

Wissenschaftliche Umfragen sind ein unverzichtbares Instrument in der empirischen Sozialforschung. Sie beeinflussen die öffentliche Meinung und Entscheidungen in vielen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft. So unverzichtbar Umfragen sind, so fehleranfällig sind sie aber auch – durch die Art der Fragen oder auch durch ausgefallene Antworten. Das Buch geht auf die aktuelle Entwicklung vom Telefon zum Internet als Befragungsmedium ein. Anhand eines groß angelegten Access Panels, das heißt Adresspools befragungsbereiter Personen, führt es in Anlage, Methoden, mögliche Fehlerquellen und Ergebnisauswertung bei der Durchführung von Umfragen ein.

Marina Hennig, Ulrik Brandes,
Jürgen Pfeffer, Ines Mergel

Studying Social Networks
A Guide to Empirical Research

In englischer Sprache
2012. 218 Seiten. 49 Abb.
ISBN 978-3-593-39763-4

Das Interesse an der Netzwerkanalyse nimmt rapide zu. Bisher fehlt es jedoch an empirisch orientierten Einführungen. Das interdisziplinäre Autorenteam führt daher praxisorientiert in die Grundlagen und Methoden der empirischen Analyse sozialer Netzwerke ein. Schritt für Schritt wird der Forschungsprozess von der Untersuchungsplanung über die Auswertungsmethodik bis zur Präsentation der Ergebnisse erläutert. Damit ist das Lehrbuch für den Einsatz in Lehre, Forschung und Praxis geeignet.



campus.de

campus

Frankfurt. New York

Campus Studium

Paula-Irene Villa

Judith Butler

Eine Einführung

2., aktualisierte Auflage 2012. 179 Seiten
ISBN 978-3-593-39432-9

Das Werk von Judith Butler übt seit zwei Jahrzehnten nachhaltigen Einfluss auf viele Debatten in den Sozial-, Kultur- und Geisteswissenschaften aus. 1991 erschien ihr viel-diskutiertes Buch »Das Unbehagen der Geschlechter« mit der provokanten These, dass die Geschlechterdifferenz nicht biologisch, sondern performativ zu verstehen sei. Heute gilt Butler als eine der Begründerinnen der Queer Theory und als Philosophin, die sich an der Formulierung einer Ethik der Verletzbarkeit versucht. Diese überarbeitete und erweiterte Einführung stellt Butlers Werk in den Kontext der zeitgenössischen Diskussion, geht auf die kontroverse Rezeption ein und hilft beim Verständnis der komplexen Argumentationen.

Armin Grunwald, Jürgen Kopfmüller
Nachhaltigkeit

2., aktualisierte Auflage 2012. 279 Seiten
ISBN 978-3-593-39397-1

»Nachhaltigkeit« ist weltweit zu einem zentralen Leitbild in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft geworden. Im Kern geht es um die Suche nach einem gerechten Zivilisations- und Wirtschaftsmodell, das der Verantwortung gegenüber allen heute und künftig lebenden Menschen gerecht wird. Armin Grunwald und Jürgen Kopfmüller geben einen umfassenden und systematischen Überblick über die Hintergründe des Leitbilds »Nachhaltigkeit« und über aktuelle Konzepte zu seiner Definition, Messung und Realisierung. Zusätzlich enthält die überarbeitete und erweiterte Auflage gänzlich neue Ausführungen zur Wachstumsdebatte und Bevölkerungsentwicklung, zur Klimapolitik und zu einer Kultur der Nachhaltigkeit.



campus.de

campus

Frankfurt. New York

